

# RheinlandPfalz



## NACHRICHTEN aus der Landeskulturverwaltung



16. Jahrgang

1997

27. Heft

	Seite
<b>J. Pick:</b> Umsetzung der Neuorganisation .....	<b>64</b>
<b>F. Ortseifen:</b> Aufbau einer hierarchieübergreifenden Teamstruktur zwischen der Bezirksregierung Koblenz und dem Kulturamt Simmern .....	<b>67</b>
<b>Ideenbörse:</b> .....	<b>71</b>
<b>W. Singer:</b> Flexibles Verwaltungshandeln, gibt es das? Oder: Ist "gyōsei shidō" nur in Japan möglich? .....	<b>71</b>
<b>W. Singer:</b> Mehr Spaß beim Arbeiten mit dem PC .....	<b>73</b>
<b>W. Singer:</b> Zuteilung von Land nach den §§ 46 und 52 FlurbG im Flurbereinigungs- / Zusammenlegungsplan .....	<b>76</b>
<b>Literaturübersicht:</b> .....	<b>78</b>
<b>Personalveränderungen:</b> .....	<b>81</b>
<b>Informationen aus der LKV:</b> .....	<b>84</b>
<b>Impressum:</b> .....	<b>88</b>



## IM BLICKPUNKT

### Zukunft gewinnen für den ländlichen Raum\*)

Staatsminister Rainer Brüderle, Mainz



Abb. 1: Staatsminister Rainer Brüderle

Anfang November dieses Jahres, also vor rund vier Wochen versammelten sich im irischen Cork Wissenschaftler, Politiker, Vertreter aus Wirtschaft und Verwaltung und nicht zuletzt Repräsentanten der europäischen Regionen, um auf Initiative der EU-Kommission über die Zukunft der ländlichen Räume in der Europäischen Union zu diskutieren.

Die Konferenz stand unter dem Motto: "Ländliches Europa - Perspektiven für die Zukunft".

Ein wichtiger Anlaß für diese Konferenz gerade zum jetzigen Zeitpunkt war die Frage: Wie soll die zukünftige Strukturpolitik der Europäischen Union für die ländlichen Räume aussehen?

Die aktuelle Strukturpolitik muß spätestens bis zum Ende der jetzigen Förderperiode, also bis zum Jahre 1999 überprüft und es muß ein Konzept für die künftige Ausgestaltung dieser Politik erstellt werden.

Angesichts der verwirrenden Vielfalt von Programmen und Initiativen, die in den letzten Jahren von der Brüsseler Bürokratie in die Welt gesetzt wurden, gibt es weit verbreitet den Ruf nach einer Reform dieser Strukturpolitik.

Bis 1999 ist es nicht mehr lange hin und da die Brüsseler Mühlen bekanntlich recht langsam mahlen, ist es somit höchste Zeit, über die Grundzüge einer solchen Reform nachzudenken.

Aber es ist nicht alleine der interne Reformbedarf der EU, der Anlaß gibt zu dieser Diskussion.

Von außen kommen zusätzliche Anstöße, die uns veranlassen sollten und müssen, über die Perspektive der ländlichen Räume Europas und über Konzepte für eine geänderte Strukturpolitik in und für die ländlichen Räume zu diskutieren.

---

\*) Ansprache des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rainer Brüderle anlässlich einer Veranstaltung zum Pilotprojekt "Regionaler Förderschwerpunkt Morbach" am 04. Dezember 1996 in Morbach-Bischofsdhron



Noch vor der Jahrtausendwende sind neue Verhandlungen über die Regeln des Welthandels angesetzt, gewissermaßen die Fortsetzung der GATT-Verhandlungen zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Zudem wird die Europäische Union in nicht allzu ferner Zukunft mit einer Reihe von Staaten in Mittel- und Osteuropa Gespräche über deren Beitritt zur EU aufnehmen.

Wir können davon ausgehen:

Die Vereinbarungen, die am Ende dieser Gespräche und Verhandlungen stehen werden, stellen insbesondere die Landwirtschaft in der Europäischen Union vor neue Herausforderungen.

Sie muß sich darauf einstellen, daß der bereits laufende strukturelle Anpassungsprozeß weitergeht und daß der Wettbewerb mit Produzenten in- und außerhalb der EU noch intensiver wird.

Diese Veränderungen in der Landwirtschaft werden naturgemäß nicht spurlos an den ländlichen Räumen Europas und damit auch an den ländlichen Räumen unseres Landes vorübergehen.

Die Landwirtschaft, zumal wenn wir die eng mit ihr verflochtenen Wirtschaftsbereiche in unsere Betrachtung einschließen, ist nach wie vor in vielen ländlichen Räumen ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor.

Strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft und verschobene Kräfteverhältnisse im Wettbewerb mit anderen Agrarstandorten haben Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Situation in den betroffenen ländlichen Regionen.

Damit spreche ich keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse aus.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist kein neues Phänomen.

Herr Ritgen hat uns dies mit seinem Hinweis auf den tiefgreifenden Strukturwandel der Landwirtschaft hier in der Gemeinde Morbach während der letzten 35 Jahre bereits deutlich vor Augen geführt.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Unternehmen und damit der Beschäftigten in der Landwirtschaft hat sich drastisch verringert.

Zugleich haben Industrie, Handwerk und Dienstleistungen, beispielsweise der Fremdenverkehr deutlich an Gewicht gewonnen.

Und dennoch stehen wir heute gerade auch in den ländlichen Räumen vor einer neuen Herausforderung.

Meine Damen und Herren!

Was wir in den zurückliegenden 30, 40 Jahren an Strukturwandel in der Landwirtschaft erlebt haben, läuft heute, teilweise mit noch mehr Dynamik in großen Teilen unserer Volkswirtschaft ab, bei uns in Rheinland-Pfalz, in Deutschland und in vielen anderen Teilen der EU.

Anders als in den 50iger, den 60iger und den 70iger Jahren stehen uns dabei - jedenfalls bisher - **nicht** in ausreichendem Umfang alternative Beschäftigungsmöglichkeiten in zukunftssträchtigen Wirtschaftsbereichen zur Verfügung.

Bei uns wird zu wenig in neue Arbeitsplätze investiert.

Es fehlt an der Bereitschaft und sicher teilweise auch an den Möglichkeiten, neue Unternehmen zu gründen.

Das gilt es zu ändern.

Wir müssen die Herausforderungen annehmen, die Herausforderungen eines mehr und mehr den Erdball umspannenden Wettbewerbs ebenso wie die Herausforderungen der vielfältigen neuen Technologien.

Wir müssen auf diese Herausforderungen eine Antwort finden, wir müssen offen sein für neue Wege, die Chancen der neuen Technologien nutzen und so aktiv unsere Zukunft gestalten.

Meine Damen und Herren!

Worin können die spezifischen Antworten der ländlichen Räume auf die großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit bestehen?

Was müssen wir tun, um die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den ländlichen Räumen so zu gestalten, daß wir sagen können:

Die ländlichen Räume unseres Landes haben Zukunft!

Auf der eingangs erwähnten Konferenz von Cork haben die Teilnehmer eine Erklärung verabschiedet, die den Titel trägt:

### "Ein dynamischer ländlicher Raum"

Die Erklärung enthält ein Zehn-Punkte-Programm zur Entwicklung der ländlichen Räume.

Ich möchte an dieser Stelle nicht auf jeden einzelnen dieser Punkte eingehen.

Vielmehr möchte ich vier Kerngedanken, die sich in der Erklärung von Cork finden, herausstellen, weil sie auch für unser heutiges Gespräch von Bedeutung sind.

#### Erster Gedanke

Konzepte und konkrete Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume werden um so erfolgreicher sein, je mehr sie miteinander verzahnt und aufeinander abgestimmt werden, Stichwort: integrierte Entwicklungskonzepte für den ländlichen Raum.

#### Ein zweiter Gedanke

Die wirtschaftliche Basis der ländlichen Räume muß verbreitert werden, um so die wirtschaftliche und soziale Stabilität dieser Regionen zu verbessern.

#### Der dritte Gedanke

Bei allen Bemühungen um die Entwicklung der ländlichen Räume gilt es, eine eigenständige Identität dieser Regionen zu bewahren, denn diese Identität macht zu einem großen Teil die Attraktivität der ländlichen Räume aus und ist damit zugleich Grundlage ihrer Entwicklungsmöglichkeiten.

#### Und schließlich ein vierter Gedanke

Entwicklung in ländlichen Räumen kann nur mit und durch die Betroffenen erfolgreich gestaltet werden.

Meine Damen und Herren!

Dies sind auf den ersten Blick sehr abstrakte Überlegungen, doch lassen Sie uns diese Überlegungen auf die konkrete Situation dieser Region übertragen.

Wenn wir uns noch einmal ins Gedächtnis rufen, was zuvor von Repräsentanten dieser Region gesagt wurde, und was uns mit der Ausstellung zum Modellprojekt "Regionaler Entwicklungsschwerpunkt Hochwald" gezeigt wurde, so können wir feststellen:

Mit dem regionalen Entwicklungsschwerpunkt

Hochwald setzen Sie hier vor Ort in die Tat um, was in Cork für die Europäische Union erst als theoretisches Ideengerüst formuliert wurde.

Statt aneinander vorbei zu agieren, sicher mit den besten Absichten aber nicht selten ohne die mögliche Effizienz, werden die Entwicklungsmaßnahmen und deren Förderung hier im Hochwald aufeinander abgestimmt.

Beispielhaft wird dies in der Verbindung von Maßnahmen der Bodenordnung mit Projekten zum Ausbau der Infrastruktur deutlich.

Durch abgestimmtes Vorgehen werden dabei wichtige Grundlagen geschaffen für die weitere Entwicklung der Region.

Es werden gleichsam 3 Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Die Zukunftsperspektiven der Landwirtschaft werden verbessert, wenn durch Neuordnung der Fluren Rationalisierungsmöglichkeiten erschlossen werden.

Der gewerblichen Wirtschaft werden Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet, in dem mit dem interkommunalen Gewerbegebiet HuMos zusätzliche Gewerbeflächen erschlossen werden.

Und es können zugleich Maßnahmen der Landschaftspflege und des Naturschutzes umgesetzt werden.

Denn für die Zukunft dieser Region ist es wichtig, die Landschaft in ihrem von Natur und Mensch gestalteten Erscheinungsbild zu bewahren und gleichsam als natürliche Ressource dieser Region zu nutzen.

Gerade für den Fremdenverkehr, dessen positive Entwicklung uns Herr Armbruster geschildert hat, spielt dies eine große Rolle.

Es ist deshalb gut, wenn im Entwicklungskonzept für diesen Raum auch Maßnahmen vorgesehen sind, die die Vielfalt und den Reichtum der Kulturlandschaft in diesem Teil des Hunsrücks bewahren und - wo nötig - zusätzlich beleben sollen.

Daneben ist es wichtig, neue Anziehungspunkte für den Fremdenverkehr in der Region zu schaffen.

Mit dem Aufbau eines Holzmuseums haben Sie hierzu bereits eine Initiative ergriffen und ich bin sicher, Sie werden dieses Angebot in Zukunft noch ausbauen können.

Ideen jedenfalls gibt es ja bereits, wie der Vorschlag von Herrn Armbruster zum Aufbau eines lebendigen Mühlenmuseums zeigt.

Auch Vorschläge, wie der zur Errichtung eines Feriendorfs auf dem Gelände des ehemaligen Munitionslagers sollten in diesem Zusammenhang intensiv diskutiert werden.

Ein solches Projekt, zumal wenn es mit attraktiven Freizeitangeboten auch für die Allgemeinheit verbunden ist, kann eine sinnvolle Ergänzung des vorhandenen Fremdenverkehrsangebots sein.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Lebensfähigkeit eines ländlichen Raumes haben im übrigen Gruppen und Einrichtungen, die das soziale Leben fördern und die bereit sind, sich für die Entwicklung einer Region zu engagieren.

Frau Baumgart hat uns dies eben sehr lebendig am Beispiel der Landfrauen geschildert.

Ich freue mich daher ganz besonders, daß wir heute in Verbindung mit dieser Veranstaltung offiziell den Übergang der ehemaligen Landwirtschaftsschule in das Eigentum der Gemeinde Morbach vollziehen konnten.

Die Schlüssel zur Schule liegen jetzt in Ihrer Hand von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Lieser, und damit dürfte der dauerhaften Nutzung dieses Gebäudes als Begegnungsstätte, als Raum für die Aktivitäten von Vereinen, Gruppen und Initiativen nichts mehr im Wege stehen.

Meine Damen und Herren!

Die Landesregierung sieht in dem regionalen Entwicklungsschwerpunkt Hochwald ein Modell für die künftige Gestaltung ihrer Förderpolitik im ländlichen Raum und für eine intensive, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Regionen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Entwicklungskonzepten für die ländlichen Räume.

Politik für den ländlichen Raum zählt zu den herausragenden Aufgaben in einem Land, das ganz wesentlich von ländlichen Regionen geprägt ist.

Die Landesregierung stellt sich dieser Aufgabe.

Die Neustrukturierung der Landesregierung, der Aufbau eines Strukturministeriums mit der Zuständigkeit für eine breite Palette von Förderinstrumenten in der Wirtschafts-, Verkehrs- und Agrarpolitik macht es möglich, den Einsatz dieser Instrumente besser zu koordinieren.

Damit erreichen wir eine höhere Effizienz in der Förderung des ländlichen Raumes.

Was hier in Morbach modellhaft umgesetzt wird, die regionale und zeitliche Konzentration des Einsatzes von Fördermitteln auf der Grundlage eines gemeinsam mit den Verantwortlichen in der Region erarbeiteten Förderkonzeptes, soll in Zukunft zum Standard der Förderpolitik im ländlichen Raum werden.

Damit verlieren die einzelnen Förderinstrumente nicht an Bedeutung, im Gegenteil.

Wir werden unsere gezielte Förderung der Landwirtschaft fortsetzen.

In den letzten beiden Jahren haben wir die Investitionsförderung und dabei ganz besonders die Junglandwirteförderung deutlich verstärkt.

Wir unterstützen mit erheblich aufgestockten Mitteln Marketingaktivitäten, um den Absatz heimischer Produkte zu steigern, jüngstes Anspiel ist das Herkunftszeichen für Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz.

Wir wollen mit diesen Maßnahmen erreichen, daß die landwirtschaftlichen Unternehmen in unserem Land im Wettbewerb mit anderen Regionen bestehen können.

Und das nicht nur in den durch Struktur und natürliche Standortbedingungen begünstigten Standorten sondern auch in den Mittelgebirgsregionen unseres Landes.

Auch dort kann und wird sich die Rolle der Landwirtschaft nicht auf landespflegerische Funktionen beschränken.

Landwirtschaft wird auch hier im Hunsrück, in der Eifel und in den anderen Mittelgebirgsregionen des Landes ein wichtiger Wirtschaftsfaktor bleiben.

Dafür wollen wir mit unserer Förderpolitik günstige Rahmenbedingungen schaffen.

Hierzu zählt neben den bereits genannten Maßnahmen ein wirksamer Einsatz der Instrumente der Ländlichen Bodenordnung.

Wir haben der Bodenordnung mit den Leitlinien zur Ländlichen Bodenordnung und der jetzt begonnenen Neuorganisation der Landeskulturverwaltung neue Schubkraft verliehen.

Dabei steht die Verbesserung der Agrarstruktur natürlich auch weiterhin ganz oben in der Prioritätenliste.

Zusätzlich - und hier zeigt sich der neue Ansatz unserer Förderpolitik ganz deutlich - soll Bodenordnung ganz allgemein beitragen zur Entwicklung der ländlichen Räume.

Sei es die Entwicklung der Dörfer, für die oft eine Dorfflurbereinigung erst die notwendigen Voraussetzungen schafft, sei es der Ausbau von Verkehrswegen oder die Ausweisung von Gewerbegebieten, für die der erforderliche Flächenbedarf nur durch Bodenordnungsmaßnahmen mobilisiert werden kann.

Gleiche Bedeutung haben selbstverständlich auch in Zukunft die Dorferneuerung, die Maßnahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung und der Ausbau des Straßennetzes.

So wie wir im Rahmen der 5b-Förderung unter Beteiligung der EU-Strukturfonds den Aufbau des Gewerbegebietes HuMos und die Errichtung des Holzmuseums in Weiperath unterstützen, so werden wir auch in Zukunft von Seiten des Landes da mithelfen, wo Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft dieser Region ergriffen werden.

Eine wichtige Voraussetzung hierfür haben wir mit der weiteren Einbeziehung der Gemeinde Morbach und weiter Teile der Verbandsgemeinde Thalfang in die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erreicht.

In diesen Zusammenhang möchte ich bewußt auch die Dorferneuerung stellen, die gezielt als ein Instrument zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale in den Dörfern genutzt werden sollte.

Beispiele wie das Entwicklungskonzept für den Ortsteil Gonzerath zeigen:

Es ist richtig, die Dörfer als Lebens- **und** Wirtschaftsraum zu entwickeln.

Wenn wir damit Erfolg erzielen, können wir viele Dörfer als lebendige, zukunftsfähige Gemeinschaften erhalten.

Meine Damen und Herren!

Fördermaßnahmen sind ohne Frage wichtig und notwendig.

Die gewünschte Wirkung erzielen sie aber nur, wenn sie an das Engagement und die Initiativen der Betroffenen anknüpfen.

Hier in der Region muß der Wille vorhanden sein, etwas zu bewegen, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu verbessern, in der Region müssen die Konzepte reifen und getragen werden, mit denen die Region vorangebracht werden kann.

Die Beiträge, die wir heute Nachmittag gehört haben, zeigen mir, dieser Wille, dieses Engagement ist vorhanden.

Es ist möglich, ungeachtet aller Unterschiede in den jeweiligen Einzelinteressen eine starke Allianz für die Zukunft dieser Region zu bilden, von den Landfrauen, der Landjugend, über Gewerbetreibende, Handel und Fremdenverkehr bis hin zu den Vertretern der Kommunen und der Landesbehörden.

Sie alle, wir alle sind aufgerufen aktiv die Zukunft dieser Region zu gestalten.

# Zukunft gewinnen für den ländlichen Raum\*)

Regionaler Entwicklungsschwerpunkt Hochwald  
- Landkreis Bernkastel-Wittlich -

Obervermessungsrat Hubert Friedrich, Bernkastel

## 1. Einleitung

Der Ablauf der heutigen Veranstaltung ist so vorgesehen, daß wir in mehreren Statements aus der Sicht von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hören werden, welche Erwartungen sie an die Politik für den ländlichen Raum haben, aber auch, wie Sie konkret das gemeinsame Thema umsetzen:

"Zukunft gewinnen für den ländlichen Raum"

Zuvor möchte ich Sie in wenigen einleitenden Worten mit der Thematik der Regionalen Entwicklungsschwerpunkte - hier mit dem ESP Hochwald - vertraut machen.

## 2. Grundlage

Durch Beschluß des Ministerrates vom 28.03.1995 wurde in den Leitlinien "Ländliche Bodenordnung" u. a. der Entwicklungsschwerpunkt Morbach / Hochwald ausgewiesen.

Der Beschluß des Ministerrates ist ein Angebot für den ländlichen Raum, die unterschiedlichen finanziellen Hilfen und Unterstützungen des Landes in Anspruch zu nehmen. Der Ministerratsbeschluß ist aber zugleich ein klarer Auftrag für die Fachverwaltungen, alle personellen und auch finanziellen Ressourcen zu bündeln.

## 3. Räumliche Ausdehnung

Der Entwicklungsschwerpunkt Hochwald umfaßt zunächst die Einheitsgemeinde Morbach, die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf und in einer späteren Stufe vielleicht die übrigen Hunsrückgemeinden des Landkreises.

Es ist aus unserer Sicht bereits heute absehbar, daß eine weitere Ausdehnung in angrenzende Landkreise notwendig werden wird. Die Klammer des gesamten Projektes bildet dann der Naturpark Saar-Hunsrück.

Ausgangspunkt oder Kristallisationspunkt - und das ist ja das Thema der heutigen Veranstaltung - ist in

der ersten Förderperiode 1995 - 1999 die Einheitsgemeinde Morbach mit ihren 19 Ortsteilen.

## 4. Ziele

- ☐ Entwicklung eines strukturschwachen Raumes
- ☐ Koordinierung von raumbedeutsamen Planungen - insbesondere landwirtschaftliche und landespflegerische Fachplanungen (Konflikt Landwirtschaft und Landespflege)
- ☐ Erhaltung der Kulturlandschaft (Offenhaltung der gewachsenen Kulturlandschaft, extensive Wirtschaftswiesen)
- ☐ Entflechtung von Nutzungsansprüchen im ländlichen Raum (Ausweisung von Bauflächen, Aufbau eines Ökokontos, Flächen für Verkehrsanlagen u. a.)
- ☐ Renaturierung von Fließgewässern (Aktion Blau - insbesondere Ausweisung von Gewässerstrandstreifen zur Verbesserung der Gewässerstrukturgüte und Erhaltung der Artenvielfalt)
- ☐ Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebietes (Schaffung wohnstättennaher Arbeitsplätze, Sicherung von Ausbildungsplätzen)
- ☐ Förderung des Fremdenverkehrs (das Potential ist die Landschaft)

## 5. Organisation

Zur Koordinierung von Maßnahmen und Bündelung der personellen und finanziellen Ressourcen ist ein Arbeitskreis eingerichtet.

Mitglieder sind die Gemeinde Morbach mit 19 Ortsteilen, die Verbandsgemeinde Thalfang mit 22 Ortsgemeinden, die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich sowie verschiedene Fachbehörden, die ihren jeweiligen Fachbeitrag in den Arbeitskreis einbringen.

\*) Einleitender Vortrag zur Veranstaltung "Zukunft gewinnen für den ländlichen Raum" am 4. 12. 1996 in Morbach

Die Geschäftsführung des Arbeitskreises obliegt dem Kulturamt Bernkastel-Kues.

Durch die Geschäftsstelle wird keinesfalls eine "zusätzliche" Instanz aufgebaut. Der Arbeitsablauf und die "Förderschienen" bei den Fachverwaltungen bleiben unverändert. Es ist jedoch zwingend notwendig, daß eine "koordinierende Stelle" die zusätzlichen Aktivitäten bündelt.

## 6. Verfahren

Der Ablauf ist rechtlich nicht normiert und formal nicht geregelt. Hierin ist die besondere Flexibilität begründet.

Eine sehr wichtige Aufgabe des Arbeitskreises ist es, eine Abstimmung zu den unbedingt notwendigen Planungsanforderungen herbeizuführen, damit die von der Region gewünschte Entwicklung positiv unterstützt werden kann.

## 7. Finanzierung

Es werden eingesetzt:

- ❑ Mittel für Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) - insbesondere Ländliche Bodenordnung, Dorferneuerung, Landespflege und Wasserwirtschaft;
- ❑ Landesmittel - insbesondere zur Förderung umweltschonender Landbewirtschaftung (FUL), Dorferneuerung, Uferandstreifen und Gewässerrenaturierung (Aktion Blau) sowie landespflegerische Maßnahmen.
- ❑ Kofinanzierungsmittel aus den EU-Strukturfonds zur Förderung und Entwicklung ländlicher Räume nach Ziel 5b sowie Aktionsprogramme wie LEADER u. a.
- ❑ Gerade bei den EU-Mitteln ist vielleicht eine Zahl recht interessant: Durch die Einbeziehung in die EU-Förderung für die Entwicklung strukturschwacher Räume werden Mittel in Höhe von immerhin 300 DM je Einwohner fließen.
- ❑ Inwieweit weitere Mittel eingesetzt werden, hängt im wesentlichen davon ab, welche konkreten Maßnahmen in den verschiedenen Aktionsbereichen initiiert und realisiert werden. Die bisherigen Ergebnisse - die ich jetzt nicht im einzelnen auflisten möchte - sind ermutigend.

## 8. Aktionsbereiche

### 8.1 Landwirtschaft

In der Gemeinde Morbach wird ein starker Strukturwandel in der Landwirtschaft eintreten. Durch die intensive Beratung der Staatlichen Beratungsstellen und der privaten Beratungsringe wird dieser Anpassungsprozeß begleitet. Daneben wird erstmals eine stärkere Verzahnung von einzelbetrieblichen Fördermaßnahmen und den überbetrieblichen Maßnahmen zur Agrarstrukturverbesserung und damit eine stärkere Bündelung der Förderinstrumente erreicht.

Nach wie vor bestehen in Morbach erhebliche strukturelle Nachteile für die landwirtschaftlichen Betriebe. Diese Nachteile liegen insbesondere in der Flurverfassung mit sehr kleinen Wirtschaftsflächen in einem engmaschigen Wegenetz. Die Beseitigung dieser Nachteile ist unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung und Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe, weil die Senkung der Kosten für die Außenwirtschaft unmittelbar und nachhaltig zu einer Verbesserung der Einkommenssituation führt.

In Morbach wird eine Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung für das gesamte Gemeindegebiet erstellt. Diese Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung wird in sehr enger Abstimmung zwischen Kulturamt, Gemeinde, den Fachbehörden, der Landwirtschaftskammer und dem Berufsstand entwickelt. Die Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung soll auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme in den landwirtschaftlichen Betrieben die Entwicklungspotentiale aufzeigen und Maßnahmen vorschlagen, wie die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe positiv unterstützt werden kann. Diese landwirtschaftliche Fachplanung ist damit eine wichtige Grundlage für den Einsatz von weiteren Mitteln zur Verbesserung der Agrarstruktur, aber zugleich eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die staatlichen Dienststellen und die Gemeinde, z. B. bei der Integration des Landschaftsplanes in den Flächennutzungsplan.

In Morbach wird erstmals auch der Fachbereich Landwirtschaft mit einer Fachplanung in diesen Abstimmungsprozeß eingebracht und somit den Belangen der Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Betrieben Rechnung getragen.

Bemerkenswert ist, daß die Agrarstrukturelle Vorplanung in Morbach stufenweise entwickelt und in mehreren Schritten in einer breiten Diskussion mit den landwirtschaftlichen Betrieben abgestimmt wird.

## 8.2 Landespflege

In Morbach wird die Erstellung eines Landschaftsplanes mit Integration in den Flächennutzungsplan gefördert. Dabei ist es unverzichtbar, daß auch der landwirtschaftliche Teil in den Abstimmungsprozeß eingebracht wird. Entscheidend ist die Frage, wie die notwendigen Maßnahmen zur Biotopvernetzung mit den Anforderungen der Landwirtschaft in Einklang gebracht werden können. Diesen Konflikt aufzulösen ist eine der wichtigen Aufgaben der Bodenordnung.

In Morbach sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie in Verbindung mit Landespflegemaßnahmen durchaus Möglichkeiten zur Stabilisierung der Einkommen in landwirtschaftlichen Betrieben realisiert werden können (z. B. die Pflege und Unterhaltung von landespflegerischen Kompensationsmaßnahmen oder extensive Bewirtschaftung in Verbindung mit dem Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung).

Die Verbesserung der Erholungseignung und damit Förderung von Fremdenverkehr und Tourismus kann ebenfalls zu Einkommensverbesserungen in den landwirtschaftlichen Betrieben führen - z. B. über die Direktvermarktung der Agrarprodukte oder regionaler Besonderheiten. Auch die Förderung von "Urlaub auf dem Bauernhof" kann eine sinnvolle Einkommensergänzung sein. So wird in Morbach derzeit untersucht, ob eine stärkere Vernetzung der bestehenden Angebote sinnvoll ist. Für diese konzeptionellen Arbeiten steht ein neues Förderprogramm zur Verfügung.

Die Regelungen zum Ökokonto verfolgen das Ziel, den Planungsprozeß in den Gemeinden zu beschleunigen und dabei gleichzeitig ein flexibles Instrument zur Erfüllung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen anzubieten. In Morbach ist nun erstmals eine ganz konkreter Verfahrensablauf vereinbart, wie die Regelungen zum Ökokonto in der konkreten Anwendung umgesetzt werden können.

## 8.3 Wasserwirtschaft

Im Entwicklungsschwerpunkt Morbach werden umfangreiche Maßnahmen im Rahmen der Aktion Blau umgesetzt. Bei der Ausweisung von Gewässerrandstreifen in Verbindung mit Bodenordnungsverfahren ist ein vereinfachter Verfahrensablauf mit geringeren Planungsanforderungen festgelegt. Dies ist ein sehr eleganter Weg, wie der Wunsch der Gemeinde zur Ausweisung von Gewässerrandstreifen unterstützt werden kann. Dabei ist ein zusätzlicher Vorteil, daß die Förderung im Entwicklungsbereich Morbach auf 80 % verbessert worden ist.

## 8.4 Bodenordnung

Es bestehen nach wie vor erhebliche strukturelle Nachteile in der Außenwirtschaft, die nur durch Bodenordnung beseitigt werden können. Neben bereits einigen in jüngerer Zeit abgeschlossenen Bodenordnungsverfahren werden derzeit zwei aktuelle Projekte bearbeitet. In Morbach ist besonders erwähnenswert, daß sich die Gemeinde immer zur Notwendigkeit der Agrarstrukturverbesserung durch Bodenordnung bekannt hat und damit einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe unterstützt hat.

In Morbach wird eine Bündelung der einzelbetrieblichen Fördermaßnahmen und der überbetrieblichen Maßnahmen zur Strukturverbesserung erfolgen, weil nur so eine dauerhafte Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe erreicht werden kann.

## 8.5 Dorferneuerung

Im Entwicklungsschwerpunkt Morbach werden deutliche Akzente zur Förderung der Dorferneuerung gesetzt. Dies kann man einerseits an der Anerkennung des Investitions- und Förderschwerpunktes Gonzerath und andererseits an ganz konkreten Förderprojekten in Rapperath oder bei dem Holzmuseum in Weiperath sehen.

Im Entwicklungsschwerpunkt kommt hinzu, daß eine stärkere Einbeziehung von Ortslage und der umgebenden Landschaft erfolgt, weil nämlich auch Maßnahmen zur Ortsrandgestaltung und zur Einbindung der Ortslage in die Landschaft durchgeführt werden. Dabei soll in Gonzerath an einem Bachlauf gezeigt werden, wie die Ausweisung von Gewässerrandstreifen im Außenbereich mit wasserwirtschaftlichen Maßnahmen in der Ortslage verbunden werden können und damit eine wirkliche Verbesserung am Gewässer eintritt.

## 8.6 Forstwirtschaft

In Ergänzung zu den Maßnahmen der Bodenordnung werden Wegebauprojekte mit Mitteln der Forstverwaltung gefördert. Da der Holzerlös ganz entscheidend von der wegemäßigen Erschließung des Holzlagerplatzes abhängt, bedeutet Wegebau direkte Hilfe für Kommunen und private Waldbesitzer.

Hinsichtlich des Themas "Baustoff Holz" sind eine Vielzahl von innovativen Projekten denkbar, allerdings liegen noch keine konkreten Projekte vor.

## 8.7 Gewerbe

In Morbach wird das interkommunale Gewerbegebiet "Hunsrück-Mosel" (Humos) mit über 70 ha Gewerbefläche ausgewiesen. An den Planungsverband sind neben der Gemeinde Morbach auch die angrenzenden Verbandsgemeinden beteiligt.

Die gewerbliche Entwicklung ist neben der Förderung der Landwirtschaft eine der Hauptsäulen im Entwicklungsschwerpunkt Morbach.

Es ist offensichtlich, daß eine solch große Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen erhebliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben kann. Hier in Morbach wird in Abstimmung zwischen Gemeinde und Kulturamt ein Konzept entwickelt, wie durch Flächentausch im Rahmen der ländlichen Bodenordnung auch den Belangen der landwirtschaftlichen Betriebe Rechnung getragen werden kann.

## 9. Fazit

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eines ist uns im Arbeitskreis besonders wichtig und deshalb will ich es zum Schluß meiner Ausführungen besonders herausstellen:

Es geht überhaupt nicht darum, hier aus der Ferne Maßnahmen über den Hochwald zu stülpen. Vielmehr sollen durch "gebündelte und abgestimmte Initiativen" neue Anstöße und Anregungen gegeben werden, um eine positive Entwicklung fortzusetzen. Der Erfolg wird letztendlich dadurch bestimmt, inwieweit es uns gelingt, die endogenen Kräfte zu aktivieren.

So darf ich an alle appellieren: Lesen Sie uns gemeinsam Zukunft gewinnen für den Raum Morbach und den gesamten Hochwald - ich bin davon überzeugt, die Mühe lohnt sich.

# Entwicklungsschwerpunkt Hochwald\*)

- Erfahrungsbericht aus kommunaler Sicht -

Verbandsbürgermeister Erwin Lieser, Morbach

## 1. Einleitung

Ich möchte Ihnen einen kurzen Überblick über die bisher erreichten Ziele im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald, insbesondere in der verbandsfreien Gemeinde Morbach geben.

Im April 1995 wurden die Leitlinien zur Ländlichen Bodenordnung vom Ministerrat mit der Bildung räumlicher Schwerpunkte beschlossen. Als Kristallisationskern wurde u. a. der räumliche Entwicklungsschwerpunkt Hochwald (Morbach) gebildet.

Als sachliche Schwerpunkte wurden festgelegt:

- ☐ Agrarstrukturverbesserung,
- ☐ Wiederbegrünung der teils ausgeräumten Landschaft,
- ☐ Bachauenrenaturierung,
- ☐ Dorferneuerung,
- ☐ Förderung des Fremdenverkehrs und

- ☐ Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebietes.

Zur Verwirklichung der Ziele eines ganzheitlichen Ordnungs- und Entwicklungsauftrages der sachlichen Schwerpunkte wurde ein Arbeitskreis gegründet, um eine enge räumliche, sachliche und zeitliche Koordinierung der laufenden Planungen der verschiedenen Fachbehörden zu erreichen. Im Arbeitskreis sind folgende Behörden vertreten:

Bezirksregierung Trier, Kulturamt Bernkastel-Kues, Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, verbandsfreie Gemeinde Morbach, Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf, Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt Trier, Staatliches Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft Trier. Fallbezogen werden weitere Personen hinzugezogen.

In gemeinsamer Arbeit ist ein Maßnahmenprogramm für den Zeitraum von 1995 - 1999 abgestimmt worden, das sukzessive fortgeschrieben wird und folgende Ziele verfolgt:

---

\*) Vortrag von Bürgermeister Erwin Lieser am 4.12.1996



1. Agrarstrukturverbesserung, Erarbeitung eines landwirtschaftlichen Entwicklungszieles
2. Maßnahmen der Dorferneuerung, insbesondere im Investitions- und Maßnahmenschwerpunkt Gonzerath
3. Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Situation (Aktion Blau)
4. Wiederbegrünung der teils ausgeräumten Landschaft
5. Förderung des Fremdenverkehrs
6. Ausweisung des interkommunalen Gewerbeparks Hunsrück-Mosel

## 2. Landwirtschaft

In der Gemeinde Morbach läuft zur Zeit das Bodenordnungsverfahren Morbach, das die Gemarkungen Gutenthal, Hunolstein, Odert, Weiperath und einen Teil der Gemarkung Morbach einbezieht. Mit Hilfe des Bodenordnungsverfahrens kann insbesondere eine agrarstrukturelle Verbesserung erzielt werden durch die Vergrößerung der Schlaglängen, die Vergrößerung und Arrondierung der zu bewirtschaftenden Flächen sowie die Verbesserung der Zuwegung. Darüber hinaus können die Nutzungsansprüche von Landespflege, Wasserwirtschaft und Gewerbe (Gewerbepark HuMos) berücksichtigt werden.

Zeitgleich wird im gesamten Gemeindegebiet eine agrarstrukturelle Entwicklungsplanung durchgeführt (durch die GFL Planungs- und Ingenieurgesellschaft GmbH, Koblenz), die insgesamt 18 Monate in Anspruch nehmen wird. Ziel der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung ist es, die Entwicklungsziele für die Landwirtschaft zu formulieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie eine Verbesserung der Agrarstruktur erreicht werden kann. Bisher sind 80 Betriebe befragt worden. Die ersten Ergebnisse der Befragungen sollen noch im laufenden Bodenordnungsverfahren Morbach Berücksichtigung finden. Bereits im Vorfeld ist im Verfahrensgebiet die Beratungstätigkeit durch die Staatliche Beratungsstelle in Person von Herrn Eck intensiviert worden. Daneben wurde eine gemeinsame Informationsveranstaltung des Kulturamtes Bernkastel-Kues, der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Trier und des Landesamtes für Pflanzenbau und Pflanzenschutz zu Förderprogrammen (FUL) durchgeführt.

Da die Landwirtschaft auch unmittelbar vom angestrebten interkommunalen Gewerbepark Hunsrück-

Mosel (HuMos) betroffen ist, haben die Gemeindeorgane, der Gemeinderat und auch meine Person, wie bereits in der Vergangenheit geschehen, der Landwirtschaft ihre Unterstützung zugesichert. Der Verlust von Bewirtschaftungsflächen für die Landwirte, der durch den Gewerbepark entsteht, kann erfreulicherweise kompensiert werden. Hinzu kommt noch, daß durch Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe in Zukunft ausreichend Flächen zur Verfügung stehen und durch die Arrondierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen weitaus ökonomischer gewirtschaftet werden kann.

## 3. Interkommunales Gewerbegebiet Hunsrück-Mosel -HuMos-

Der Gewerbepark Hunsrück-Mosel (HuMos) ist mit ein Bestandteil des Förderprogrammes "Ländliche Bodenordnung". Durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft fallen in der Gemeinde Morbach zahlreiche Arbeitsplätze weg, die durch Ansiedlung von Gewerbe in der Region aufgefangen werden sollen. Mit der Ausdehnung der gewerblichen Wirtschaft wird eine anhaltende positive Bevölkerungsentwicklung erreicht. Da in der Region ein akuter Mangel an Gewerbe- und Industrieflächen herrscht, wurde ein Zweckverband, bestehend aus dem Landkreis Bernkastel-Wittlich, den Verbandsgemeinden Bernkastel-Kues, Neumagen-Dhron und Thalfang am Erbeskopf und der Gemeinde Morbach errichtet. Der günstige Zeitpunkt des Bodenordnungsverfahrens Morbach ermöglicht es, Flächen für landespflegerische Ausgleichsmaßnahmen in unmittelbarer Nähe des Gewerbegebietes auszuweisen.

Zur Zeit befinden sich schon ca. 70 % der Flächen im 1. Teilgebiet des Gewerbeparks im Eigentum des Zweckverbandes. Im gewerblichen Vorbehaltsbereich, eine mit den formulierten Zielen der Landesplanung konkretisierte Erweiterungsfläche des Gewerbeparks mit einer Fläche von rund 30 ha, sind mit der Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz Zusammenlegungen der zweckverbandseigenen und gemeindeeigenen Flächen möglich, was auch angestrebt wird.

## 4. Landschaftsplanung

Zur Zeit ist das Planungsbüro Wrede & Partner aus Trier mit der Erstellung des Landschaftsplanes beauftragt, der die Basis für die Umsetzung des Ökokontos in der Gemeinde

Morbach darstellt. Die Flächen, die für die Einbuchung auf das Ökokonto in Frage kommen, werden im Rahmen der Landschaftsplanung ermittelt und später im Flächennutzungsplan dargestellt.

Für potentielle Eingriffe (Wohngebiete, Gewerbegebiete etc.) werden auf der Grundlage der landespflegerischen Planung Kompensationsräume ausgewiesen für alle betroffenen Schutzgüter (Boden, Wasser, Luft, Biotop- und Artenschutz, Landschaftsbild). Das maximale Risiko muß abgeschätzt werden. Die Anwendung des Ökokontos im Flurbereinigungsverfahren Morbach wird in einem gemeinsamen Termin mit dem Kulturamt Bernkastel-Wittlich, dem Landschaftsplaner und der Gemeinde Morbach geklärt. Da der Landschaftsplan bis zum Planwunsch im laufenden Bodenordnungsverfahren Morbach nicht fertiggestellt sein wird, soll die Anwendung des Ökokontos auf der Grundlage einer Vorstufe zum Landschaftsplan (Biotoptypenkartierung in Verbindung mit der Biotopsystemplanung) erfolgen. Ende November liegt die Biotoptypenkartierung vor.

## 5. Aktion Blau

Ein wichtiges Ziel im Entwicklungsschwerpunkt Morbach stellt die Renaturierung von Bachläufen und die Ausweisung von Gewässerrandstreifen dar. Am 09.08.1996 wurde ein Förderantrag auf dem Dienstwege beim Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz für die Erstellung von Gewässerpflegeplänen, insbesondere für Fließgewässer im Bereich des Flurbereinigungsverfahrens Morbach (Brühlbach und Dhron), gestellt. Die beantragte Finanzhilfe wurde mit einem Fördersatz von 60 % bewilligt. Die Gewässerpflegepläne werden nach den "Grundlagen und Grundsätzen der Gewässerpflegeplanung des Landesamtes für Wasserwirtschaft Rheinland-Pfalz in enger Abstimmung mit dem Landesamt und dem Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft Trier erstellt. Für den Brühlbach wird der Gewässerpflegeplan in Kürze vorliegen. Somit kann die Ausweisung von Gewässerrandstreifen noch im laufenden Bodenordnungsverfahren umgesetzt werden. Bis zum endgültigen Planwunschtermin der Gemeinde Morbach dürften auch die Planungen für die Dhron soweit vorangeschritten sein, daß sie noch im laufenden Bodenordnungsverfahren umgesetzt werden können.

## 6. Dorferneuerung im Investitions- und Maßnahmenschwerpunkt Gonzerath

Mit Schreiben des Ministeriums des Innern und für Sport vom 12.03.1996 wurde der Ortsbezirk Gonzerath als Investitions- und Maßnahmenschwer-

punkt der Dorferneuerung in Rheinland-Pfalz anerkannt. Damit verknüpft war die Weiterentwicklung des Dorferneuerungskonzeptes nach der VV-Dorf vom 23.03.1996 mit ständiger Beteiligung der Bürgerschaft.

Für die Fortschreibung des alten Dorferneuerungskonzeptes ist nach Abstimmung des erforderlichen Leistungsbildes mit der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich ein Antrag auf Gewährung einer Förderung auf dem Dienstwege an die Bezirksregierung Trier gestellt worden. Mit der Konzepterstellung kann in 1997 gerechnet werden. Dabei soll vor allem die Einbindung des Ortes in die Landschaft, Schaffung von neuem Wohnraum im Ortskern, Konzepte für die Nutzung leerstehender Bausubstanz, die Ortsbildgestaltung, Bachauenrenaturierung und der Fremdenverkehr im Mittelpunkt stehen.

Parallel dazu sollen in einem Arbeitskreis "Dorferneuerung Gonzerath" Vorschläge erarbeitet werden, die den Beschlußgremien vorgelegt werden und mit der laufenden Dorferneuerungsplanung abgestimmt werden sollen. Die Betreuung des Arbeitskreises wird von Frau Hauter von der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Trier übernommen. Bisher haben vier Bürgerversammlungen stattgefunden. In der nächsten Arbeitskreissitzung werden vor allem die Schwerpunkte Ortsgestaltung und Infrastrukturverbesserung diskutiert.

Durch Flugblattaktionen und Presseveröffentlichungen wurden die Einwohner Gonzeraths animiert, sich an der zukünftigen Entwicklung ihres Ortes zu beteiligen. Zahlreiche Beratungen für die Durchführung von privaten Maßnahmen der Dorferneuerung wurden bereits durchgeführt und einige Anträge auf Förderung gestellt (4 Anträge in 1996 über die Gemeinde).

## 7. Fremdenverkehr

### 7.1 Spezialmuseum Holz

Im Bereich Fremdenverkehr ist die Gemeinde Morbach derzeit dabei, den sanften Tourismus durch vielversprechende Projekte weiter voranzutreiben. In Weiperath entsteht mit Mitteln der Europäischen Union und des Landes Rheinland-Pfalz ein Museum "Holz - eine Lebensgrundlage des Hunsrücks". Das Holzmuseum stellt eine sinnvolle museale Ergänzung und einen wichtigen Mosaikstein im touristischen Netzwerk des gesamten Hunsrücks dar. Es weist auf die große Bedeutung Morbachs als waldreiche Gemeinde und Standort bodenständiger Holzindustrie sowie als Wirkungsstätte namhafter Künstler der Morbacher Bildhauerei und Schnitzkunst hin.

## 7.2 Vicus Belginum

Zahlreiche Ausgrabungen, die im Rahmen eines Schwerpunktprogrammes der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter der Leitung von Frau Dr. Cordie-Hackenberg vom Rheinischen Landesmuseum in Trier durchgeführt wurden, haben bisher im Gräberfeld "Vicus Belginum" in unmittelbarem Bereich des Stumpfen Turmes im Dreieck der Gemarkungen Hundheim, Hinzerath und Wederath stattgefunden. Es konnten die keltische und römische Siedlungsweise und die damalige Lebensart durch zahlreiche Funde belegt werden. Es ist geplant, daß Teile der ehemaligen Siedlung nach den Grabungsbefunden rekonstruiert werden. Eine Nutzung als Kultur- und Touristikzentrum für den Raum Hunsrück steht in der Überlegung. Eine Einbindung in eine angestrebte Raststätte an der künftigen B 50 neu wäre realisierbar. Ein weiterer Schwerpunkt im Touristikbereich soll sich aus dem Konversionsprojekt Munitionslager Wenigerath entwickeln.

## 8. Munitionslager Morbach-Wenigerath

Die Konversion im ehemaligen Munitionslager Morbach-Wenigerath wird als eines von fünf ökologischen Modellprojekten in Rheinland-Pfalz durch das Forum Konversion & Stadtentwicklung begleitet, das von der Landesregierung zur Begleitung ihrer Konversionspolitik ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen des Modellprojektes sollen mögliche Anschlußnutzungen für das von den amerikanischen Streitkräften im Jahre 1995 freigegebene Militärgelände untersucht werden.

Der Planungsprozeß wird durch eine Lenkungsgruppe begleitet, die sich aus Vertretern der Kommunalpolitik, des Forums Konversion & Stadtentwicklung, der betroffenen Behörden und weiteren Fachleuten zusammensetzen. Erste Voruntersuchungen sind bereits abgeschlossen. Am 12. November hat ein Workshop unter Beteiligung externer Fachleute stattgefunden, um Entwicklungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine Anschlußnutzung im Bereich Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr aufzuzeigen. Die Vorstudie sowie die Ergebnisse des Workshops werden vom Forum Konversion & Stadtentwicklung zu einem Grobkonzept zusammengefaßt und in Kürze vorgestellt.

Die aufgezeigten Aktivitäten und konkreten Entwicklungsmöglichkeiten für den Lebensraum in der Einheitsgemeinde Morbach mit 19 Ortsteilen und rund 11.000 Menschen werden von den Mandatsträgern und der Bürgerschaft als eine besondere Chance zur Weiterentwicklung im mittleren Hunsrück gewertet. In einem Zeitraum von nur 15 Monaten wur-

den nach meiner Auffassung in beispielhafter und nachahmenswerter Weise Kräfte im Verwaltungshandeln gebündelt. Ich danke der Landesregierung Rheinland-Pfalz und im besonderen den Partnern in der Bezirksregierung Trier und in den weiteren Dienststellen, welche im Arbeitskreis vertreten sind und konstruktiv mitarbeiten, für das bisherige erfolgreiche Miteinander und bitte zugleich, weiterhin nachhaltig an der Erreichung der Ziele im Entwicklungsschwerpunkt Hochwald mitzuarbeiten.

## 9. Ausblick

Die Erfahrungen in der angesprochenen kurzen Zeit von 15 Monaten im Arbeitskreis und im Gemeindebezirk Morbach haben gezeigt, daß durch die beispielhafte Zusammenarbeit der im Arbeitskreis Entwicklungsschwerpunkt Hochwald beteiligten Behörden Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes schnell umsetzbar sind und mit einer Bündelung des Verwaltungshandelns Fördermittel erreichbar sind, deren Einsatz zu einer hohen Effektivität führen wird.

# FACHBEITRÄGE

## Abschluß der Flurbereinigung Müden\*)

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Gajus Julius Cäsar ist schuld daran, daß ich heute hier stehe und mit Ihnen gemeinsam den erfolgreichen Abschluß eines Werkes feiern darf, das den hier lebenden Menschen Arbeit, Einkommen und Lebensqualität auf Dauer sichern soll.

Ohne den Einmarsch der römischen Legionen in Gallien und Germanien und deren Wunsch, auch in der Fremde Wein zu trinken, würde vielleicht in den Flußtalern von Rheinland-Pfalz heute kein Wein angebaut. Sie haben die Weinrebe mitgebracht und nach ihrem Abzug zurückgelassen.

Der Wein hat zu allen Zeiten die Menschen fasziniert, ihnen Freude bereitet, sie zur Kreativität angeregt. Shakespeare sagt über den Wein: "Der Wein parfümiert uns das Blut."

Diese Faszination und Kreativität hat Sie, meine Damen und Herren, vor über zwanzig Jahren veranlaßt, über eine Neuordnung in Ihren Weinbergen nachzudenken. Das Ergebnis dieser sicherlich vielfältigen und nicht immer emotionslosen Diskussion mündete schließlich im Mai 1977 in den Beschluß zur Anordnung der Flurbereinigung Müden. Und Sie haben nicht nur die Weinbergsflächen einer Bodenordnung unterworfen, sondern gleich den ganzen Schritt gewagt und auch den Ort in das Neuordnungsverfahren einbezogen.

Ich glaube, daß dies eine richtige Entscheidung war, denn nur in einem umfassenden Bodenordnungsverfahren können die Wechselwirkungen zwischen dem Ort und seinen angrenzenden landwirtschaftlichen, hier weinbaulichen Flächen entsprechend berücksichtigt werden. Was wäre der Ort Müden ohne seine ihn umgebenden Weinbauflächen, was wären die Weinberge ohne den Ort Müden mit seinen hier wohnenden und arbeitenden Menschen? Das Ziel eines solchen Verfahrens muß immer sein, die in Jahrhunderten gewachsenen sozialen, kulturellen, menschlichen Beziehungen nicht nur zu er-

halten, sondern Grundlage für eine positive, zukunftsweisende Entwicklung der gewachsenen Strukturen zu bilden.

Nach der Anordnung des Verfahrens wurden in den Jahren 1978 bis 1980 die Wertermittlung der Grundstücke und die Planfeststellung für die neuen Wege und Gewässer durchgeführt. In dieser Zeit waren Sie als Mitglieder des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft besonders gefordert, denn diese Maßnahmen können ohne Ihre Mithilfe nicht durchgeführt werden; nicht nur, weil das Flurbereinigungs-gesetz dies so vorschreibt, sondern weil hier die besonderen Ortskenntnisse erforderlich sind.

In 1980 konnte dann mit dem Ausbau der Wirtschaftswege, der Weinbergsmauern und der Gewässer begonnen werden. Es wurden in Ihrer Gemarkung immerhin 16,1 km neue Weinbergsweg gebaut, die mit über 15.000 m<sup>3</sup> Weinbergsmauern gesichert werden. Da jeder Weinbergsweg auch zugleich eine Wasserführung ist, mußten auch Vorfluter gebaut werden, die das Oberflächenwasser schadlos für die Weinbergsflächen und die Ortslage in die Mosel ableiten. Insgesamt wurden 1,4 km neue Gewässerläufe gebaut.

Ich kann mir lebhaft vorstellen, daß alle Grundstückseigentümer sehr gespannt waren, als 1982 zum Planwuschtermin eingeladen wurde. In diesem Termin geht es bekanntlich darum, daß jeder Grundstücksbesitzer seine Vorstellungen und seine Wünsche bezüglich der Neugestaltung und Neueinteilung seines Grundbesitzes entwickeln und mit dem Kulturamt erörtern soll und kann.

Das Ergebnis dieser Gespräche wurde von dem Kulturamt in dem Flurbereinigungsplan zusammengefaßt und den Beteiligten im Dezember 1983 bekanntgegeben.

---

\*) Rede von Staatssekretär Günter Eymael am 10.12.1996 in Müden

Gegen diesen Flurbereinigungsplan wurden insgesamt 155 Widersprüche vorgebracht. Diese ungewöhnlich hohe Anzahl von Widersprüchen veranlaßte das Kulturamt, den Besitzübergang um ein Jahr zu verschieben. Die vorgebrachten Widersprüche mußten erst verhandelt werden, bevor die Beteiligten in Besitz und Nutzung ihrer neuen Grundstücke eingewiesen werden konnten.

Die Verhandlungen mit den Widerspruchsführern führten zu Änderungen des ursprünglichen Neueinteilungsplanes, die in zwei Nachträgen den Beteiligten bekanntgegeben wurden.

Im Oktober 1984 konnte dann die Besitzeinweisung erlassen werden, so daß die Winzer ab dem Wirtschaftsjahr 1984/85 ihre neuen Grundstücke in Besitz nehmen und bewirtschaften konnten. An dieser Stelle darf ich Ihnen einige statistische Angaben machen:

Vor der Flurbereinigung gab es in Müden 4.587 Katasterflurstücke, also einzelne Parzellen, die im Grundbuch und Kataster mit ihren Eigentümern gesondert nachgewiesen waren. Nach der Neuordnung der Grundstücke durch das Kulturamt hat sich die Anzahl der Grundstücke auf 1.198 reduziert. Vor der Flurbereinigung betrug die durchschnittliche Größe der Grundstücke rund 300 m<sup>2</sup>, heute beträgt diese Größe rund 1.200 m<sup>2</sup>, also immerhin eine Vergrößerung um das Vierfache.

Das entspricht zwar immer noch nicht dem Ziel der langfristig angelegten Weinbaupolitik, die wir mit den Leitlinien für die Ländliche Bodenordnung als erstrebenswert dargestellt haben. Danach sollte ein Weinbergsgrundstück in den Steillagen der Flußtäler unter wirtschaftlichen Aspekten eine Größe von 0,5 ha, also 5.000 m<sup>2</sup>, haben.

Ich bin fest davon überzeugt, daß auch in Ihrer Gemeinde sich dieses Ziel Zug um Zug erreichen läßt, wenn die kleineren Betriebe ihre Flächen aufgeben und an weiterwirtschaftende Betriebe verpachten oder verkaufen. Scheuen Sie sich nicht, das Kulturamt zu gegebener Zeit in Anspruch zu nehmen, wenn Sie das Instrumentarium des freiwilligen Land- und Pachttauschverfahrens zur Strukturverbesserung Ihrer Betriebe nutzen wollen.

Nach der Besitzeinweisung begann für alle Winzer die Zeit des Wiederaufbaues ihrer Grundstücke. Etwa die Hälfte der Weinbergsflächen konnte sofort nach der Besitzeinweisung neu angelegt werden, die andere Hälfte, ca. 31 Hektar, mußten auf die Planierung ihrer Grundstücke warten. Diese Planierungsarbeiten nahmen ca. drei Jahre in Anspruch.

An dieser Stelle darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, welche Kosten die Flurbereinigung Müden verursacht hat:

Für die neuen Wege:	4,5 Mio. DM,
für die Gewässer:	0,4 Mio. DM,
für die Planierung:	1,5 Mio. DM,
für die Befestigung von Wegen:	1,3 Mio. DM und
für Sonstiges:	1,8 Mio. DM.

Insgesamt entstanden also rund 9,5 Mio. DM an Ausführungskosten.

Diese Kosten wurden finanziert mit einem Zuschuß von 85 % durch das Land Rheinland-Pfalz und den Bund. Das bedeutet, daß in ihre Gemeinde ein Betrag von rund 8,0 Mio. DM an Zuschüssen geflossen sind.

Ich sage dies nicht mit der Absicht, daß Sie mir jetzt besonders dankbar sein müßten oder daß hier der Staat Ihnen eine besondere Vergünstigung hat zukommen lassen.

Vielmehr liegt mir daran, Ihnen glaubhaft darzustellen, daß uns die Erhaltung und Förderung des Weinbaues in den Steillagen an der Mosel sehr am Herzen liegt. Die Förderung der Rationalisierung, der Mechanisierung und die Verbesserung der Vermarktung sind Instrumente, die die Landesregierung in einem regionalen Entwicklungskonzept für die Mosel zusammenfassen wird.

Ich bin fest davon überzeugt, daß diese investiven Förderungen durch die öffentliche Hand eine wichtige Grundlage dafür sind, daß die Menschen hier Arbeit behalten und finden und daß die vom Weinbau abhängigen Wirtschaftszweige wie Handwerk, Gastronomie und Tourismus auf Dauer nur mit dem Weinbau in der Steillage überleben können.

Mit dem Besitzübergang 1984 war Ihr Verfahren für Sie als Winzer praktisch abgeschlossen. Die folgenden Verfahrensabschnitte sind jedoch für das Kulturamt zeit- und arbeitsaufwendig:

Grundbuchberichtigung:	Mai 1987 und
Katasterberichtigung:	November 1990.

Mit der Berichtigung der öffentlichen Bücher - Grundbuch und Liegenschaftskataster - ist für Ihre Grundstücksangelegenheiten nicht mehr das Kulturamt zuständig.

Neben den Verbesserungen, die das Verfahren für die Winzer und Grundstückseigentümer gebracht hat, wie größere Wirtschaftsstücke und bessere Zuwegung, konnten auch allgemeine Vorteile durch das Bodenordnungsverfahren erreicht werden:

- ☐ Die Weinbergswegen können als Spazier- und Wanderwege genutzt werden,
- ☐ es wurden 58 Bauplätze ausgewiesen,
- ☐ es wurden Flächen ausgewiesen für:
  - Eine Mehrzweckhalle,

- einen Parkplatz mit einem Info-Stand,
- einen Landeplatz für den Spritzhubschrauber und
- den Bau einer Traubenannahmestelle.

Es wurde ein Wanderweg vom Moseltal zum Müdener Berg geschaffen.

Hier bei Ihnen sind mit der Flurbereinigung günstige Voraussetzungen für eine positive Entwicklung geschaffen. Ich bin sicher, daß Sie mit Ihrem Fleiß und guten Ideen helfen werden, die Zukunft dieser Region und ihrer Menschen erfolgreich mitzugestalten.

## Bodenordnung aus Sicht des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V.\*)

Vizepräsident Fritz Steegmüller

Zunächst möchte ich mich recht herzlich für die Einladung zu Ihrer Führungstagung bedanken. Gerne komme ich Ihrem Wunsch, die Bodenordnung aus Sicht des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd zu beleuchten, nach.

Da ich vom südlichen Teil unseres Landes komme und vielen von Ihnen wohl nicht bekannt bin, will ich mich kurz vorstellen:

Ich bin praktizierender Landwirt und wir bewirtschaften in Offenbach bei Landau, also in der Südpfalz, einen Ackerbaubetrieb. Auf rd. 35 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche wird neben Getreide und Zuckerrüben schwerpunktmäßig Tabak und Obst angebaut. Ein solcher Schwerpunkt ist aufgrund der geringen Flächenausstattung des Betriebes zwingend erforderlich.

Ehrenamtlich gehöre ich dem Präsidium des Bauern- und Winzerverbandes an und bin als Vizepräsident einer der Stellvertreter unseres Präsidenten, Norbert Schindler, dessen herzliche Grüße ich Ihnen ebenfalls übermitteln darf.

Anlaß meiner heutigen Teilnahme waren wohl die in der 1. Jahreshälfte 1996 im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz durchgeführten 3. Regionalveranstaltungen zu dem Thema "Die Ländliche Bodenordnung im Dienste der Landwirtschaft und des Na-

turschutzes", bei denen die Besonderheiten der jeweiligen Region mit ihren spezifischen Anforderungen an die Bodenordnung zwischen Landwirten und Winzern als Vertreter des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd mit Vertretern der Landwirtschaftskammer, SLFA und der Landeskulturverwaltung diskutiert wurden.

Ein vorläufiger Abschluß dieser Regionaltagungen fand vor wenigen Wochen in Bockenheim statt. Hier stellten wir fest, daß der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd und die Landeskulturverwaltung die Weiterentwicklung der Bodenordnung in Rheinland-Pfalz wollen, mit dem eindeutigen Ziel, die Flurverfassung den heutigen agrartechnischen Möglichkeiten anzupassen.

Unsere Interessenlage ist nicht, bei Flurneuordnungen die kommunalen oder sonstigen Flächenansprüche außerhalb der Landwirtschaft zu befriedigen, auch manche Vorstellungen von Umweltverbänden oder -behörden, nach denen zukünftig in Rheinland-Pfalz eine eher konservierende Landwirtschaft der richtige Weg sei, können wir nicht teilen. Diese und viele andere Fragen, wie beispiels-

\*) Referat anläßlich der Führungskräfte-tagung der Landeskulturverwaltung am 10. Dezember 1996 in Emmelshausen

weise die Flächenankäufe von Straßenbau- und Forstverwaltungen in der freien Feldflur zu bewerten seien, wurden von den anwesenden Landwirten angesprochen.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen, Herr Dr. Brack, und Ihren Mitarbeitern zu danken für die Darlegung Ihrer Konzepte, wie agrarische Interessen und Naturschutz in Einklang gebracht werden könnten. Die weitere Diskussion zu diesem Thema wird dadurch im wesentlichen geprägt sein.

Gerade im Zeitalter einer wachsenden Globalisierung der Politik, der Wirtschaft, der Märkte und des Handels ist die Bündelung gemeinsamer Interessen und Realisierung von Synergieeffekten für die - weltweit betrachtet - kleine Region Rheinland-Pfalz mehr denn je erforderlich.

Die Wettbewerbsfähigkeit der meisten landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz ist im nationalen und internationalen Vergleich nicht gegeben, weil die Agrarverfassung des Landes äußerst ungünstige Voraussetzungen aufweist. Insbesondere ist die mangelhafte Agrarstruktur Hemmnis für eine wettbewerbsfähige, nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen auszurichtende Landwirtschaft. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Agrarstruktur sind aber nicht nur die Siedlungsform und die Flurverfassung, sondern darüber hinaus auch die Besitzstruktur, die Form der Bodennutzung und Viehhaltung sowie die Marktstruktur.

Um eine aus unternehmerischer Sicht optimale Agrarstruktur zu schaffen bzw. zu entwickeln, fordert der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd schon seit vielen Jahren, alle Instrumente zur Landentwicklung umfänglich sach- und zukunftsorientiert anzuwenden.

Obwohl in den meisten rheinland-pfälzischen Gemarkungen Erstbereinigungen erfolgt sind, diese aber vielfach 30 Jahre und länger zurückliegen, ist die vorhandene Agrarstruktur veraltet. Oft wurde ein viel zu enges Raster angelegt, in dem auch mit freiwilligem Landtausch keine befriedigende Lösung erreicht werden kann. In einem zu engen Korsett bleibt keine Luft zum Atmen.

Doch Rheinland-Pfalz braucht auch künftig eine leistungsfähige Landwirtschaft, die eine flächendeckende Bewirtschaftung voraussetzt, um die Erhaltung der Kulturlandschaft zu gewährleisten. Deshalb wünschen wir uns Kulturämter und Kulturamtsmitarbeiter / innen, die genau diese Problematik erkennen und sie sachgerecht umsetzen.

Für den Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd steht der im Flurbereinigungsgesetz formulierte Auftrag "Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft" an oberster Stelle. Die Realisierung dieses Auftrages ist deshalb unsere zentrale Forderung.

Wir verkennen nicht die Notwendigkeit, bei Flurbereinigungen weitere Ziele der Landentwicklung zu berücksichtigen. Artenschutz und -vielfalt sind für uns keine Fremdworte, und wir sind uns der Verpflichtung, dafür etwas zu tun, bewußt. Streiten können wir uns darüber, wie mehr Artenvielfalt und ein besserer Artenschutz erreicht werden kann.

Eine landesweit flächendeckende Extensivierung ist für uns der falsche Ansatz. Wir unterstützen die biologisch wirtschaftenden Betriebe unseres Landes, aber eine zwangsweise Umwandlung der gesamten Landwirtschaft in Bio-Betriebe halten wir für eine Utopie.

Eher vorstellbar ist, in bestimmten Ackerregionen Teilflächen als Naturrückzugsflächen auszuweisen. Man muß sich aber dessen bewußt sein, daß damit Kulturlächen langfristig als Produktionsfläche nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Voraussetzung für solche Lösungen wären auskömmliche, langfristig abgesicherte Ausgleichszahlungen.

Aus landwirtschaftlicher Sicht sind künftig Bewirtschaftungseinheiten von mindestens fünf ha, besser zehn, mit einer Schlaglänge von 400 bis 600 m im Marktfruchtbau anzustreben. In Kartoffel- und Gemüsebaubetrieben sind wegen des begrenzten Ladevolumens der Roder und der technischen Durchführung der Beregnung kürzere Schlaglängen (im Durchschnitt 300 m) ausreichend. Wesentliches Ziel der Bodenordnung muß die deutliche Verringerung der Bewirtschaftungsschläge sein, um maximale Vorteile der Kostendegression zu nutzen. Eine deutliche Senkung der Produktionskosten muß nach der Bodenordnung für den Betriebsleiter offenkundig sein.

Selbstverständlich ist das Vorhandensein eines gut ausgebauten Wirtschaftswegenetzes, in dem die Hauptwirtschaftswege in schwerer Bauweise befestigt sind, unabdingbar. Beispielsweise sei in diesem Zusammenhang an den Abtransport von Zuckerrüben während der Erntekampagne erinnert.

Gegebenenfalls sind eine nachhaltig funktionierende Wasserführung in der Feldflur sowie die Schaffung einer ausreichenden Vorflut einzufordern. Darüber hinaus muß nach Abschluß des Bodenordnungsverfahrens die Unterhaltung der Gewässer gesichert sein. Bereits eine eingeschränkte Unterhaltung kann nicht akzeptiert werden.

Betriebsindividuellen Entwicklungsmöglichkeiten, z. B. Aussiedlung, Teilverpachtung, Teilnahme an Förderprogrammen, Ausdehnung der Berechnungsfläche etc., muß ein besonderes Gewicht zukommen.

Der Produktionsfaktor Boden ist nicht vermehrbar und neben der Ausstattung des Betriebes mit den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital die wesentliche Säule für die Stabilität, aber auch Liquidität und Rentabilität des landwirtschaftlichen Unternehmens. Die Minimierung des Flächenverlustes, insbesondere durch restriktive Umsetzung öffentlicher Maßnahmen im Rahmen der Landschaftsplanung und der Biotop-Verbundplanung, muß erklärtes Ziel der Agrar- und Umweltpolitik sein. Die Ausweisung von Vorrangflächen für den Naturschutz und die Landschaftspflege hat vornehmlich auf landwirtschaftlichen Rückzugsflächen zu erfolgen.

Ebenso muß der Ankauf von landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Kommunen und Fachbehörden mit Hilfe der Bodenordnung gezielt und in Abstimmung mit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung umgesetzt werden. Gutes Acker- und Grünland muß ausschließlich der landwirtschaftlichen Produktion ohne jegliche Einschränkung erhalten bleiben. Die Umsetzung der Planung vernetzter Biotop-Systeme ist auf das Notwendige und Machbare zu beschränken. Um nachträglichen Ärger zu vermeiden, ist es besonders wichtig, die örtlichen Bauernvertreter frühzeitig in entsprechende Planungen miteinzubeziehen. Idealisierte Landschaftsplanungen helfen nicht weiter, verursachen hohe Kosten und reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe nachhaltig. In der Folge kann eine flächendeckende Bewirtschaftung der Kulturlandschaft nicht mehr gewährleistet werden.

Sehr deutlich ist auf die mögliche nachträgliche Zerstörung bzw. Zerschneidung von z. B. in Bodenordnungsverfahren geschaffenen, ausreichend großen Bewirtschaftungseinheiten durch private oder kommunale Aktivitäten hinzuweisen. Liegt eine abgestimmte Planung vor, so ist die strikte Einhaltung einmal zugeordneter Nutzungsformen einzuhalten. Der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd fordert hier eine Art Schutznorm für zusammenhängende Bewirtschaftungseinheiten.

Diese sicherlich sensible Abwägung verschiedener Interessen erfordert eine umsichtige Moderation durch qualifiziertes Personal, das die Belange der Landwirtschaft kennt, versteht und durchsetzen kann. Ziel muß die Vermeidung, Beseitigung, Entflechtung und / oder Neutralisierung von Nutzungskonflikten sein.

Um möglichst frühzeitig Synergieeffekte erzielen zu können, hat innerhalb von zwei Jahren nach der Anordnung des Flurbereinigungsverfahrens die Besitzeinweisung zu erfolgen. Dieser Forderung wird durch die richtige Wahl der verschiedenen Instrumente / Verfahrensarten nach dem Flurbereinigungsgesetz zur Landentwicklung Rechnung getragen werden müssen. Daß diese Entscheidung schließlich Auswirkungen auf die Effizienz und mithin auf die Kostenstruktur eines Verfahrens haben, ist offenkundig.

Mit Hilfe der Bodenordnung ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialverträglich zu unterstützen. Wachstumsfähigen Betrieben wird die Entscheidung, Ersatz oder Neuinvestitionen zu tätigen, erleichtert. Eine gezielte Förderung von einzelbetrieblichen Entwicklungsmaßnahmen einerseits und regionalen Schwerpunkten andererseits wäre möglich. Schließlich ist vor Anordnung eines Bodenordnungsverfahrens die Bündelung verschiedener Fachplanungen in aller Regel im Rahmen einer agrarstrukturellen Vor- und Entwicklungsplanung untersucht worden.

Sehr geehrte Damen und Herren, abschließend möchte ich Ihnen versichern, daß Sie, die maßgeblichen Vertreter der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, den Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd auf Ihrer Seite haben, wenn Sie folgende drei Punkte in der Reihenfolge beachten:

1. Sämtliche Energie aufzuwenden, um die landwirtschaftlichen Betriebe durch Verbesserung der Agrarstruktur in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
2. Die Kosten und Belastungen einschließlich der Flächenabzüge für die Betreibe zu minimieren.
3. Nicht zu vergessen, daß wir nicht mehr in einer Naturlandschaft, sondern in einer Kulturlandschaft mit vielfältigen Nutzern leben; insoweit sind zusätzliche Biotop-Flächen nur in dem Maße vertretbar, wie sie langfristig über Vertragsnaturschutz oder sonstige abgesicherte Pflege zu bewältigen sind.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe Ihnen für Fragen, auch kritischer Art, gerne zur Verfügung.



## Leiter des Kulturamtes Bernkastel, Klaus Berg in den Ruhestand verabschiedet\*)

Regierungspräsident Walter Blankenburg, Trier

Gerne bin ich der Bitte nachgekommen, Sie zur heutigen Feierstunde an diesen geschichtsträchtigen Ort, dem weinkulturellen Zentrum, dem Nikolaus-Cusanus-Stift, einzuladen. Anlaß für diese Feierstunde ist die Verabschiedung von Ihnen, Herr Berg, als langjährigem Leiter des Kulturamtes Bernkastel-Kues in den wohlverdienten Ruhestand.

Ihr besonderes Engagement für den Weinbau scheint von Ihrem bisherigen Lebenswege geprägt zu sein. Aus der Pfalz über die Nahe, den Rhein an die Mosel, sind die Stationen Ihres beruflichen Werdegangs.

So besuchten Sie von 1938 - 1942 die Volksschulen in Bad Bergzabern und Ludwigshafen. Nach der Oberrealschule und Oberschule in Ludwigshafen bzw. Wöllstein, dem Besuch des Gymnasiums in Bad Kreuznach und Idar-Oberstein legten Sie im Jahre 1952 die Reifeprüfung ab. Ihre juristische Laufbahn begannen Sie mit dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaft an den Universitäten Heidelberg und setzten diese in Mainz fort. Nach der Referendarzeit legten Sie im Jahre 1962 die Zweite juristische Staatsprüfung in Koblenz ab. Vor Ihrem Eintritt in die Landeskulturverwaltung arbeiteten Sie in der Privatwirtschaft, hier der Hauptverwaltung der Bausparkasse Schwäbisch-Hall. 1965 erfolgte Ihre Einstellung beim Kulturamt Worms als Regierungsassessor, damals hieß es noch Kulturamtsanwärter. Diese Zusatzausbildung endete 1966 mit der Aussprache über die "Ausbildung als Kulturamtsvorsteher" vor dem Prüfungsausschuß des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. Bis zum Jahre 1970 waren Sie beim Kulturamt Worms als beigegebener höherer nichttechnischer Verwaltungsbeamter eingesetzt. Vom Rhein wurden Sie im Jahre 1970 an das Kulturamt Bernkastel-Kues versetzt. Im Jahre 1971 wurden Sie zum Oberkulturrat ernannt.

Mit Einrichtung der Oberen Flurbereinigungsbehörden bei den Bezirksregierungen im Jahre 1974 erfolgte Ihre Versetzung an die Bezirksregierung Trier. Am 1. Januar 1984 wurden Sie an das Kulturamt Bernkastel-Kues abgeordnet und die kommissarische Leitung der Dienststelle Ihnen übertragen. Im August 1984 wurden Sie an das Kulturamt Bernkastel-Kues versetzt und mit der Leitung des Amtes betraut.

Unter Ihrer Behördenleitung wurden in diesem Zeitraum von 1984 bis 1996 35 Bodenordnungsverfahren mit über 16.000 ha, fast ausschließlich im Landkreis Bernkastel-Wittlich, zum Besitzübergang gebracht. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung der Flurneuordnung im Kulturamtsbezirk Bernkastel-Kues wurden während Ihrer Dienstzeit insgesamt Ausführungskosten in Höhe von fast 100 Mio. DM zur Verbesserung der Agrarstruktur und insbesondere des Weinbaues eingesetzt. Die öffentlichen Zuwendungen in Höhe von fast 85 Mio. DM wurden beschäftigungswirksam unter Einsatz einer Vielzahl von Arbeitern der Teilnehmergemeinschaften in den Ortsgemeinden eingesetzt.

Als zweiter Arbeitsschwerpunkt des Kulturamtes Bernkastel-Kues fiel in Ihre Dienstzeit die Einzelbetriebliche Förderung von Landwirten und Winzern.

Dies sicherte die Existenz von 132 Betrieben bei 30 Mio. DM Zuwendungen in diesem Zeitraum.

Neben Ihrem dienstlichen Einsatz sind Ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten, insbesondere im schulischen Bereich, hervorzuheben.

12 Jahre waren Sie im Landeselternbeirat, zunächst als stellvertretender Vorsitzender, anschließend fünf Jahre als dessen Vorsitzender tätig. Daneben waren Sie engagiert als Bezirkselternbeiratsvorsitzender. 15 Jahre führten Sie den Vorsitz im Schulelternbeirat bei der Grundschule und dem Gymnasium in Bernkastel-Kues. Besonders hervorzuheben ist auch Ihre Funktion als stellvertretender Vorsitzender im Bundeselternbeirat.

Ihr besonderes Engagement für den Weinbau, die Fortsetzung der Weinbergsflurbereinigung an der Mosel wurde begleitet auch durch Ihre langjährige ehrenamtliche Mitgliedschaft in der amtlichen Prüfungskommission für Wein der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz über den Zeitraum von fast 13 Jahren. Insbesondere diese beiden ehrenamtlichen Engagements führten dann im Frühjahr 1985 zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

---

\*) Ansprache zur Verabschiedung von Leitendem Regierungsdirektor Klaus Berg, Kulturamt Bernkastel-Kues, am 13.12.1996

Auch Neuerungen, insbesondere bei der aktuellen Reform der Landeskulturverwaltung standen Sie stets aufgeschlossen gegenüber.

Durch Ihre Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung wurde als einzige Dienststelle im Regierungsbezirk Trier zu Beginn diesen Jahres das Kulturamt Bernkastel-Kues als Modellamt für die Erprobungsphase der Reform der Landeskulturverwaltung ausgewählt. Diese Aufgeschlossenheit auch im letzten Dienstjahr, Ihre Offenheit und Ihre hervorragenden Kontakte nach draußen haben dazu geführt, daß sich die Beteiligten, die Vorstände der Teilnehmergeinschaften, Bürgermeister, Landwirte und Winzer mit ihrem Problemen häufig an Sie gewandt haben.

Besonders hervorheben möchte ich auch Ihr gutes Verhältnis zum Personalrat, was insgesamt zu dem Arbeitserfolg des Kulturamtes Bernkastel-Kues und zu den bekannten Arbeitsergebnissen beigetragen hat. Ihr ruhiges Wesen hat insbesondere bei den oft schwierigen Verhandlungen mit der Vielzahl der Grundstückseigentümer zum Erfolg der Agrarstrukturverbesserung geführt.

Vorbildlich und zukunftsweisend war die in jüngster Vergangenheit von Ihnen mitgetragene Einrichtung des Entwicklungsschwerpunktes Hochwald mit Kristallisationspunkt Morbach, einem von insgesamt drei Entwicklungsschwerpunkten im Regierungsbezirk Trier, der in der vergangenen Woche auf das besondere Interesse bei Wirtschaftsminister Brüderle gestoßen ist. Auch die Neuorganisation des Verbandes der Teilnehmergeinschaften haben Sie in jüngster Zeit im Kulturamtsbereich Bernkastel-Kues beispielhaft mitgetragen.

In Ihrer Art als Vorgesetzter und Kollege waren Sie wichtiger Ratgeber und Ansprechpartner, der mit großer Gelassenheit die rasante Entwicklung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen des letzten Jahrzehnts amtsvertäglich gestaltete.

Ihre Amtsführung hat ein gutes Betriebsklima ermöglicht.

Ich wünsche Ihnen noch viele Jahre bei guter Gesundheit im Kreise Ihrer Familie. Im Namen des Landes Rheinland-Pfalz möchte ich Ihnen den Dank für Ihre gute Arbeit aussprechen. Als äußeres Zeichen des Dankes überreiche ich Ihnen die Urkunde des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz.

## Naheprogramm - einige Fallbeispiele zur Diskussion<sup>\*)</sup>

Vermessungsdirektor Bernd Scholz, Kaiserslautern

Die Umsetzung des Naheprogrammes läuft seit Spätsommer 1995. Das Kulturamt Kaiserslautern hat an den Gewässern Morbach, Kohlbach, Ohmbach und Glan die Ausweisung von Randstreifen im Rahmen von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz vorgesehen. Insgesamt stehen in der Westpfalz rd. 20 Maßnahmen zum Vollzug in Bodenordnungsverfahren an, bzw. sind bereits in Bearbeitung.

Bei der heutigen Darstellung unserer Arbeit vor Ort will ich mich auf drei Fallbeispiele beschränken.

### 1. Fallbeispiel; Morbach (III. Ordnung)

Im **Stadtgebiet Ramstein-Miesenbach** läuft seit ungefähr zehn Jahren die Planung zur Renaturierung des Morbaches. Ziel ist die Ausweisung von Überschwemmungsflächen, die Entfesselung des Gewässers mit Erhöhung der Eigendynamik, die bachbegleitende Bepflanzung sowie die Förderung der Bildung neuer Feuchtbiootope. Die Planfeststellung erfolgte letztendlich zu Beginn des Jahres 1996.

Zur bodenordnerischen Unterstützung des ca. 2 km langen Gewässerrückbauvorhabens haben wir 1995 ein 50 ha großes Zusammenlegungsverfahren eingeleitet (vgl. Abbildung 3 auf Seite 26).

Im Bodenordnungsverfahren wurden 12 ha Land nach § 52 FlurbG für rd. 180.000,— DM erworben. Der gewässerunterhaltungspflichtigen Verbandsgemeinde konnten im Zusammenhang mit bereits vorhandenem Eigentum 25 ha projektbezogen arrondiert werden. Nicht verkaufswillige Grundstückseigentümer erhielten am Rande des Verfahrensgebietes in einer Grünlandgewanne Landzuteilung. Die Vorlage des Zusammenlegungsplanes und die Einweisung in den Besitz der neuen Grundstücke ist im Oktober 1996 erfolgt. Die Verbandsgemeinde hat bereits mit den Baumaßnahmen zur Gewässerrenaturierung begonnen.

<sup>\*)</sup> Vortrag bei der Tagung am 9. Dezember 1996 in Emmelshausen

## 2. Fallbeispiel; Kohlbach (III. Ordnung)

Der Kohlbach verläuft vom Verbandsgemeindegebiet Schönenberg-Kübelberg nach Bruchmühlbach-Miesau und mündet hier in den Glan. Das Gewässer wurde verschiedentlich durch Maßnahmen des "Reichsarbeitsdienstes" begradigt und in Betonschalen eingezwängt. Eigentumsrechtliche Regelungen sind damals nicht erfolgt. Im Rahmen des Naheprogrammes sollen am Kohlbach in drei Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz auf einer Länge von rd. 10 km Gewässerrandstreifen ausgewiesen werden, um damit dem Gewässer wieder zu "Ausdehnungsflächen" zu verhelfen.

Im Rahmen der **Dorfflurbereinigung Fronhofen** soll in Fronhofen selbst und zwei angrenzenden Ortsgemeinden auch der Kohlbachbereich auf einer Länge von rd. 3 km mit in die Bodenordnung einbezogen werden. Alle Vorsprache waren von breiter Akzeptanz seitens der Grundstückseigentümer geprägt. Die Verfahrenseinleitung steht noch für dieses Jahr an.

In der **Ortsgemeinde Brücken** wurde im Jahre 1994 für die Talaue des Kohlbaches ein Zusammenlegungsverfahren eingeleitet.

Damaliges Ziel des Zusammenlegungsverfahrens war die Arrondierung der Grünlandflächen, die unter anderem auch durch den Ausbau des Baches stark zersplittert und von völlig desolaten Eigentums- und Besitzverhältnissen geprägt waren (vgl. Abbildung 1 auf Seite 24).

Einvernehmlich mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft und den landwirtschaftlichen Interessenvertretern wurden im Jahre 1995 die Ziele des Bodenordnungsverfahrens auch auf das Naheprogramm erweitert.

So konnten 5,5 ha Land zur Ausweisung eines Gewässerrandstreifens nach § 52 FlurbG erworben werden. Die Flächen wurden längs des Baches zu einem 2 km langen Randstreifen arrondiert (vgl. Abbildung 2 auf Seite 25).

Im Sommer dieses Jahres erfolgt die Bekanntgabe des Zusammenlegungsplanes ebenso die Einweisung in den Besitz der neuen Grundstücke. Die Bodenordnungsergebnisse haben zwischenzeitlich Rechtskraft erlangt.

## 3. Fallbeispiel; ebenfalls Kohlbach

In der Ortsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau sollen am Kohlbach auf einer Länge von rd. 4,5 km

Gewässerrandstreifen ausgewiesen werden. Nach einer intensiven Vorbereitungsphase haben wir in diesem Jahr ein 90 ha großes Bodenordnungsverfahren nach § 91 FlurbG eingeleitet. Völlig unerwartet wurde der Einleitungsbeschluss durch eine Vielzahl von Widersprüchen seitens der Landwirte und deren Verpächter angegriffen. Die Widerstände der Landwirte, welche erst in der Einleitungsphase artikuliert wurden, haben wir in offenen und fairen Gesprächen auch auf Verbandsebene erörtert.

Nach wie vor stehen Befürchtungen im Raum, die insbesondere von den Landwirten vor Ort wie folgt formuliert werden:

Meinungsäußerungen von Landwirten bzw. Grundstückseigentümern zum Naheprogramm und der Ausweisung von Uferrandstreifen

- ☐ Im Uferrandstreifen erfolgt im wesentlichen keine Gewässerunterhaltung.
- ☐ Umfallende Bäume werden nicht beseitigt; beim nächsten Hochwasser wird dadurch der Überflutung der gesamten Talaue Vorschub geleistet.
- ☐ Die Bildung von Kolken im Uferrandstreifen führt zu Angriffspunkten und damit zu erhöhten Erosionen. Was geschieht, wenn sich die Kolkbildung über den Randstreifen hinaus in Privateigentum erstreckt?
- ☐ Dränungen und Vorfluter, die in das Hauptgewässer einmünden, müssen weiterhin ordnungsgemäß unterhalten werden. Durch Auflandung wird ein Ansteigen der Mittelwasserlinie befürchtet und durch Rückstau und stauende Nässe eine Vernässung der landwirtschaftlich genutzten Talauenflächen.
- ☐ in der Westpfalz sind bei Weidenutzung vielfach die Bäche nicht abgezaunt. Muß ein Gewässerrandstreifen abgezaunt werden?

Seitens des Verbandsbürgermeisters und der Verbandsgemeinde wird eindringlich die Bearbeitung des Bodenordnungsverfahrens gefordert.

Der Bauernverband und die Landwirtschaftskammer haben ihre Bereitschaft bekundet, daran mitzuwirken, das Bodenordnungsverfahren in Gang zu bringen. Allerdings - und das ist neu - in diesem Fall haben sie Konditionen hierfür erarbeitet und mit der Verbandsgemeinde einvernehmlich abgestimmt.

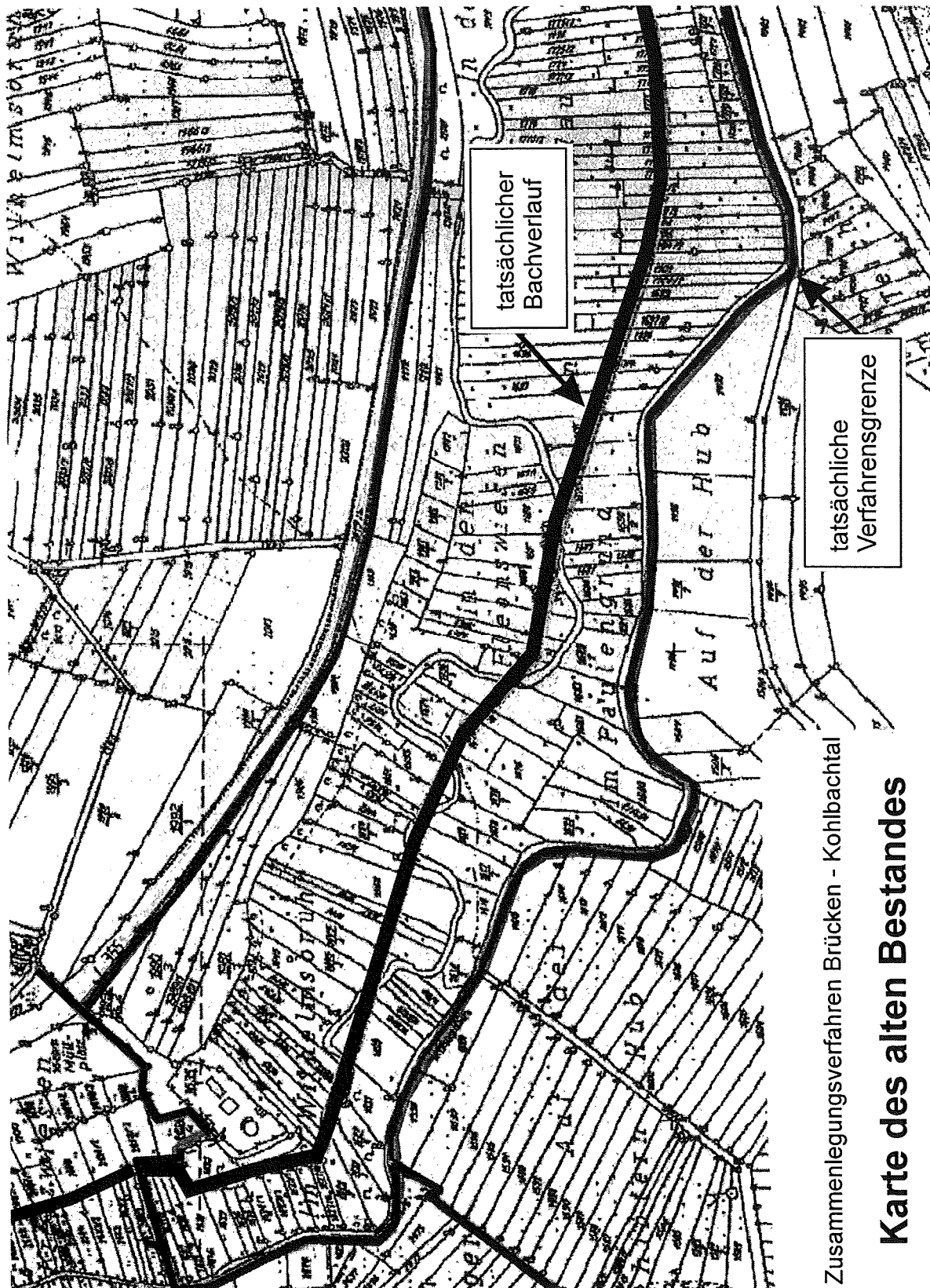


Abb. 1: Zusammenlegungsverfahren Brücken - Kohlbahtal (Alter Bestand)

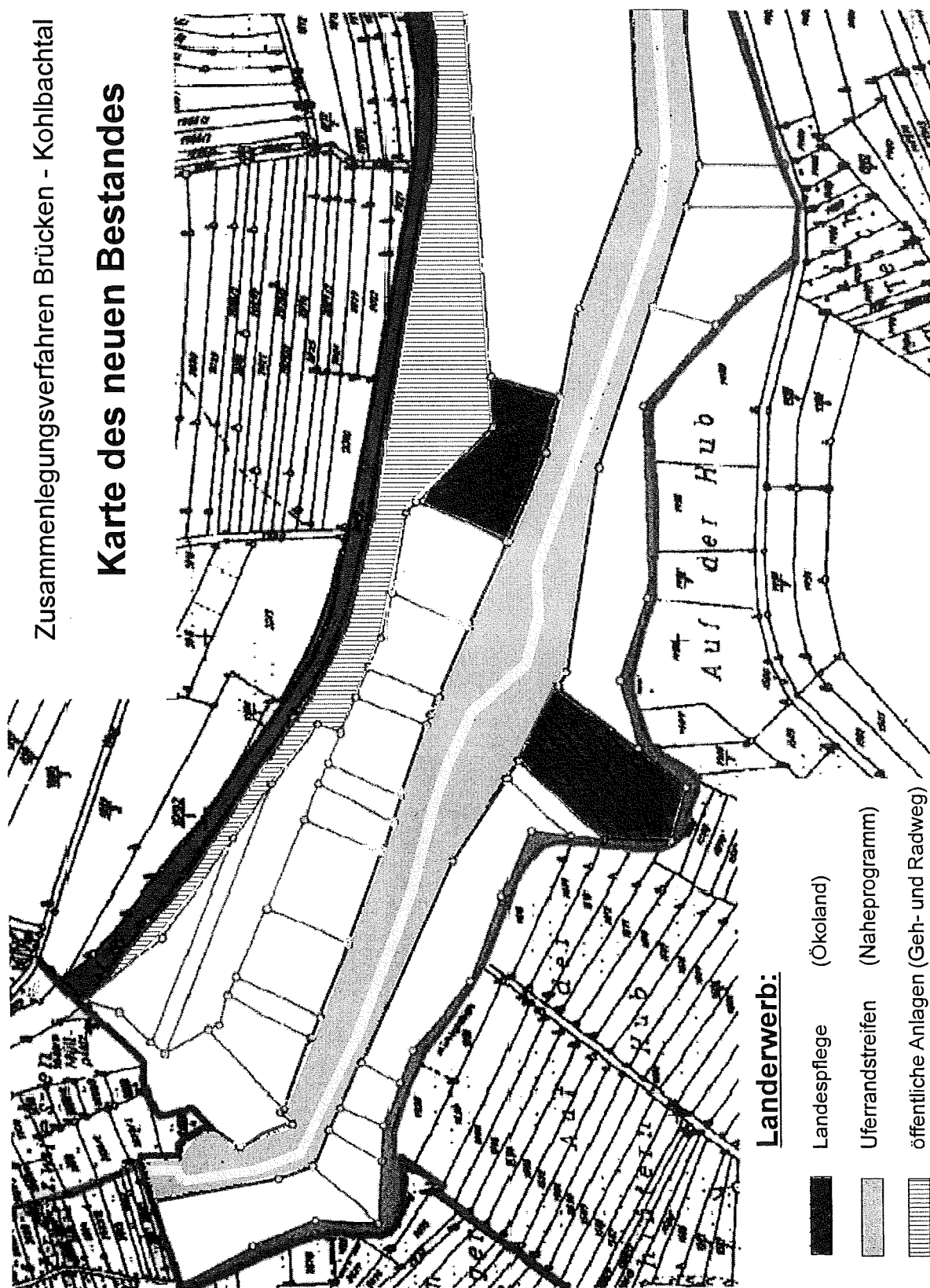


Abb. 2: Zusammenlegungsverfahren Brücken - Kohlbachtal (Neuer Bestand)



Abb. 3: Zusammenlegungsverfahren Ramstein - Miesenbach, Morbach (Übersichtskarte)

# Vereinbarung von landesweiter Bedeutung

BRUCHMÜHLBACH-MIESAU: Rat stimmt zu

► Auf 4,5 Kilometer Länge wird die Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau entlang des Kohlbachs Gewässerrandstreifen ausweisen. Ziel der Maßnahme ist es, daß der Bach sich links und rechts seines jetzigen Ufers ausdehnen und damit einen natürlichen Lauf nehmen kann. Das hat unter anderem zur Folge, daß mehr Oberflächenwasser zurückgehalten wird als jetzt, wo sich der Bach schnurgerade durch das Bruch bei Miesau zieht.

Im Vorfeld dieses Pflegeplans für den Kohlbach gab es Kritik von einigen Landwirten, die befürchteten, künftig das Kohlbachtal nicht mehr nutzen zu können. Zum einen wurde eine Bepflanzung des Randstreifens befürchtet, zum anderen eine zu starke Vernässung der Wiesen. Um diesen Vorbehalten entgegenzuwirken, hat die Verbandsgemeinde eine Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer Kaiserslautern geschlossen, der der Verbandsgemeinderat am Freitagabend bei vier Nein-Stimmen und einer Enthaltung zustimmte.

Für den notwendigen Grunderwerb erhält die Verbandsgemeinde einen 80prozentigen Landeszuschuß aus dem Nahe-Programm. Maximal rund neun Hektar Fläche werden gebraucht, wenn links und rechts je ein zehn Meter breiter Randstreifen ausgewiesen werden kann. Der Preis, den die Verbandsgemeinde zahlt, liegt bei 1,20 Mark pro Quadratmeter. Bauliche Veränderungen sind nicht geplant.

## „Gelungener Kompromiß“

Im RHEINPFALZ-Gespräch bescheinigte Oberlandwirtschaftsrat Ralph Gockel der getroffenen Vereinbarung eine Pilotfunktion für Rheinland-Pfalz. Sie sei ein gelungener Kompromiß zwischen den Interessen der Landwirtschaft im Hinblick auf den Erhalt der Kulturlandschaft und den Interessen des Wasserwirtschaftsamts und daher von landesweiter Bedeutung.

Von Anfang an sei nicht geplant gewesen, das Kohlbachtal auf seiner Ge-

samtfläche zu vernässen, betonte Bürgermeister Werner Holz. Das sei nicht nur wegen der Landwirtschaft nicht möglich, sondern auch wegen des Klimas. Denn ein völlig vernäßtes Tal würde noch mehr Nebel bedeuten.

„Die Verbandsgemeinde kommt gemäß Vereinbarung beim Kohlbach auch weiterhin ihrer Unterhaltungspflicht nach“, so Holz. Das gelte zum Beispiel für die Einmündungen des Entwässerungssystems wie Gräben und Drainagen. Damit stehe sie zugunsten der Landwirte im Gegensatz zu anderen Verbandsgemeinden, die Gewässer 3. Ordnung gar nicht mehr unterhalten würden.

## Holz: Froh über Landwirte

Dem Bürgermeister zufolge soll sich der Kohlbach zwar künftig natürlich entwickeln können, aber nicht über die Zehn-Meter-Grenze hinaus. Dort, wo der Gewässerrandstreifen von landwirtschaftlicher Bedeutung sei, solle er auch weiter landwirtschaftlich genutzt werden können. Holz: „Alles andere würde keinen Sinn machen, denn wir sind ja froh, noch Haupterwerbslandwirte zu haben.“ Aus diesem Grund sollen die maximal neun Hektar Gewässerrandstreifen von den Landwirten auch unentgeltlich bewirtschaftet werden können. Dafür, so Holz, spare die Verbandsgemeinde auf der anderen Seite Unterhaltungskosten.

Die Breite des Gewässerrandstreifens soll sich danach richten, wieviel Gelände die Verbandsgemeinde aufkaufen kann, maximal aber zehn Meter betragen. Eine Enteignung komme nicht in Frage, betonte Holz. Wichtig sei auch, so Ralph Gockel, daß das örtliche Preisgefüge nicht überstrapaziert werde. Kaufe die Verbandsgemeinde landwirtschaftlich genutzte Fläche zu überhöhten Preisen, könnte das die Bodenerwerbspreise für Landwirte in die Höhe treiben. (ahb)

Der Presseartikel vom 25.11.1996 zeigt, wie die gesamte Angelegenheit zwischenzeitlich hochgespielt wurde (vgl. Abbildung 4 auf Seite 27).

Eine von der Landwirtschaftskammer erarbeitete Vereinbarung, welche bereits in Rheinhessen auf Landkreisebene in ähnlicher Form diskutiert wurde, ist vom Verbandsgemeinderat zwischenzeitlich beschlossen worden. Auf Grundlage **dieser** Vereinbarung hat der Bauernverband signalisiert, mit den im Widerspruch befindlichen Grundstückseigentümern zu verhandeln und sie für die Mitwirkung an der Bodenordnungsmaßnahme zu gewinnen.

In einer solchen Situation steht die für den bodenordnerischen Vollzug des Naheprogrammes zuständige Behörde bzw. deren Vertreter im Regen.

Starre Haltungen einerseits und unüberwindbare Forderungen andererseits dürfen nicht zu einer NULL-Lösung beim Vollzug des Naheprogrammes führen. Zu Gunsten einer positiven Entwicklung unseres Lebensraumes müssen meines Erachtens auch Kompromisse eingegangen werden, die in

Einzelfällen auch mal Idealvorstellungen nicht genügen.

Die in der letzten Sitzung im Frühjahr 1996 in der "großen Arbeitsgruppe Naheprogramm" geänderten Auffassungen

☐ "Im Konsens mit der Landwirtschaft"

☐ "Umsetzung mit Augenmaß"

☐ "Das Machbare ist umzusetzen"

müssen sich in der Praxis vor Ort auch wiederfinden. Andernfalls wird in vielen Fällen mit einer Verweigerungshaltung seitens der Landwirtschaft und der Grundstückseigentümer zu rechnen sein.

Meines Erachtens fehlen Leitbilder für die Gewässerentwicklung in abgestufter Form, ich meine damit auch mit tolerierbaren Abweichungen vom Idealzustand, denn ein Gewässerrandstreifen mit **vertretbaren** Einschränkungen sollte besser sein, als kein Gewässerrandstreifen.

## Vollzug des Landesdatenschutzgesetzes

Ministerialrat Dr. Harry Münzing, Mainz

Das Recht auf "informationelle Selbstbestimmung" im Zusammenhang mit Datenschutz wird durch folgende Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes (LD SG) konkretisiert. Die Hinweise sind teilweise auch in einer Broschüre des Landesdatenschutzbeauftragten enthalten:

### 1. Bestimmungen des Datenschutzgesetzes

#### 1.1. Auskunftsrecht

Dem Betroffenen ist auf Antrag und unentgeltlich Auskunft zu erteilen

- ☐ über die zu seiner Person gespeicherten Daten,
- ☐ über die Stellen, an welche die Daten übermittelt worden sind
- ☐ sowie über den Zweck und Rechtsgrundlage der Speicherung.

Eine Auskunftsverweigerung ist nur unter engen Voraussetzungen möglich (§ 18 Abs. 1).

#### 1.2. Recht auf Berichtigung

Unrichtige Daten sind zu berichtigen. Dieser Anspruch gilt auch für Daten, die in Akten gespeichert sind. Es reicht aus, wenn in geeigneter Weise kenntlich gemacht wird, zu welchem Zeitpunkt oder aus welchem Grund diese Daten unrichtig waren oder unrichtig geworden sind. Die personenbezogenen Daten sind dann zu ergänzen, wenn der Zweck der Speicherung oder berechnete Interessen dies erfordern.

#### 1.3. Recht auf Löschung

Personenbezogene Daten sind zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig oder wenn ihre Kenntnis für die datenverarbeitende Stelle zur Erfüllung der Aufgaben der speichernden Stelle nicht mehr erforderlich ist.



#### 1.4. Recht auf Sperrung

An die Stelle einer Löschung tritt eine Sperrung dann, wenn die Richtigkeit der Daten von den Betroffenen bestritten wird und sich weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit feststellen läßt oder einer Löschung gesetzliche oder sonstige Aufbewahrungsfristen entgegenstehen.

Gesperrte Daten sind gesondert aufzubewahren oder zumindest gesondert zu kennzeichnen.

#### 1.5. Recht auf Schadensersatz

Wenn einem Betroffenen durch eine unzulässige oder unrichtige automatisierte Datenverarbeitung ein Schaden entsteht, ist das Land dem Betroffenen gegenüber zum Ersatz des Schadens verpflichtet, unabhängig von einem Verschulden des Bediensteten, der tätig geworden ist. Der Ersatzanspruch ist auf 250.000,— DM pro Schadensereignis beschränkt.

#### 1.6. Recht auf Anrufung des Datenschutzbeauftragten

Jeder hat das Recht, sich an den Landesbeauftragten für den Datenschutz zu wenden, wenn er der Ansicht ist, durch den Umgang der öffentlichen Stellen mit seinen Daten in seinen Rechten verletzt worden zu sein.

### 2. Für die automatisierte Datenverarbeitung personenbezogener Daten gilt folgendes:

#### 2.1 Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur zulässig, wenn eine Rechtsvorschrift - **dies kann auch eine Regelung des LDSG selbst sein** - den Informationseingriff erlaubt oder wenn der Betroffene gegenüber der datenverarbeitenden Stelle wirksam eingewilligt hat.

#### 2.2. Einwilligung

Die Datenverarbeitung ist zulässig, wenn die Betroffenen einwilligen. Die Einwilligung bedarf grundsätzlich der Schriftform. Die Betroffenen sind über die Bedeutung der Einwilligung, den Verwendungszweck der Daten und den möglichen Empfängerkreis aufzuklären.

#### 2.3. Datenerhebung

Personenbezogene Daten dürfen erhoben werden, wenn ihre Kenntnis zur rechtmäßigen Erfüllung der Aufgaben der erhebenden Stelle erforderlich ist.

**Die Betroffenen sind grundsätzlich selbst zu befragen.** Ihnen gegenüber ist der Erhebungszweck anzugeben.

Es gibt es Reihe von Fällen, in denen sich die Verwaltung nicht zunächst an die Betroffenen wenden muß, sondern in denen sie auch bei anderen Personen oder Stellen nachfragen darf; die Voraussetzungen sind in § 12 Abs. 4 geregelt.

#### 2.4. Speicherung und Nutzung, Zweckbindung

Die weitere Verarbeitung erhobener Daten ist nur zulässig, wenn dies zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der datenverarbeitenden Stelle liegenden Aufgaben erforderlich ist und wenn die Voraussetzungen vorliegen, die eine **Zweckänderung** erlauben. **Mit anderen Worten:** Daten dürfen nur übermittelt werden, wenn der Grundsatz der Zweckbindung dadurch entweder nicht berührt oder zulässigerweise eingeschränkt wird. **Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Übermittlung trägt die übermittelnde Stelle.** Erfolgt die Übermittlung auf Ersuchen der empfangenden Stelle, trägt diese die Verantwortung.

### 3. Die Datenweitergabe innerhalb einer öffentlichen Stelle unterliegt ebenfalls den Voraussetzungen, die bei einer Datenübermittlung an andere Stellen vorliegen müssen.

#### 3.1. Übermittlung an nichtöffentliche Stellen

Privatpersonen oder private Einrichtungen können Daten erhalten, wenn sie ein rechtliches Interesse daran glaubhaft machen können und wenn kein Grund zur Annahme besteht, daß überwiegende schutzwürdige Interessen der Betroffenen entgegenstehen.

#### 3.2 Verarbeitung zu Forschungszwecken

Die wissenschaftliche Forschung rechtfertigt eine Durchbrechung des Zweckbindungsgrundsatzes und begründet Ausnahmen vom Erfordernis der Schriftlichkeit bei Einwilligungserklärungen. Nach § 30 Abs. 1 dürfen allgemeine Forschungszwecke mit den rechtmäßig erhobenen Daten verfolgt werden.

#### 3.3 Protokollierungspflicht

Es besteht eine Protokollierungspflicht für die übermittelnde Stelle. Nachträglich muß zumindest stichprobenweise festgestellt und überprüft werden können, an wen welche personenbezogenen Daten durch Einrichtung zur Datenübertragung über-

mittelt oder welche personenbezogenen Daten innerhalb einer datenverarbeitenden Stelle für einen anderen Zweck weitergegeben worden sind.

Auch für die Eingabe besteht Protokollierungspflicht. Danach muß nachträglich überprüft und festgestellt werden können, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit von wem in das Datenverarbeitungssystem eingegeben werden.

### 3.4. Anmeldung zum Datenschutzregister

Neben einem Geräteverzeichnis sind Verfahren, in denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, beim Landesbeauftragten für den Datenschutz anzumelden. Dabei ist auch eine Verfahrensbeschreibung vorzulegen. Die Zuleitung an den Lan-

desbeauftragten erfolgt über den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

### 4. Schlußbemerkungen

Nach dem geltenden rheinland-pfälzischen Datenschutzgesetz sind nur personenbezogene Daten geschützt, die öffentliche Stellen verarbeiten. Der Schutzbereich des Gesetzes beschränkt sich auf natürliche lebende Personen.

Die in knapper Form zusammengefaßten Pflichtenkreise zur Wahrung des behördlichen Datenschutzes sollen für diejenigen, die mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigt sind, eine Hilfestellung bieten.

## Datenschutz nur für Behörden?

Obervermessungsrat Wolfgang Singer, Neustadt

Seit 1995 sind gem. § 11 LDSG in jedem Kulturamt behördliche Datenschutzbeauftragte zu bestellen.

Die Aufgabe des behördlichen Datenschutzbeauftragten in den Kulturämtern ist es, den Amtsleiter bei der Ausführung des Landesdatenschutzgesetzes und anderen Vorschriften über den Datenschutz zu unterstützen.

Das Landesdatenschutzgesetz, welches inhaltlich im wesentlichen dem Bundesdatenschutzgesetz entspricht, sagt im § 9 das wichtigste, was man sich zum Datenschutz merken sollte:

*„Die öffentlichen Stellen haben die technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Ausführung der Bestimmungen dieses Gesetzes, sowie anderer Vorschriften über den Datenschutz zu gewährleisten. Erforderlich sind Maßnahmen nur, wenn ihr Aufwand unter Berücksichtigung der Art der zu schützenden personenbezogenen Daten und ihrer Verwendung in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Schutzzweck steht.“*

Daraus kann man die „10 Gebote des Datenschutzes“ ableiten:

1. Unbefugten ist der Zugang zu Datenverarbeitungsanlagen zu verwehren,
2. es ist zu verhindern, daß Datenträger unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können,
3. die unbefugte Speicherung sowie die unbefugte Kenntnisnahme, Veränderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten sind zu verhindern,
4. es ist zu verhindern, daß Datenverarbeitungssysteme mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung von Unbefugten benutzt werden können,
5. es ist zu gewährleisten, daß die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können,
6. es ist zu gewährleisten, daß festgelegt werden kann, an wen welche personenbezogenen Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung übermittelt oder innerhalb einer datenverarbeitenden Stelle für einen anderen Zweck weitergegeben werden können und dieses einschließlich des Zeitpunktes stichprobenweise überprüft werden kann,
7. es ist zu gewährleisten, daß überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten, zu welcher Zeit, von wem in Datenverarbeitungssysteme eingegeben worden sind,

8. es ist zu gewährleisten, daß personenbezogene Daten, die im Auftrag vergeben werden, nur entsprechend den Weisungen der auftraggebenden Stelle verarbeitet werden können,
9. es ist zu gewährleisten, daß bei der Übertragung personenbezogener Daten sowie beim Transport von Datenträgern die Daten nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert, gelöscht oder verwendet werden können und
10. die innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation ist so zu gestalten, daß sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird.

Zum Verständnis der Gesetzeslage sollen einige Beispiele den Stellenwert des Datenschutzgesetzes aufzeigen:

Erwähnenswert ist zunächst das sogenannte "Volkszählungsurteil" vom 15.12.1983. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, daß es mit der Menschenwürde nicht zu vereinbaren ist, den Menschen zwangsweise in seiner **ganzen Persönlichkeit zu registrieren** und zu katalogisieren. Dem einzelnen müsse ein Freiraum zur Gestaltung seiner freien und selbstverantwortlichen Persönlichkeit gelassen werden.

Ein weiteres Beispiel aus der Rechtsprechung ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Frage der Zulässigkeit der Bekanntgabe von personenbezogenen wirtschaftlichen Verhältnissen von Einwendern in einem Planfeststellungsverfahren. Die öffentliche Bekanntgabe von Namen der Einwender ist mit dem LDStG nicht zu vereinbaren. Durch die Vergabe von Kennziffern für jeden Einwender kann dem Datenschutzgesetz Rechnung getragen werden.

In diesem Zusammenhang ist eine mit dem Datenschutzbeauftragten abgestimmte Entscheidung der Landeskulturverwaltung erwähnenswert, aus datenschutzrechtlichen Gründen bei der Absteckung der neuen Grundstücke die Flurstücksnummern auf die Pflöcke zu schreiben und nicht mehr die Ordnungsnummern. Hier stoßen wir auf einen Grenzbereich des Gesetzes. Diese Entscheidung hätte möglicherweise auch anders ausfallen können, wenn man die Ordnungsnummern über einen Zufallsgenerator verschlüsselt hätte.

Zum Datenschutz gehören auch Verhaltensregeln, die sich eigentlich bei gesundem Menschenverstand von selbst ergeben:

- ☐ Personalbezogene Akten gehören nicht in den Papierkorb, sondern in den Reißwolf.

- ☐ Der Bildschirm des PC ist so aufzustellen, daß Besucher ihn nicht einsehen können.
- ☐ Akten mit personenbezogenen Daten sind wegzuschließen.
- ☐ Im Außendienst sind für Daten auf Papierträger die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen im angemessenen Verhältnis zu treffen. Der Außenschutz ist z. B. gewährleistet, wenn die Akten im Kofferraum abgeschlossen sind.
- ☐ Bei der Offenlegung von Daten anlässlich der Bekanntgabe des Flurbereinigungsplanes ist der Kreis der Einsichtsberechtigten auf die Beteiligten des Verfahrens zu beschränken.
- ☐ Eine generelle Abgabe von Daten an Makler ist nur mit Zustimmung der Eigentümer zulässig.

Bei manchen Maßnahmen der Verwaltung ist abzuwägen, was nun wichtiger ist. Dürfen Beurteilungen von anderen eingesehen werden, wenn es um die Beförderung geht? Die Antwort ist ja, da die Transparenz von Beförderungen gewährleistet sein muß.

Der Rechnungshof darf nach § 95 LHO die Personalakten einsehen, aber nur vor Ort.

Das Grundanliegen einer vernünftigen Verwaltungsorganisation ist

- ☐ die Integrität, also Verlässlichkeit und
- ☐ die Funktionalität der Daten.

Dabei sind bestimmte **verfassungsrechtliche Grundlagen** des Bürgers zu beachten:

- ☐ Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG)
- ☐ Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 1 und 2 GG)
- ☐ Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG)
- ☐ Die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)

Weiterhin ist das Recht des Bürgers **auf informationelle Selbstbestimmung** zu beachten:

- ☐ Die Entscheidungsfreiheit (Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.)
- ☐ Das Transparenzgebot (Eine Rechtsverordnung muß sicherstellen, daß der einzelne weiß oder

zumindest jederzeit erfahren kann, wer, in welchem Umfang, über die betreffende Information verfügt.)

Die automatisierte Datenverwaltung ist insbesondere, was das Recht auf informationelle Selbstbestimmung betrifft, sehr geeignet, diesen Rechtsschutz zu durchbrechen:

1. Die Daten sind schnell verfügbar.
2. Durch Verknüpfung verschiedener Datenbanken mit Personendaten ist schnell ein Persönlichkeitsprofil erstellt.
3. Es besteht die Gefahr der Entpersönlichung.

Wie können die im Dienst laufend auftretenden Problemfälle effektiv gemeistert werden?

- ☐ Wichtigstes Kriterium bei der Gefahrenanalyse von Daten ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Es sind z. B. nicht alle Daten in den Pannerschränken aufzubewahren, sondern nur die sensiblen.
- ☐ Die Mitarbeiter sind für den Datenschutz zu sensibilisieren.
- ☐ Die Dienstanweisungen müssen die wichtigsten Bereiche abdecken.
- ☐ Im Zweifelsfall ist der Datenschutzbeauftragte oder die Personalvertretung zu fragen.

Man muß hier auch ganz klar feststellen, daß das Datenschutzgesetz nicht dazu da ist, der Verwaltung das Leben schwer zu machen. Vielmehr sollen Menschen und Daten vor Mißbrauch geschützt werden, wobei bei der Auslegung des Gesetzes immer ein gesundes Augenmaß zu beachten ist.

Trotzdem sollen die Gefahren, die von einem Datenmißbrauch ausgehen können, nicht verharmlost werden. In seinem Buch "1984" beschreibt George Orwell die Schreckensvisionen eines totalen Überwachungsstaates, in dem der Bürger keinerlei Privatsphäre mehr besitzt. Seine Ausführungen stützen sich dabei auf die Erkenntnisse über die Verfahrensweise der Gestapo im 3. Reich. Wir müssen zeitlich gar nicht so weit zurückgehen, auch die Stasi lehrt uns, welche Macht ein Staat auf den Einzelnen auszuüben vermag, wenn das Wissen und die Macht des Staates nicht begrenzt werden.

Welche Möglichkeit hat nun der Einzelne, sich vor Eingriffen zu schützen bzw. welche Möglichkeiten hat die Verwaltung, ihre Daten zu schützen? Schon

die alten Römer waren bemüht, ihre Nachrichten zu sichern. Von Cäsar ist bekannt, daß er zur Übermittlung vertraulicher Informationen die Buchstaben im Alphabet um drei Positionen verschob.

Heute ist dieses Verfahren durch die Analyse von Häufigkeitsverteilungen der Buchstaben mit Computern sofort geknackt.

Die meisten gängigen Verschlüsselungsverfahren können durch Computer-Freaks geknackt werden. Auf dem amerikanischen Software-Markt gibt es inzwischen zahlreiche sichere Verschlüsselungsverfahren. Diese sind jedoch auf dem freien Markt nicht zu bekommen, da sie dem Waffenexportgesetz unterliegen. Die Regierungen wollen sich damit ein **digitales Guckloch** offenhalten.

Hier gilt es jedoch abzuwägen zwischen der Schutzpflicht des Staates für bedrohte Bürger und den Freiheitsrechten des Einzelnen.

In der Regel können Schlüsselwörter, die in einem bestimmten Zeitraum geändert werden, einen hinreichenden Schutz bieten. Die Chiffrierung bzw. Verschlüsselung von Nachrichten soll der Wahrung der Vertraulichkeit von Informationen dienen, aber auch zu deren Unversehrtheit und Echtheit.

Zum Leidwesen der Regierungen gibt es aber ein Internet. Der amerikanische Informatiker Phil Zimmermann bietet dort sein Verschlüsselungsprogramm PGP ("Pretty Good Privacy") unentgeltlich für jedermann an. Dieses Programm gilt als praktisch unknackbar. Drei Jahre lang ermittelten die Behörden gegen ihn wegen des Verdachtes, gegen die Exportgesetze verstoßen zu haben. Im Januar 1996 wurde dank der internationalen Unterstützung das Verfahren eingestellt.

Ergänzend dazu für Computer-Freaks, die sich auf das Parkett der Verschlüsselung wagen: Sie werden damit mit Sicherheit irgendwann Besuch vom Geheimdienst erhalten, der Ihnen nahelegt, den Schutz des Programmes abzuschwächen. Immerhin konnte der NSA (National Security Agency) der USA den Code bisher nicht knacken.

Allgemein kann man trotzdem festhalten, daß der Datenschutz bei uns keine so große Rolle spielt, wie zum Beispiel bei der Polizei. Man soll sich daher hüten, den Datenschutz zum reinen Selbstzweck zu degradieren.

# "Erhaltung der Terrassenlandschaft an Mosel und Rhein zur regionalen Wirtschaftsstabilisierung - ein Beitrag zur Diskussion -"

Vermessungsreferendar M. Boffo, Mayen

## 1. Einleitung

### 1.1. Das Problem

Seit 1950 stieg die Größe der zur Rebzucht verwendeten Fläche gleichmäßig an (siehe auch Abbildung 1). Die Bewirtschaftung in den Steillagen war dagegen rückläufig. Der Flächenzuwachs ist auf eine erhöhte 'Massenproduktion' in den ebenen Anbaugebieten zurückzuführen.

Die Bewirtschaftung von Flächen in Steillagen erwies sich für Winzer unter verstärktem Konkurrenzdruck - nicht zuletzt durch die wirtschaftliche Vereinigung Europas - als zunehmend unrentabler.

	1990	1994
<b>Deutschland, gesamt</b>	<b>101.7</b>	<b>102.5</b>
davon neue Bundesländer	—	0.7
Rheinland-Pfalz	66.2	66.9
... im Ertrag	—	58.8

Abb. 1: Bestockte Rebfläche in 1000 ha [2]

In diesen Bereichen ist ein erhöhter personeller Aufwand erforderlich, da Maschinen oder andere Hilfsmittel nicht immer eingesetzt werden können. So wird in vielen Weinanbaugebieten die Terrassenbewirtschaftung mit der Hand durchgeführt. Im Rahmen von Bodenordnungsmaßnahmen, z.B. einer Flurbereinigung, können die Produktions- und Arbeitsbedingungen so verbessert werden, daß Maschinen wie die Monorackbahn eingesetzt werden können.

Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung der weiter voranschreitenden Anpassung der Verwaltung an Unternehmensmodelle der freien Wirtschaft rücken Sparmaßnahmen immer weiter in den Vordergrund. Diese Verknappung von Haushaltsmitteln führt dazu, daß finanziell aufwendige Bodenordnungsmaßnahmen in Zukunft nicht mehr, oder nur in geringem Umfang durchgeführt werden können. Es ist daher absehbar, daß der betroffene Winzer auf eine intensive Bewirtschaftung von Weinbergsterrassen aus wirtschaftlichen Gründen verzichtet.

## 1.2 Die Folgen

Die Terrassenlandschaft an Mosel und Rhein würde zunehmend verfallen. Die Folgen sind vielfältig und weitreichend.

### □ Verbuschung und Verfall der Terrassenmauern

→ dadurch Zerstörung der Artenvielfalt von Fauna und Flora

### □ Verlust des Biotops 'Steillagen-Weinbau'

### □ Vermehrung von Schädlingen (Reblaus u.a. Insekten, Ratten, Wildschweine, etc.)

→ dadurch vermehrter Befall der benachbarten gesunden Weinberge

### □ Verlust der Attraktivität für den Tourismus

Die aufgezählten Folgen führen zu einem wirtschaftlichen Desaster für die betroffenen Weinbauern an Rhein und Mosel und greifen weitaus tiefer in den Naturhaushalt ein als hier dargestellt werden kann. Der dadurch entstandene Schaden kann als regional aus wirtschaftlicher und als überregional aus landespflegerischer Sicht eingestuft werden.

## 2. Die Entstehung der Terrassenlandschaft an Mosel und Rhein

Die Terrassenlandschaft, wie sie heute an den Hängen von Rhein und Mosel vorgefunden wird, ist keineswegs natürlich entstanden. Sie ist im Gegenteil ein künstliches, vom Menschen geschaffenes Gebilde.

Nach der Eroberung Galliens führten die Römer den Weinanbau zur Versorgung ihrer Truppen in Burgund, Britanien und an Rhein und Mosel ein. Die Anbaumethode mittels Terrassierung wurde dort erstmals eingesetzt.

Unter Kaiser Probus (276 - 282 n.Chr.) erlebte die Weinerzeugung in diesen Gebieten ihren ersten Höhepunkt. Im Mittelalter gewann der Wein als Maßwein und, unter der Zugabe von Gewürzen, als Getränk zunehmend an Bedeutung.



Abb. 2: Steillagenweinbau in Winningen

Terrassen ermöglichen es dem Winzer auch in kühleren Regionen, wie z.B. in Rheinland-Pfalz, Weinanbau zu betreiben.

Qualitativ beste Lagen im Weinanbau sind nach Süden, bzw. Südwesten gelegene Mulden an Steilhängen, in denen Wasser und Wärme gesammelt und gespeichert werden. Der Wind hat hier weniger Angriffsmöglichkeiten. Die Bildung von Terrassen ist gleichbedeutend mit dem Anlegen künstlicher Mulden. Die zum Schutz vor Wind gebauten Trockenmauern bilden zudem einen idealen Wärmespeicher.

Weine aus der terrassierten Steillage gelten als qualitativ sehr hochwertig unter Weintrinkern.

Der ursprüngliche Zweck der Terrasse war der Anbau von Wein. Die Bewirtschaftung wurde seit der Einführung des Weinbaus immer in irgendeiner Form gefördert, sei es durch äußere Umstände, wie die Versorgung des Militärs, oder durch finanzielle Hilfe, wie heute.

Vor dem Hintergrund dieser Feststellungen sollten nun Lösungen gesucht werden, die die gewachsene Gestalt der Landschaft an Rhein und Mosel erhalten. Es sollte diskutiert werden, ob in den betroffenen Gebieten die bisherige Bewirtschaftungsart 'Weinanbau' ebenfalls erhalten werden kann.

### 3. Die Terrasse als Biotop

Im Laufe der Jahrhunderte hat sich die Terrasse zum natürlichen Lebensraum einiger, auch bedrohter Tierarten entwickelt. Einige davon gelten als in ihrem Bestand gefährdet.

Eine wichtige Rolle in diesem Biotop spielen die schon erwähnten Trockenmauern. An diesen Mauern siedeln Pflanzen und Kleinstlebewesen. Die unten aufgeführten Beispiele, der Apollofalter und die Smaragdeidechse sind die bekanntesten Bewohner des Lebensraumes 'Trockenmauer'.



Abb. 3: Die Smaragdeidechse



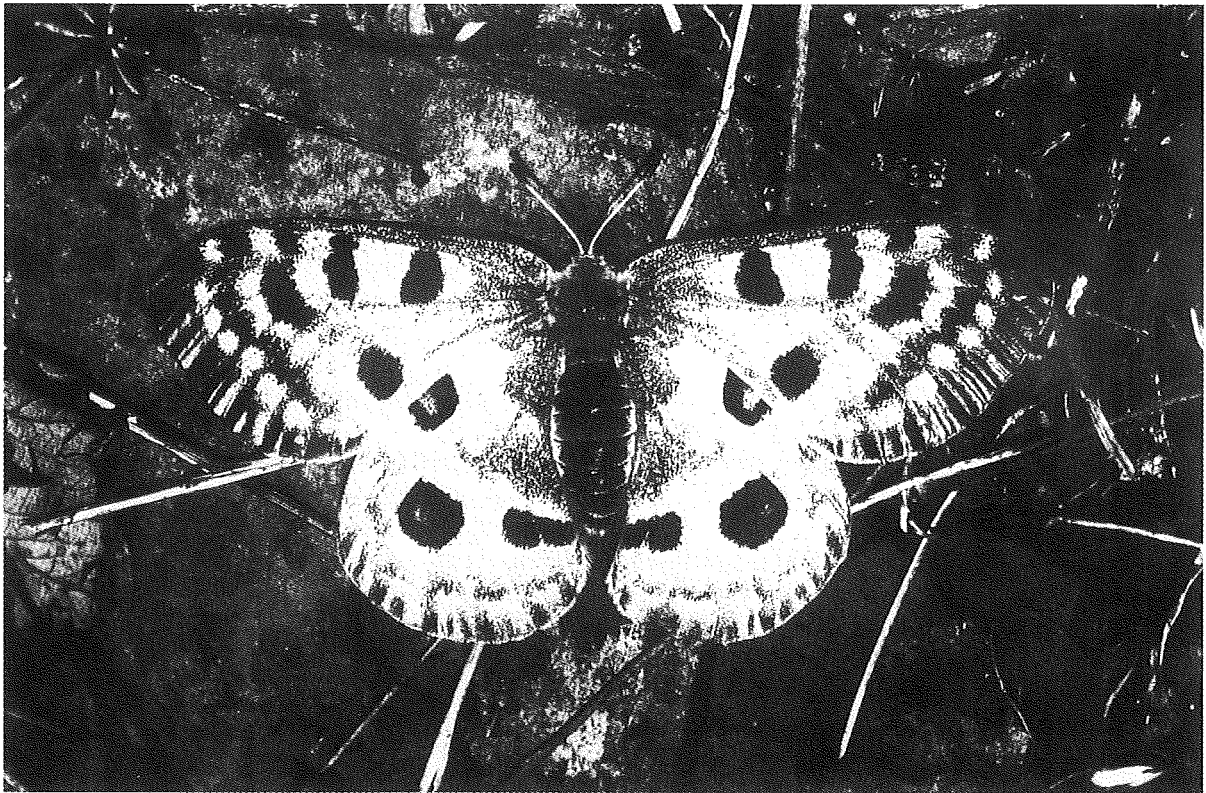


Abb. 4: Der Apollofalter

#### 4. Lösungsvorschläge

Für das vorgestellte Problem existieren bereits verschiedene Lösungsansätze. Als ein Beispiel kann das Verfahren des Kulturstadtes Neustadt, Deidesheim "Am Kirchenberg", genannt werden. Hier wurde 1989 für das genannte Gebiet ein Bodenordnungsverfahren eingeleitet, mit dem Ziel die Kulturlandschaft der dortigen Weinbergsterrassen zu erhalten. Mit Mitteln des Landes wurden rund 4 ha mit einer Summe von ca. 416.000,-DM angekauft und nach neuer Parzellierung als Streuobstwiesen, Weinbergsflächen und Biotopflächen zu niedrigem Pachtzins verpachtet (siehe [7]).

In diesem Artikel sollen allerdings andere Lösungsmöglichkeiten angedacht werden.

Es sollen zunächst Konzepte vorgestellt werden, die zur Zeit an verschiedenen Orten erprobt werden. Es wird versucht die Erfolgsaussichten darzulegen. Anschließend werden weitere, noch nicht erprobte Möglichkeiten vorgestellt.

Allen Überlegungen gemeinsam ist der finanzielle Rahmen. Es sollen zunächst kurz die Kosten aufgezeigt werden, die dem Winzer durch eine intensive Bewirtschaftung entstehen würden. Nach Aussagen von Betroffenen liegt die aufgewendete Zeit, je nach Aufzucht und betriebenem Aufwand (Frei-

halten des Bodens, Erziehungsart etc.), zwischen 900 und 1500 Stunden pro ha und Jahr. Der Stundensatz ist mit 12,-DM angesetzt, er kann je nach Lösungsvorschlag noch nach unten variieren. Damit ist der finanzielle Aufwand mit **10.800,- bis 18.000,- DM** bestimmt.

Diese Summe bezeichnet die Kosten, die durch den Lösungsvorschlag aufgefangen werden müßten, wenn der Winzer weiterhin die Fläche bewirtschaften soll. Er sollte von diesen Unkosten durch Einnahmen befreit, bzw. es sollte ihm ermöglicht werden, einen Gewinn zu erzielen. Geht man von der geschilderten Problematik aus, so ist der Winzer bei Brachliegen der Weinbergsfläche weder finanziell belastet, noch erzielt er einen Gewinn.

Ein weiterer wichtiger Kostenpunkt bei der Erhaltung von Weinbergsterrassen ist die Sanierung alter Weinbergsmauern. Die Kosten für Trockenmauern liegen etwa bei 800,- DM/m<sup>3</sup>. In schwer zugänglichen Lagen kann dieser Wert allerdings auf bis zu 1500,- DM/m<sup>3</sup> ansteigen.

Die hier vorgestellten Lösungsansätze sollen, wenn möglich ohne, oder mit einer einmaligen Förderung unterstützt werden.

Grundsätzlich ist zu überlegen, ob vor der Einführung einer Maßnahme eine Sanierung der betroffe-

nen Mauern durchgeführt werden sollte. Diese könnte dann einmalig gefördert werden.

#### 4.1 Erprobte Lösungsansätze

Alle hier aufgeführten Lösungsansätze datieren aus jüngster Zeit. Hier zeigt sich unter anderem auch die Aktualität des Problems.

##### 4.1.1 Steillage als Golfplatz; Winningen, August 1996

Die Einrichtung einer Golfanlage ist die erste Möglichkeit, die vorgestellt werden soll. Allerdings ist dieses Verfahren in Terrassenlagen bzw. bei zu starkem Gefälle nicht durchführbar.

Durchgeführt wird diese Idee bereits in Winningen, wo ein Winzer seine Rebfläche zur Sportanlage umgebaut hat [5]. Der Ausbau der Anlage erfordert einigen finanziellen Aufwand, da mit erheblichen Erdaushubarbeiten zu rechnen ist. Die Ballrückführungsanlage verläuft unterirdisch. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind landespflegerische Bedenken zu erwarten.

##### 4.1.2 Terrassengärten; Boppard

Anstelle des Weinanbaus werden Schrebergärten an Interessierte zur Pacht angeboten.

Eine Nutzung als Weingarten ist dabei nicht möglich. Die Bepflanzung der Gärten erfolgt mit für die Umgebung charakteristischen Nutz- und Ziergewächsen. Die wirtschaftliche Verbesserung besteht darin, daß der ehemalige Winzer als Verpächter der Fläche eine monatliche Pacht bezieht. Das Projekt wird vom Land als Pilotversuch gefördert.

Zum einen bietet sich diese Lösung nur in stadtnahen Gebieten an, da hier die entsprechende Nachfrage besteht. Eine intensive Nutzung als Schrebergarten könnte die Biotop-Funktion der Terrassen beeinträchtigen.

Eine ähnliche Idee wurde bei einem Projekt mit dem Namen 'Rheingarten' verfolgt. Hier sollen nicht mehr bewirtschaftete Flächen zur Darstellung von Kunst in der Natur verwendet werden. Dieses Projekt wurde von einem Künstler ins Leben gerufen, der mittels gezielter Bepflanzung, auch durch Reben, Kunstobjekte in die Landschaft einbringen möchte. Für den Betrachter entsteht so aus einem bestimmten Blickwinkel der Eindruck, er würde z.B. von einem Auge beobachtet.

Diese Idee ist zur Zeit noch nicht umgesetzt, da sie sich noch in der Planungsphase befindet.

#### 4.1.3 Ürziger Würzgärten an der Mosel

In Ürzig an der Mosel wurde der dritte Vorschlag durchgeführt. Hier wurden einige Terrassen zu Gewürzgärten umfunktioniert.

Ähnliche Einwendungen, wie in Beispiel 2 gelten auch für diesen Vorschlag. Auch hier hat man sich von der Bewirtschaftung durch Weinbau gelöst.

#### 4.2 Weitere Möglichkeiten

##### 4.2.1 Bewirtschaftung durch Ziegenhaltung

Die zuvor genannten Möglichkeiten befaßten sich mit einer vollständigen Umorientierung der Bewirtschaftung von Terrassen. Der erste der hier vorgestellten Lösungsansätze sieht ebenfalls keinen Weinanbau in der Terrasse vor. Die Flächen sollen jedoch weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Der Winzer verpachtet dabei die betroffenen Terrassen beispielsweise an einen Landwirt zur Ziegenzucht.

Es sollte dabei zuvor eine möglichst vollständige Mauersanierung durchgeführt werden. Dies kann als einmalige Förderungsmaßnahme ausgeführt werden. Das Interesse an intakten Mauern wird durch die Tatsache gestützt, daß die Ziegen wahrscheinlich auch die Weinreben der umliegenden Weingärten beschädigen würden.

Dieser Vorschlag setzt voraus, daß ein interessierter Landwirt in der näheren Umgebung existiert. Nach den Aussagen des statistischen Jahrbuches für die Bundesrepublik Deutschland ist die Zahl der Ziegenhalter im Bundesgebiet sehr gering. Zahlen werden hier nur im Zusammenhang mit Schafzucht genannt.

##### 4.2.2 Weinbergspatenschaft durch einen Schulbetrieb und andere Interessierte

Die Einrichtung der Bach- bzw. Baumpatenschaft ist allgemein bekannt und findet auch in der Politik Anerkennung. Die Bachpaten bilden beispielsweise ein wichtiges Bindeglied zwischen den Gewässerunterhaltungspflichtigen - bei Gewässern 3. Ordnung sind dies die Gemeinden - und den interessierten Bürgern. Es handelt sich hier meistens um vereinsähnlich organisierte Ortsansässige oder Schulklassen. Im Rahmen der 'Aktion Blau' wurden die Bachpaten zur Bereitstellung von Daten herangezogen. Allein in den Jahren 1987-96 wurden in Rheinland-Pfalz 300 Bachpatenschaftsverträge geschlossen.



Dieses Modell läßt sich eventuell auf die Erhaltung von Weinbergsterrassen unter dem Aspekt des Biotopschutzes übertragen. Geht man außerdem von einer extensiven Nutzung des Weinberges aus und bindet den betroffenen Winzer in die Maßnahmen mit ein, so erhält man eine relativ kostengünstige Lösung.

Interessensgruppen sind z.B. in Schulen zu finden, wo Unterricht mit Praxis verbunden werden kann. Die praktische Pflege eines Biotops, seine Funktion für die Umwelt, sowie die Erhaltung der Artenvielfalt könnten den Schülern nach theoretischem Unterricht an dem praktischen Beispiel 'Weinbergsterrasse' nähergebracht werden. Die Pflege des Weinbergs, insbesondere der Mauern und eine Hilfeleistung bei der Weinlese bilden zwei Schwerpunkte in dem Programm. Die Weinerzeugung bleibt dem Winzer überlassen.

#### 4.2.3 Die Weinbergstaxe

In einigen Gegenden der Mosel dienen Weinbergsterrassen nicht zuletzt touristischen Zwecken. Fremdenverkehrsvereine werben mit Weinwanderwegen und der landschaftlichen Attraktivität des Moseltals. Das Hotelgewerbe in solchen Gebieten kann mit saisonbedingt hohen Umsätzen rechnen. Auch für die Gastronomie bildet der Strom der Touristen eine einträgliche Einnahmequelle.

In Kur- und Ferienorten wird daher zusätzlich eine Kurtaxe von den Gästen erhoben. Es handelt sich dabei um eine Gebühr für die Benutzung von Kuranlagen.

Zur Erhaltung der terrassierten Steillage könnte ebenfalls eine Art Weinbergstaxe erhoben werden. Diese könnte als Fonds zweckgebunden eingerichtet und zur Pflege der **extensiv bewirtschafteten** Weinbergsterrasse verwendet werden. Die Höhe der Taxe würde von der Gemeinde festgelegt.

Um eine Ausgangsbasis zu schaffen, müßten jedoch die alten vorhandenen Mauern in bestimmten, vorher festzulegenden Bereichen saniert werden. Dies könnte wiederum mittels einer einmaligen Förderung geschehen.

Dieser Vorschlag wurde schon häufiger sehr kontrovers diskutiert. Das Hauptargument gegen diese Idee sind die schon heute sinkenden Besucherzahlen an der Mosel. Durch eine Anhebung der Preise würde der Strom der Touristen wahrscheinlich zusätzlich gebremst.

## 5. Schlußbemerkung

Die hier kurz vorgestellten Lösungsansätze sollen als Anregungen verstanden werden. Keiner dieser Vorschläge kann, für sich allein genommen, die Probleme des Steillagenweinbaus befriedigend lösen.

So kann z.B. der Vorschlag 'Golfplatz' in Winnigen angewendet werden, wollte man dies jedoch auf die gesamte Mosel ausdehnen, so stieße man sehr schnell an die Grenzen des Konzepts.

Auch die Vorschläge 4.1.2 bis 4.2.1 sind regional begrenzte Lösungen.

Das in Vorschlag 4.2.2 angesprochene Modell der Patenschaft wurde schon von betroffenen Winzern in ähnlicher Form untersucht. Es wurden hierbei Kunden angesprochen, die einzeln oder als Verbund, als Weinbergspaten fungieren sollten, leider mit wenig Erfolg. In dem vorgestellten Vorschlag sollen z.B. Schulen als Paten ausgewählt werden. Diese 'Mauerpaten' könnten in Zusammenarbeit mit Landespflegern die Bewirtschaftung des Biotops 'Weinbergsterrasse' aufrechterhalten.

Der letzte Vorschlag kann in Gebieten mit einem größeren Besucherstrom, wie z.B. Winnigen, relativ leicht durchgeführt werden. Hierbei sollte von den betroffenen Gemeinden überlegt werden, ob und wo die Terrassenlandschaft erhalten werden soll. In anderen Bereichen führt dieser Vorschlag eventuell völlig zum Erliegen des Touristenstromes.

Grundsätzlich bieten alle genannten Vorschläge Lösungsansätze sowohl für Winzer, die kein Interesse an einer weiteren Bewirtschaftung ihrer Steillagen haben, als auch für solche, die eine Möglichkeit zur Verpachtung suchen, oder für diejenigen, die weiter bewirtschaften wollen.

Es wurde anhand der Lösungen gezeigt, daß eine Erhaltung der Kulturlandschaft 'Weinbergsterrasse' auf lange Sicht zumindest schwierig wird.

Grundsätzlich sollte eine Kombination der verschiedenen Lösungen und eine besondere Untersuchung des Einzelfalls erwogen werden.

**Literatur**

- |   |   |
|---|---|
| <p>[1] 'Der große Brockhaus, Kompaktausgabe', 18. Auflage, Brockhaus-Verlag, 1983</p> <p>[2] 'Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1995' Statistisches Bundesamt, Metzler Poeschel Verlag, Sept. 1995</p> <p>[3] 'Fels- und Weinbergshänge im Landkreis Cochem-Zell' Faltbroschüre des Landkreises Cochem-Zell</p> | <p>[4] 'Die Förderung von Investitionen zur Rationalisierung des Steillagenweinbaus' Bernd Ternes, Schrift des Kulturamtes Mayen</p> <p>[5] Rheinzeitung Nr. 179, 3./4. August 1996, Ausgabe Koblenz</p> <p>[6] 'Aktion Blau' Gewässerentwicklung in Rheinland-Pfalz Ministerium für Umwelt und Forsten, 1995</p> <p>[7] 'Deidesheim "Am Kirchenberg" - Bodenordnung zur Erhaltung der Kulturlandschaft' Kulturamt Neustadt an der Weinstraße Informationsbroschüre</p> |
|---|---|

## Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes an Bildschirmarbeitsplätzen\*)

Ergonomieberater Horst Brandauer, Stuttgart

Kopf- und Rückenschmerzen, Verspannungen in Nacken und Schultern haben häufig ihre Ursache in falscher Einstellung des Bildschirms, der falschen Benutzung des Stuhles und in der falschen Beleuchtung des Arbeitsplatzes. Schützen auch Sie Ihre Gesundheit durch den richtigen Einsatz des Bildschirms, regelgerecht nach der Richtlinie der Europäischen Union.

### Welche Maßnahmen können durch Mitarbeiter(innen) erfolgen?

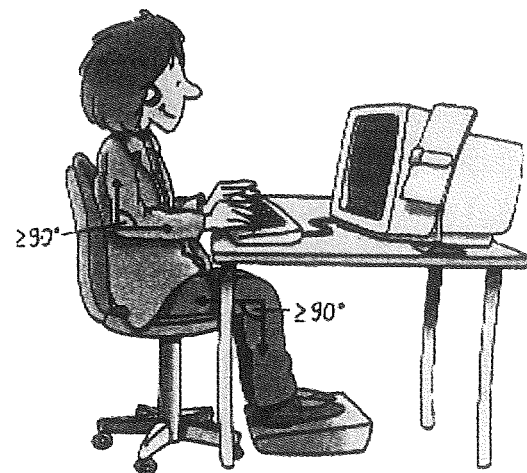
#### 1. Sitze ich richtig?

Setzen Sie sich wie gewohnt auf Ihren Arbeitsstuhl am Bildschirmarbeitsplatz.

Überprüfen Sie:

- ☐ Hängen meine Oberarme locker herab?
- ☐ Bilden meine Unterarme zu den Oberarmen einen Winkel von 90° oder mehr?
- ☐ Bilden meine Ober- und Unterschenkel einen Winkel von 90° und mehr?

Sollten Sie davon abweichen, so stellen Sie Ihren Arbeitsstuhl wie in nachstehender Abbildung gezeigt ein. Baumeln Ihre Beine nun in der Luft ohne festen Stand am Fußboden? Dann sollten Sie eine Fußstütze benutzen.



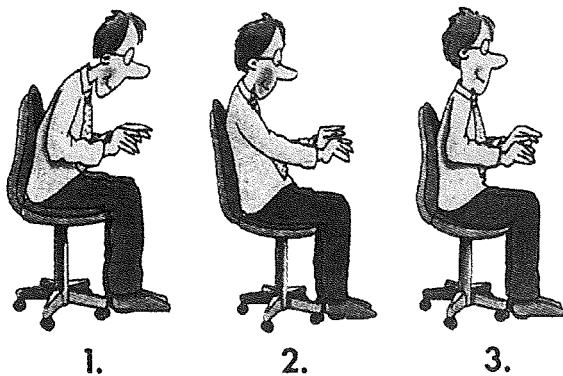
#### 2. Wie ist meine Arbeitshaltung beim Sitzen?

Überprüfen Sie:

- ☐ Sitze ich über einen langen Zeitraum in der gleichen Arbeitsposition?
- ☐ Ist mein Rücken dabei krumm oder gerade?

Sollten Sie davon abweichen, wechseln Sie häufiger Ihre Arbeitsposition, setzen Sie sich bequem mit geradem Rücken.

\*) Nachdruck aus Fadenkreuz, Heft 2/96, der Verwaltung für Flurneuordnung und Landentwicklung Baden-Württemberg mit freundlicher Genehmigung des Ergonomieberaters Horst Brandauer und der Schriftleitung Fadenkreuz



### 3. Arbeite ich mit verdrehtem Rücken?

Überprüfen Sie:

- ☐ Sind meine Blickrichtung und der Unterkörper parallel?
- ☐ Behindert mich der Schubladenblock / Rollcontainer unter dem Bildschirm?

Die parallele Ausrichtung von Blickrichtung und Unterkörper entspannt Ihren Rücken. Der Schubladenblock oder Rollcontainer darf sich nicht unter Ihrem Bildschirm befinden.

### 4. Fühle ich mich häufig verspannt?

Überprüfen Sie:

- ☐ Kann ich meine Hände vor der Tastatur auf dem Tisch auflegen?
- ☐ Sind häufig benutzte Arbeitsmittel außerhalb der Reichweite meines Unterarmes entfernt?

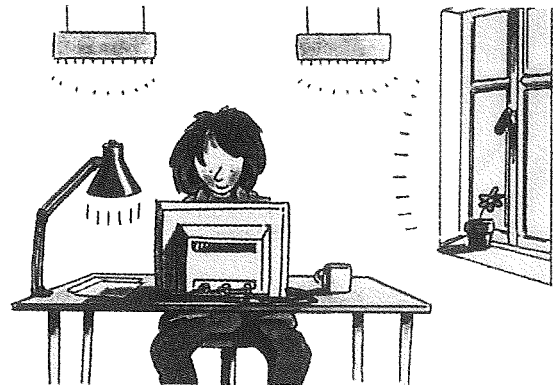
Das Auflegen der Handballen vor der Tastatur und die Anordnung von Arbeitsmittel innerhalb der Reichweite der Unterarme hilft Verspannungen zu vermeiden.

### 5. Steht mein Bildschirm richtig zum Fenster?

Überprüfen Sie:

- ☐ Wenn ich am Bildschirm arbeite, sehe ich mit Blickrichtung zum Fenster?
- ☐ Stört Tageslicht durch direkte oder indirekte Spiegelung auf dem Bildschirm?

Bildschirmarbeitsplätze sind so einzurichten, daß keine Direktblendung und möglichst keine Reflexionen entstehen.



### 6. Steht mein Bildschirm im richtigen Licht?

Überprüfen Sie:

- ☐ Spiegelt sich eine Leuchte im Bildschirm?
- ☐ Benutze ich meine Tischleuchte nur bei eingeschalteter Raumbeleuchtung?

Der Bildschirm muß frei von störenden Spiegelungen und Reflexen sein. Die Tischleuchte sollte nur benutzt werden, wenn die Raumbeleuchtung auch eingeschaltet ist.

### 7. Ist mein Sehabstand zu meinem Bildschirm richtig?

Überprüfen Sie:

- ☐ Ist mein Sehabstand zwischen Augen und Bildschirm zu kurz, zu weit oder richtig?

Bildschirmdiagonale	empfohlene Sehentfernung
33 cm (14"-Bildröhre)	45 - 60 cm
35 cm (15"-Bildröhre)	45 - 60 cm
39 cm (17"-Bildröhre)	55 - 70 cm
43 cm (19"-Bildröhre)	60 - 70 cm

Die am dem Bildschirm dargestellten Zeichen müssen leicht lesbar sein.

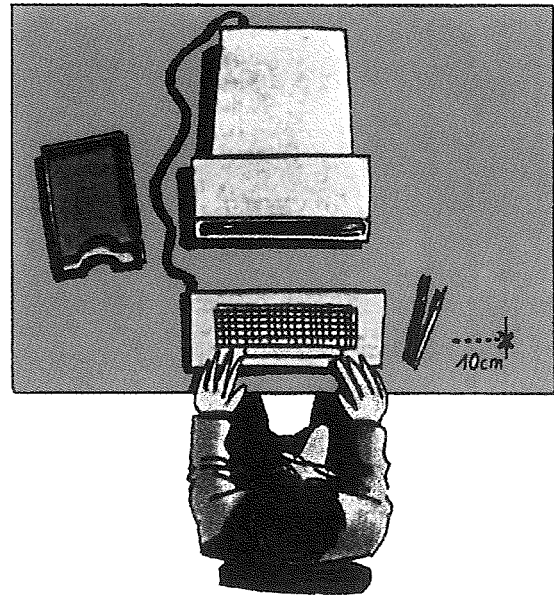


**8. Ist mein Bildschirm für mich flimmerfrei?**

Überprüfen Sie:

- ☐ Ist im seitlichen Bildfeld Flimmern bemerkbar?
- ☐ Sind störende Schwankungen der Helligkeit des Bildschirms bemerkbar?

Bildschirme müssen flimmerfrei sein, da hierdurch Kopfschmerzen, Tränen und Brennen der Augen entstehen können.

**9. Nehme ich regelmäßig an einer Überprüfung meines Sehvermögens teil?**

Überprüfen Sie:

- ☐ Wurde ich zu einer Überprüfung meines Sehvermögens eingeladen?
- ☐ Wie viele Jahre liegt diese Überprüfung zurück?

Personen bis zum 40. Lebensjahre sollten mindestens alle fünf Jahre überprüft werden, Personen ab dem 40. Lebensjahr sollten alle drei Jahre überprüft werden.

**10. Mache ich regelmäßig Pausengymnastik?**

Empfehlung:

Gymnastik in Arbeitspausen hilft dem Körper so richtig entspannen.

## ORGANISATION

### Reform der Landeskulturverwaltung\*)

- Sachstandsbericht -

Leitender Ministerialrat Manfred Buchta, Mainz

Herr Dr. Brack,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

die Reform der Landeskulturverwaltung erstreckt sich bekanntlich auf drei Bereiche:

- ☐ auf die prozeßorientierte Organisation bei den Kulturämtern,
- ☐ auf die Optimierung der Verfahrensabläufe
- ☐ und auf die Gründung des Verbandes der Teilnehmergemeinschaften.

Mit dem Bereich "Verfahrensoptimierung" beschäftigt sich heute Nachmittag Herr Lorig.

Herr Bottler wird im Anschluß an Herrn Lorig unser Fortbildungskonzept für das Jahr 1997 vortragen, das sehr wesentlich von Teamtraining und Teamberatung im Zusammenhang mit der neuen Organisation geprägt ist.

Ich kann mich also auf die Organisationsentwicklung und die Verbandsgründung konzentrieren und will

\*) Rede anläßlich der Tagung der Landeskulturverwaltung am 10. 12.1996 in Emmelshausen

beginnen mit ersten Erfahrungen aus der Pilotphase bei den 4 Modellämtern.

Mit Rundschreiben vom 7. 12. 1995 wurden die Kulturämter Worms, Bernkastel-Kues, Simmern und Mayen zu Modellämtern bestimmt und die Probe-phase auf 2 Jahre festgelegt, beginnend am 1. 1. 1996.

Nachdem inzwischen fast ein Jahr vergangen ist und bei allen Pilotämtern Erfahrungen im Rahmen eines "Runden Tisches" ausgetauscht wurden, lassen sich - auch unter Einbeziehung der Vorträge und Diskussionen bei der LVT-Veranstaltung am 15. 11. 1996 in Worms - erste Erkenntnisse und Ergebnisse als Zwischenbilanz formulieren:

1. Allen gegenteiligen Ankündigungen zum Trotz hat die interdisziplinäre Zusammenführung der einzelnen Fachrichtungen in Teamverantwortung nicht zum totalen Frust geführt. Sowohl die Verwaltung als auch die Landespflanze sehen die neue Zusammenarbeit positiv. Der Grad der Befürwortung ist zwar unterschiedlich, ändert aber nichts an der positiven Gesamteinschätzung. Alle Fachbereiche sehen sich besser informiert und in den Verfahrensablauf eingebunden als in der Vergangenheit. Dies gilt auch für die Kollegen mit landwirtschaftlicher Ausbildung, die zum Teil durch Kontrakte, zum Teil unmittelbar in den Produktionsgruppen, im Prozeßgeschehen verankert sind.
2. Die Produktionsgruppenleiter stellen sich ausnahmslos der neuen Verantwortung. Sie fühlen sich befreit von bisherigen personellen und hierarchischen Abhängigkeiten. Die Abgrenzung zwischen Gruppenleiter und Projektleiter in den Produktionsgruppen, in denen zwei Bedienstete des höheren Dienstes tätig sind, wird, was die Zusammenarbeitsstrukturen anbelangt, unterschiedlich gehandhabt, klappt aber.
3. Die Teamarbeit ist unterschiedlich ausgeprägt. Gemeinsam ist allen Teams, daß der hohe Arbeitsdruck enge Grenzen setzt. Die Information der Team-Mitglieder wird in regelmäßigen oder spontanen Besprechungen sichergestellt. Mehr und mehr setzt sich die Gruppe als Team durch. Obwohl die vorläufige Geschäftsordnung hier eine andere Definition vorsieht, sind wir in dieser Frage offen. Endgültige Antworten auf die immer wieder gestellte Frage, wer ist eigentlich das Team, soll die zweite Fortbildungsphase im Jahre 1997 geben, in der wir Teambesprechung bei den Ämtern anbieten werden.
4. Die Teamarbeit in den Produktionsgruppen ist am intensivsten ausgeprägt. In der Zentralgruppe bzw. der Gruppe "Produkt- und Landentwicklung" findet weniger oder überhaupt keine Teamarbeit statt.
5. Verschiedentlich wird die Teamarbeit auf der Führungsebene, also zwischen Amtsleitung und den einzelnen Gruppenleitungen, als entwicklungsnotwendig angesehen.
6. Und schließlich: der Trend, die beiden Querschnittsgruppen zu einer zu vereinen, ist unverkennbar. Zum Teil wird die hohe Personalbindung in den Querschnittsbereichen beklagt.

Für alle Pilotämter gilt die Erfahrung, je mehr sich die Leitungsebene mit der Reform identifiziert, umso engagierter werden die Reformideen angenommen und umgesetzt.

Auch in Zeiten mit weniger Hierarchie und administrativen Hürden sind offensichtlich Leitfiguren, die vorangehen, unverzichtbar.

An dieser Stelle möchte ich auf den Zusammenhang von Reform und Arbeitsprogramm eingehen. Ich erwähnte bereits, daß die Arbeitsbelastung der Reform und ihrer Einführung Grenzen setzt.

Die Jahre 1996 und 1997 sind insofern "Bewährungsjahre", als der Ministerrat den Minister beauftragt hat, Ende 1997 einen ersten Erfahrungsbericht über die neuen Leitlinien und die Reformergebnisse vorzulegen.

Einen Leistungsknick in dieser Phase, in der die Finanzressourcen immer enger werden und die Politik nach jeder Einsparmöglichkeit sucht, können wir uns auf keinen Fall leisten.

Deshalb muß die Erfüllung und Einhaltung des mit Ihnen vereinbarten Arbeitsprogramms Vorrang haben.

Bisher gibt es - nach unseren Erkenntnissen - keine Konkurrenzsituation zwischen der Reform und dem Arbeitsprogramm. In verschiedenen Amtsbezirken und Arbeitsbereichen bestehen zwar bedauerliche Arbeits- bzw. Programmrückstände, die Ursachen sind aber nicht reformspezifisch.

Die Arbeitsdefizite und ihre Reduzierung im Jahre 1997 müssen im Rahmen der Geschäftsbesprechungen erörtert werden. Heute kann es nur darum gehen, die Prioritäten klarzulegen.

Ich glaube, wir sind uns schnell einig, daß uns eine gute Reform wenig nutzt, wenn die Arbeitsergebnisse negativ sind.

Deshalb mein Appell an Sie alle, im Jahre 1997 dem Arbeitsprogramm und seiner Erfüllung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Abschließend zum Bereich "Reform" ein kurzer Ausblick.

Wir gehen davon aus, daß bis zum Ablauf der Pilotphase weitere Kulturämter die neue Organisation probeweise einführen werden. Ende 1997 wird aller Voraussicht nach die überwiegende Zahl der Ämter prozeßorientiert organisiert sein. Ob alle Ämter sich bis dahin freiwillig angeschlossen haben, ist jetzt noch nicht zu übersehen.

Uns ist dabei wichtig, daß die Initiative aus den Ämtern kommt. Es bleibt beim Freiwilligkeitsprinzip in der Pilotphase.

Um die Erfahrungen mit der neuen Organisation auch den Nicht-Pilotämtern zugute kommen zu lassen, haben wir im Fortbildungskonzept 1997 bestimmte Elemente des horizontalen Erfahrungsaustauschs vorgesehen. Herr Bottler wird Ihnen dies noch erläutern.

Ich möchte nun überleiten zur Verbandsgründung und Ihnen die aktuelle Entwicklung darstellen.

Der VTG wurde am 2. 9. 1996 gegründet, die Hauptsatzung ist am 14. 10. 1996 veröffentlicht worden. Von diesem Veröffentlichungstag an existiert unter rechtlichen Gesichtspunkten der VTG als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Zu kommissarischen Geschäftsführer wurde Herr OVR Sperlich bestellt, den ich in unserer Mitte begrüßen möchte.

Herr Sperlich und die Herren Kaul und Fricke sind bis zum 31. 12. 1996 mit der Vorbereitung der Verbandsgründung und der Vorstandswahl beauftragt. Sie nehmen diese Aufgabe als dienstliche Aufgabe wahr.

Das Jahr 1997 ist, was die Aufgabenübertragung von den Kulturämtern zum VTG anbelangt, als Übergangsjahr vorgesehen. Es beginnt der Personal- und Aufgabentransfer in den Verantwortungsbereich der Teilnehmergemeinschaften, so, wie es das Flurbereinigungsgesetz vorsieht.

Aus der Sicht der Mitarbeiter, die zum VTG wechseln wollen, ist es ein "Schnupperjahr".

Sie können während des Jahres 1997 oder mit Ablauf des Jahres in die Verwaltung zurückkehren. Sämtliche Personalkosten der 19 ausgeschriebenen Funktionen übernimmt bis zum 31. 12. 1997 das Land Rheinland-Pfalz.

Damit ändert sich in dieser Zeit auch nichts am Status der Mitarbeiter, die zum VTG abgeordnet oder zur Aufgabenwahrnehmung zugewiesen werden. Sie bleiben Beamte bzw. Angestellte des Landes Rheinland-Pfalz.

Ab 1998 werden aber 24 Stellen in der Landeskulturverwaltung "KW" gestellt. Der VTG hat alle Personalkosten für die Bediensteten zu zahlen, die beim Verband bleiben möchten.

Das Ministerium hat gegenüber dem Finanzministerium zugesagt, in der Übergangsphase 1997 keine Beförderungen, Höhergruppierungen oder Ausgleichszulagen aus Anlaß des Wechsels zuzusagen.

Insofern kann es 1997 nur um ein Kennenlernen der sicherlich sehr interessanten und vielseitigen Aufgabenfelder des VTG gehen. Perspektivische Gespräche sind ab Ende 1997 mit der Geschäftsführung des VTG zu führen.

Alle Einzelheiten und Probleme des Personalübergangs im Rahmen dieses Referates zu erläutern, würde zu weit gehen und Sie langweilen.

Ich will aber einen Punkt ansprechen, der über den Personalbereich hinausgeht und schon zu intensiven Diskussionen geführt hat.

Es geht dabei um die künftige Aufgaben-Schnittstelle zwischen Kulturamt und VTG auf dem Gebiet des Bauwesens.

Das Reformkonzept sieht vor, daß das Kulturamt künftig als Planungs- und Überwachungsbehörde im Baubereich tätig ist. D. H. die Planung, einschließlich der Ausführungsplanung, und die behördliche Bauüberwachung, werden von den Ämtern wahrgenommen.

Die Ausführungsplanung muß von solcher Qualität sein, daß der VTG mit der Durchführung der Vergabe an Fremdfirmen oder mit der Aufnahme der Regiearbeiten unverzüglich beginnen kann.

Diese Schnittstelle ist nicht nur im Reformkonzept so festgelegt, sondern vor allen Dingen Grundlage der Finanzierungsplanung und Kostenteilung zwischen dem Land und dem VTG.

Deshalb wehre ich mich gegen Überlegungen, die Ausführungsplanung dem VTG zu übertragen, weil dies zwangsläufig zu Nachforderungen des VTG führt, deren Finanzierung aus Landessicht nicht gesichert ist.

Es muß deshalb bei der im Reformkonzept festgelegten Schnittstelle verbleiben, wobei das Jahr 1997 ohnehin ein Jahr der projektbezogenen Absprachen sein wird.

Eine klare und endgültige Abgrenzung kann aus vielerlei Gründen erst mit Beginn des Jahres 1998 vorgenommen werden.

Abschließend noch eine Bemerkung zur Wettbewerbssituation.

Insgesamt liegen 21 Bewerbungen vor. Der VTG hat darüber hinausgehende Wunschkandidaten benannt.

Die Bereichskoordinatoren und die Verwaltungskraft werden eingesetzt werden können. Schwierigkeiten dagegen gibt es gebietsweise bei den Bau- und Landespflugesachbearbeitern, insbesondere in den südlichen Landesteilen.

Ich muß hier darauf hinweisen, daß wir in der jetzigen Haushaltssituation auf keinen Fall mit neuen Stellen rechnen können. Wir sind auf Umsetzungen innerhalb des vorhandenen Personalkörpers angewiesen.

Sofern 1997 Engpässe auftreten, beabsichtigen wir, geeigneten Bediensteten VTG-Aufgaben als dienstliche Aufgaben bis längstens 31. 12. 1997 zur Erledigung zuzuweisen.

Dies ist deshalb möglich, weil das Land ohnehin die Personalkosten übernimmt und die Bediensteten keinerlei Nachteile befürchten müssen.

Meine Damen und Herren,

die gesamte Verbandsgründung war schwieriger als erwartet. Dennoch hätte ich vor einem Jahr nie geglaubt, Ende 1996 bereits die Gründung und die Konstituierung des Verbandes verwirklicht zu haben.

Daß wir so weit sind, ist im wesentlichen auf des Engagement des Aufbauteams und auf die Initiativen und das Verständnis der Amtsleiter zurückzuführen.

Hierfür möchte ich mich zunächst bei den Herren Sperlich, Kaul und Fricke bedanken. Ohne Ihren Einsatz und Ihre Bereitschaft, auch Überstunden zu leisten, wäre dies alles nicht machbar gewesen.

Besonders bedanken möchte ich mich bei den Amtsleitern, die, auch wenn sie von der Verbandsgründung nicht alle und nicht vollständig überzeugt waren, dennoch die zeitaufwendige Informationsarbeit bei den Teilnehmervorständen geleistet haben.

Ich bin sicher, daß nach Ablauf der Übergangsphase der VTG Rheinland-Pfalz zu einem wichtigen Bindeglied zwischen der Landeskulturverwaltung und den Teilnehmergemeinschaften werden wird und uns alle bei unserer Arbeit für die Landwirtschaft und die ländlichen Gebiete unterstützen wird.

In diesem Sinne wünsche ich dem VTG und uns ein gutes Jahr 1997 !

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit !

## Das Interview

Obervermessungsrat Kurt Bottler, Mainz

Die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz hat mit Beginn des Jahres 1996 die Umsetzung eines umfassenden Reformkonzeptes zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe der Ländlichen Bodenordnung und zur Neuorganisation der Kulturämter eingeleitet.

In vier Kulturämtern ist die neue Organisationsform auf der Grundlage der vorläufigen Geschäftsordnung vom 16.02.1996 probeweise eingeführt worden. Seit April 1996 sind in mehreren Seminaren zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kulturämter durch externe Beratungsunternehmen in die Grundlagen von Teamwork als Teil des künftigen Führungsstils eingeführt worden.

Die Rückmeldungen aus diesen Seminaren lassen erkennen, daß bei vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pilotämter erhebliche Probleme bestehen, das in den Seminaren vermittelte Rüstzeug, vorwiegend außerhalb der öffentlichen Verwaltung entwickelte Techniken, in unsere Verwaltung zu übertragen.

Vom MWVLW wird die Umsetzung des Konzeptes für die Neuorganisation durch ein Team begleitet, dem die Herren Manfred Buchta und Prof. Axel Lorig sowie Frau Anke Schöllhammer angehören.

Als zuständiger Referent zur Organisation und Mitgestaltung der Fortbildung in der Landeskulturverwaltung habe ich das Betreuungsteam gebeten, zu einigen der immer wieder aufgeworfenen Fragen und Probleme kurz Stellung zu nehmen:

### 1. Welches sind die wesentlichen Ziele, die mit der Reform der Landeskulturverwaltung erreicht werden sollen?

*Manfred Buchta:*

Die wesentlichen Ziele der Reform sind mehr Kunden- und Mitarbeiterorientierung sowie eine verbesserte Arbeitsproduktivität durch Prozeßorientierung statt Arbeitsteilung, Team-Arbeit statt Hierarchie, Prozeßdenken statt Vorgangserledigung, Kontrakt- und Qualitätsmanagement statt Aufsicht und Kontrolle, Produktentwicklung statt Hoheitsdenken und Kostenbewußtsein statt kameralistischem Handeln.

### 2. Welcher Führungsstil soll künftig herrschen und wie würden Sie diesen charakterisieren?

*Manfred Buchta:*

Der Führungsstil soll kooperativ sein.

Er kann charakterisiert werden durch den Leitgedanken "Soviel Kooperation und Zusammenarbeit in Teams wie möglich, soviel Weisung und Einflußnahme durch Vorgesetzte wie nötig!"

Der kooperative Führungsstil fußt auf der Erkenntnis, daß eine Gruppe unterschiedlich begabter Menschen in Teamarbeit mehr zu leisten vermag als die Summe der jeweiligen Einzelleistungen ergäbe.

### 3. Wer genau sind die Teams nach unserer neuen Geschäftsordnung?

*Prof. Axel Lorig:*

Bei der Formulierung der neuen Geschäftsordnung haben wir geglaubt, man müßte "verfahrensbezogene" Teams bilden, in denen immer alle Mitarbeiter vertreten sind, die in einem Bodenordnungsverfahren mitarbeiten. Das wären dann aufgrund der anhängigen Bodenordnungsverfahren etwa 450 bis 500 Teams mit je 5 bis 7 Teammitgliedern geworden. Wir haben inzwischen gelernt, daß sich mit solchen "Miniteams" Teamwork nicht gestalten läßt. Auch wäre der Koordinierungsaufwand viel zu groß. Deshalb nehmen wir von diesen Überlegungen Abschied.

Was verstehen wir unter "Team":

"Ein Team ist eine aktive Gruppe von Menschen, die sich auf gemeinsame Ziele verpflichtet haben, harmonisch zusammenarbeiten, Freude an der Arbeit haben und hervorragende Leistungen erbringen."

Diese Qualitäten von Teamarbeit sind auch auf unsere Gruppen übertragbar. Selbst ein ganzes Unternehmen kann dieses Teammodell zu seinem Führungsprinzip erheben. Auf den Punkt gebracht heißt das:

**Die Gruppe ist das Team!**



#### 4. Wie entwickelt sich Teamwork?

*Prof. Axel Lorig*

Teamwork kann man nicht verordnen, man muß es entwickeln und es ist ein sehr schwieriger Weg. Teams unterliegen einem "Wachstumsprozeß", den man beobachten und beschreiben kann:

- ☐ Test- und Orientierungsphase
- ☐ Frustrations- und Nahkampfphase
- ☐ Beschluß- und Organisationsphase
- ☐ Produktions- und Verschmelzungsphase

Wenn die Gruppen erst einmal ihr Teamtraining aufgenommen haben, werden die Mitglieder bald erkennen, daß man innerhalb der Gruppe neue Teams formieren kann, wie es die jeweilige Situation erfordert. Einzelziele, die nur auf ein Verfahren bezogen sind, sollten schrittweise auf das gemeinsame Gruppen-, also Teamziel überführt werden.

#### 5. Teamwork basiert auf der Gleichberechtigung im Team. Wie ist dies auf die Landeskulturverwaltung mit ihren unterschiedlichen Fachleuten und den laufbahnrechtlichen und tariflichen Zuordnungen des Personals übertragbar?

*Prof. Axel Lorig:*

Wir sind ein "Team der unterschiedlichsten Fachleute". Daran halten wir fest. Die Gleichberechtigung im Team müssen wir uns aber erst erarbeiten, wir müssen sie in der Gesprächs- und Planungskultur entwickeln. Für optimale Teamergebnisse ist unterschiedlicher Sachverstand ebenso gefragt wie fachlich differenzierte Ideen, Kenntnisse und Lebenserfahrungen. Alle Fachleute müssen es lernen, den Gesamtprozeß zu verstehen und sich bei der Erarbeitung teambezogener Lösungen gleichberechtigt einzubringen.

Damit trägt noch lange nicht jeder die gleiche Verantwortung. Das Laufbahnrecht und das Tarifrecht gelten weiter. Die unterschiedlichen Laufbahnen werden unverändert nötig sein, denn auch im Team machen nicht alle das Gleiche; sie arbeiten lediglich auf der Grundlage einer guten gegenseitigen Information und Abstimmung im Teamwork am gleichen Produkt. Der Definition des Teams (vgl. Frage 3) stehen die Laufbahnen, und damit unterschiedliche Verantwortungen und Besoldungen nicht entgegen. Ich

meine, man sollte Teamwork nicht in erster Linie unter Besoldungsgesichtspunkten betrachten, sonst könnte man sich schwertun, seine Motivation zu steigern, Freude an der gemeinsamen Arbeit zu haben und hervorragende Leistungen zu erbringen.

#### 6. Welche Stellung hat der Gruppenleiter zum Team, wenn man unterstellt, daß die Gruppe das Team bildet?

*Prof. Axel Lorig:*

Die Gruppenleiter haben eine schwierige Aufgabe übertragen bekommen. Sie sollen Bestandteil der Teams werden, gleichzeitig aber als "Scharnierfunktion" die Vorgaben der Amtsleitung aufnehmen und umsetzen.

In der Entwicklungsphase der Teams hängt vieles von den Gruppenleitern ab, denn aus einer Gruppe wird nie ein bevollmächtigtes, selbstgeleitetes Team, wenn der "Gruppenchef" nicht bereit ist, die Führung zu teilen. Er muß sich hierfür bewußt zurücknehmen, damit seine Teammitglieder "starten" können.

Bei der Stellung des Gruppenleiters zum Team möchte ich einige Akzente betonen.

Er ist der

- ☐ **Teamchef**, der als "**Dirigent**" aus der Addition von Einzelkämpfern einen Organismus schafft und die Einzelleistungen optimal zu einem "**Leistungskonzert**" abstimmt.
- ☐ **Zukunftsgestalter neuer Wege und Ideen**, der Visionen für die Bodenordnung entwickelt, um den Bürgern optimale Bodenordnungsleistungen zu liefern.
- ☐ **Administrator des Teams**, der sich um die räumlichen und inhaltlichen Voraussetzungen kümmert, damit im Team gute Leistungen erbracht werden können. Damit übernimmt er verschiedene Dienstleistungen für sein Team.
- ☐ **Repräsentant des Teams**, der die wichtigsten Arbeiten des Teams nach außen und innen angemessen verkauft.
- ☐ **Konfliktmanager**, der versteckte und offensichtliche Konflikte anspricht und managt.

- ☐ **Partner jedes Teammitglieds**, der Hilfe zur Selbsthilfe entwickelt.
- ☐ **Coach und ein Vorbild**, der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Team zum Erfolg führt.

**7. Wer genau ist verantwortlich im Team oder für das Team im Verhältnis zur Amtsleitung, aber auch nach außen?**

*Anke Schöllhammer:*

Jedes Teammitglied leistet seinen Beitrag zum Team und zum Teamerfolg. Insoweit ist auch jedes Teammitglied verantwortlich für das Gruppenergebnis.

Wenn die Frage im Zusammenhang mit den Kontrakten aufgeworfen wurde und auf die Sanktionen zielt, ist die Verantwortlichkeit des Kontraktpartners, des Gruppenleiters hervorzuheben.

Auch im Teamwork muß jedes Teammitglied seinen Arbeitsbeitrag fachlich verantworten, also die einschlägigen Vorgaben beachten.

**8. Kompetenzen werden oft nach außen sichtbar durch die Unterschriftsbefugnis. Die vorläufige Geschäftsordnung enthält hierzu keine konkrete Regelung. Wie kann die Unterschriftsbefugnis gestaltet werden?**

*Anke Schöllhammer:*

Delegation und Teamwork sprechen dafür, daß der, der eine Sache bearbeitet hat, auch das anschließende Schreiben unterschreibt. Doch auch hier gilt: Das Team sollte dies intern regeln. Es gibt einige Rechtsvorgaben, die beachtet werden müssen, in diesem Zusammenhang fallen mir Schreiben an den Bürgerbeauftragten ein, die vom Amtsleiter zu unterschreiben sind.

**9. Teamwork soll u.a. Synergieeffekte freisetzen, die Kreativität der Mitglieder fördern und eine effiziente Arbeitserledigung begünstigen. Ein wesentliches Mittel zur Motivation sehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Einkommensverbesserung. Welche Möglichkeiten lassen sich unter den weiterhin geltenden Zwängen des Haushalts-, Beamten- und Tarifrechts gestalten?**

*Manfred Buchta:*

Es wäre schade, wenn die Vorteile der Reform nur unter Gesichtspunkten der Einkommensverbesserung gesehen würden. Letzten Endes geht es bei der Reforminitiative auch und gerade um die Zukunftssicherung für die Verwaltung.

Sichere Arbeitsplätze und qualifiziertere Mitarbeit sind angesichts der Situation außerhalb des öffentlichen Dienstes Werte, die nicht hoch genug veranschlagt werden können.

Was die konkreten Chancen zur Verbesserung der Einkommenssituation anbelangt, werden wir auch in Zukunft die Möglichkeiten, die uns der geltende Haushalt und das Dienstrecht geben, ausschöpfen. Die Zeiten, in denen größere Zuwachsraten zu erwarten waren, sind allerdings vorbei. Insofern kann es in den nächsten Jahren nur um bescheidene Einkommensverbesserungen gehen.

**10. Durch die neue Organisation werden die Strukturen und damit die Zuordnung des Personals grundlegend verändert. Hieraus erwachsen Ängste, wie künftig die für die persönliche Entwicklung wichtige dienstliche Beurteilung objektiv, aber auch über die Amtsgrenzen hinaus vergleichbar, sichergestellt werden kann?**

*Anke Schöllhammer:*

Mittelfristig sind Änderungen erforderlich. Der nächste Vorgesetzte, der den unmittelbaren Einblick ins Team und zum einzelnen Teammitglied hat, ist der Erstbeurteiler. Die Zweitbeurteilung sollte auf eine Ebene gezogen werden, auf der auch die amtsübergreifende Vergleichbarkeit gewährleistet ist. Die Zweitbeurteilungszuständigkeiten sollten mittelfristig geändert werden:

Der Höhere Dienst sollte durch das Ministerium, der Gehobene Dienst und die Spitzenämter des Mittleren Dienstes (A8, A9, A9Z) sollten durch die Bezirksregierung und der übrige Mittlere Dienst sollte durch die Amtsleitung beurteilt werden.

Die Erstbeurteilungszuständigkeiten sollten nicht geändert werden.

Die Erstbeurteilung des Mittleren und des Gehobenen Dienstes ist grundsätzlich Aufgabe des Gruppenleiters und die Erstbeurteilung des Höheren Dienstes erfolgt durch den Amtsleiter.

**11. Die Teamentwicklung ist ein Prozeß, der sich bis zu mehreren Jahren hinziehen kann. Das MWVLW hat zugesagt, die Entwicklung fachlich zu begleiten. Hierzu sind ab Ende Januar externe Berater beauftragt, durch Supervision die Teams in den Pilotämtern zu beraten. Sowohl Einführungsseminare, als auch Supervision werden den in 1997 hinzukommenden Pilotämtern und ab 1998 auch den restlichen Kulturämtern im erforderlichen Umfang angeboten werden. Welche Vorstellungen hat das Begleitteam des MWVLW für seine weiteren Aktivitäten?**

*Manfred Buchta:*

Ich unterstreiche zunächst, daß Teamarbeit mit viel Geduld entwickelt werden muß und nicht von heute auf morgen schlagartig eingeführt werden kann.

Die bisher mit Beteiligung des Ministeriums durchgeführten "Runden Tische" haben die wirklich relevanten Probleme nur zum Teil deutlich werden lassen. Ich weiß, daß die für die Teamarbeit zwingend notwendige Information und Beteiligung aller Mitarbeiter, auch die des mittleren Dienstes, noch nicht überall praktiziert wird und auch durch weitere Runde Tische kaum verbessert werden kann. Deshalb setzen wir 1997 mehr auf Fortbildung und Supervision, das heißt Teamberatung durch Externe in den Pilotämtern.

## Reform der Kulturämter

- aus der Sicht eines Amtsleiters -

Leitender Regierungsdirektor Paul Frowein, Kulturamt Simmern

Ein Jahr nach der probeweisen Einführung einer auf Teamarbeit basierenden, projektorientierten Geschäftsordnung beim Kulturamt Simmern ist es angebracht, ein erstes Resümee zu ziehen und die gewonnenen Erfahrungen den noch vor der Ausgangssituation stehenden Ämtern weiterzugeben.

### 1. Ausgangssituation

#### 1.1 Organisation und Geschäftsverteilung nach der GoKa von 1992

Das Kulturamt Simmern war vor der Neustrukturierung ein auf der Grundlage der GOKA vom 25. 09. 1992 organisiertes Vier-PtB-Amt mit den vier traditionellen Büros, dem Verwaltungsbüro, dem Planungs- und Vermessungsbüro, dem Kataster- und Datenverarbeitungsbüro (welches mit der Datenverarbeitung im Grunde nichts zu tun hatte) sowie dem mit drei Bauingenieuren und zwei Bautechnikern auf klassische Bodenordnung und umfassenden Ausbau eingestellten Baubüro. Alle Büros wurden von Bürovorstehern geleitet, wobei der LtB zusätzlich die technischen Büros und eine höhere nichttechnische Beamtin das Verwaltungsbüro zu

überwachen hatten. Zu allem Überfluß ordnete die Geschäftsordnung von 1992 die Landespfleger als eigenständige Gruppe unmittelbar dem LtB zu (statt sie dem Baubüro anzugliedern), und im Rahmen der wertgleichen Abfindung bekam der nthD eine Landwirtschaftsgruppe.

Nicht nur die Personalsteuerung, auch das Produkt Bodenordnung war in der Bearbeitung stark fragmentiert. Allein in der Projektleitung wechselte die Zuständigkeit von der AEP bis zur Schlußfeststellung sechsmal.

Gerechterweise muß man aber sagen, daß (Gott sei Dank) nicht streng nach der "Geschäftsordnung 1992" gearbeitet wurde.

#### 1.2 Produkt Bodenordnung war nicht mehr zeitgerecht

Ca. 80 % der rund 400 Gemarkungen des Amtsbezirktes waren zwischen 1900 und 1980 klassisch bzw. im Meisenheimer Raum und im Kreis Birkenfeld als beschleunigte Zusammenlegungsverfahren erstbereinigt worden. Die noch unbereinigten Gemeinden waren nicht oder nur schwer zur klassi-

schen Bodenordnung zu bewegen. So stellte längere Zeit die Weinbergsbereinigung der Mosel-Steilagen in dem zum Amtsbezirk Mayen zählenden Kreis Cochem-Zell ein wichtiges Arbeitsgebiet zur besseren Auslastung des Simmerner Personals dar. Objektiv war der Bedarf an Zweitbodenordnung im Amtsbezirk sehr groß.

Erste Versuche mit vereinfachten Flurbereinigungsverfahren lieferten positive Ergebnisse. Der eigentliche Durchbruch kam aber mit den einfachen und schnellen beschleunigten Zusammenlegungsverfahren, die mit durchschnittlich zwei bis drei Jahren Bearbeitungszeit und Kosten von ca. 1200 DM / ha zum Besitzübergang kamen. Die Vergabe von Vermessungsarbeiten an ÖbVI und der stark reduzierte Ausbau führten zur Entlastung in den technischen Büros.

### 1.3 Produktorientierte Verwaltungsstruktur

Die schnell ablaufenden Zusammenlegungsverfahren führten zu einer Überlastung des Verwaltungsbüros, während die Katasterberichtigungsarbeiten in diesen Verfahren kein eigenes Büro mehr rechtfertigten, da sich die Berichtigungsarbeiten im wesentlichen auf die Buchberichtigung beschränkten. Das Zahlenwerk lieferte der ÖbVI und die Karte (Katasterkarte mit den wegfallenden Grenzen) das Planungs- und Vermessungsbüro.

Das Baubüro sah aufgrund der geringen Ausführungskosten seine Existenzberechtigung in Frage gestellt.

Im Grunde genommen war allen klar, daß an den Schnittstellen zwischen den einzelnen Büros die Aufgabenerledigung fakultätsübergreifend erfolgen mußte, besser gesagt, eine produktorientierte und damit in bezug auf die Bodenordnung eine projektorientierte Verwaltungsstruktur erforderlich war.

## 2. Der Weg zur Reform

### 2.1 Sensibilisierung für eine Reform

Unter Verwaltungsreform wurde in der Vergangenheit allzu gerne die Auflösung von Dienststellen, der Abbau von Personal und die Verlagerung von Aufgaben der Sonderverwaltung auf die ohnehin schon überlastete und oft überforderte Kreisverwaltung verstanden. Entsprechend groß sind die Ressentiments des Personals gegenüber dem Begriff "Verwaltungsreform". Das Ziel der Leistungssteigerung erreicht eine Verwaltungsreform aber nur, wenn sie von den Betroffenen getragen wird. Es ist deshalb wichtig, den Personalrat, ja das gesamte Personal

für Veränderungen zu sensibilisieren und zur konstruktiven Mitarbeit zu gewinnen.

Dabei gab es erhebliche Vorbehalte des Verwaltungs-, Bau-, und Landespflegepersonals wegen einer eventuellen Dominanz der Planungs- und Vermessungsleute. Ebenso gab es eine gewisse Unsicherheit, wie die Stärkung der Eigenverantwortung beim Personal gewünscht würde. Und nicht zuletzt stellte der zu erwartende Abbau von Hierarchieebenen Vorgesetztenpositionen in Frage.

Die geplante Einführung der dezentralen Datenverarbeitung mit REDAS, die eine Vielzahl von Arbeitsschritten einsparen wird, insbesondere im Tätigkeitsfeld des mittleren Dienstes und der vergleichbaren Angestellten, stellte einen bedeutenden Grund für Reformüberlegungen dar.

In einer Vielzahl von amtsinternen Fortbildungsveranstaltungen wurde das Personal kontinuierlich über die Erkenntnisse der mit der Neustrukturierung beauftragten Arbeitsgruppen beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, denen ich teilweise selbst angehörte, informiert. So war mit der Verabschiedung des Reformpaketes durch das Kabinett im Dezember 1995 auch die Zustimmung des Personalrates vorhanden, in Simmern probeweise die Neuorganisation anzugehen.

## 3. Grundsätze zur Neustrukturierung

Die Vorschläge der Arbeitsgruppen, die auch in einer vorläufigen Geschäftsordnung vom 15.11.1995 (in der Fassung vom 16.2.1996 in Kraft gesetzt) ihren Niederschlag fanden, ergaben die nachfolgend beschriebenen Grundsätze für die amtsbezogene Umsetzung der Reform:

### 3.1 Gruppensystem mit voller Verantwortung

Die Projekte sollten von Anfang bis Ende in den Gruppen, soweit es die Personaldecke des Amtes zuließ, autark bearbeitet werden. In den Gruppen sind Teams mit der Aufgabenerledigung zu betrauen, wobei die Gesamtleistung der Gruppe in einer Vereinbarung geregelt werden sollte.

Die Zeichnungsbefugnis wurde so festgelegt, daß bis zur Sachgebietsleiterebene derjenige unterschreibt, der den Vorgang verantwortlich bearbeitet hat. Lediglich öffentliche Bekanntmachungen, Personalangelegenheiten und der Schriftverkehr mit dem Bürgerbeauftragten sollten vom Amtsleiter unterzeichnet werden.

### 3.2 Minimierung der Hierarchieebenen

Als Dienstvorgesetzte verbleiben der Amtsleiter für alle Bedienstete und die Gruppenleiter für das jeweilige Gruppenpersonal. Dem Amtsleiter ist dabei die Genehmigung von Urlaub und Dienstreisen vorbehalten, während die Gruppenleiter für kurzfristige Dienstbefreiungen im Rahmen der Dienstvereinbarung zur gleitenden Arbeitszeit zuständig sind.

### 3.3 Produktbezogene Aufgabenverteilung

Das Amt soll in vier, möglichst unabhängig arbeitenden Gruppen seine Aufgaben erfüllen. Die zentralen Angelegenheiten wie Personal, Haushalt, Hausverwaltung, Kontraktmanagement, Controlling auf Amtsebene, Koordination, Aus- und Fortbildung, Antragsbearbeitung und Gebührenberechnung, Systembetreuung sowie die Zentralen Dienste (Telefon, Auskunft, Reproarbeiten, Schreibdienst) werden in der **Gruppe 1 - Zentralgruppe** - wahrgenommen.

Die **Gruppe 2 - Produkt- und Landentwicklung** - hat in enger Zusammenarbeit mit dem Amtsleiter neue Produkte, d.h. Entwicklungs- und Förderungsschwerpunkte, vorzubereiten und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Daneben nimmt sie alle nach außen wirkende Aufgaben der Dienststelle außerhalb der Ländlichen Bodenordnungsverfahren wahr. Hierzu zählen Siedlung, Förderprogramme und Stellungnahmen zu Planungen Dritter außerhalb der Bodenordnung. Der Gruppenleiter 2 ist Leiter der Vermessungsstelle nach § 5 Katastergesetz.

Die Ländlichen Bodenordnungsverfahren werden von Anfang bis Ende in den Produktionsgruppen bearbeitet werden. Hierfür sind die **Gruppen 3 und 4 - Ländliche Bodenordnung** - vorgesehen. Diese stellen auch das Personal für die Flächenkontrollen.

### 3.4 Kontrakte statt einseitige Arbeits- und Leistungsvorgaben

An die Stelle der jährlichen Arbeitsplanung und des Geschäftsverteilungsplanes treten Vereinbarungen zwischen den Gruppen und der Amtsleitung sowie zwischen dem Amt und der oberen Flurbereinigungsbehörde.

### 3.5 Controlling statt Kontrolle

Kontrollen mit dem Ziel, Schuldige zu finden, sollen durch umfassendes Controlling ersetzt werden, das dem Menschen in komplexen Situationen eine Hilfestellung anbietet, um den Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können.

## 4. Personal- und Raumaufteilung

Die wichtigsten Personalentscheidungen waren die Bestellung der Gruppenleiter und die Eingliederung der Bürovorsteher in die Gruppen. Erschwert wurde die Gruppenleiterbestellung durch die unbegründete Auffassung bisheriger planender technischer Beamten, die Funktion des Projektleiters sei eine Abwertung ihrer bisherigen Stellung. Betrachtet man aber die Aufgaben eines Projektleiters genau, so sieht man, daß über die Zuständigkeit des planenden technischen Beamten hinaus alle verfahrensbezogenen Zuständigkeiten des nichttechnischen höheren Beamten und des leitenden technischen Beamten den Projektleitern zugewiesen werden.

Die Gruppenleiterentscheidung ist aber so wichtig, daß man nicht nach Alter, Loyalität zum Amtsleiter oder persönlichen Sympathien entscheiden darf. Sachliche Argumente, wie Innovationsfähigkeit, Anerkennung in der Gruppe, Durchsetzungsvermögen, Dynamik und sicheres Auftreten - kurz gesagt die Führungsqualitäten - müssen den Ausschlag geben, denn durch den Wegfall der Hierarchien und der Büros muß der Gruppenleiter ganz oder teilweise die Führungsaufgaben der Bürovorsteher, des leitenden technischen Beamten und des nichttechnischen höheren Beamten übernehmen.

Der leitende technische Beamte übernahm aufgrund seiner langjährigen Erfahrung in Simmern die Gruppe 2.

Bei den Bürovorstehern im alten System handelte es sich meist um hervorragende und bewährte Sachgebietsleiter, die wegen einer Beförderungsstufe aus der Produktion genommen und zum "höherwertigen Einsatz" (z.B. Führung von Statistiken, Wahrnehmung von Kontroll- und systembedingten Koordinierungsaufgaben) kamen. Bei der Umsetzung dieser Personengruppe wurde deshalb darauf geachtet, daß diese ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechend zum Einsatz kamen.

Der Bürovorsteher des ersten Vermessungsbüros nimmt nunmehr technische Aufgaben mit den Schwerpunkten Kontraktwesen, Controlling und Fortbildung in der Zentralgruppe wahr. Der Vorsteher des Baubüros ist in der Gruppe 2 für das "Naheprogramm" und den Wirtschaftswegebau außerhalb der Bodenordnung sowie für Stellungnahmen zu Planungen Dritter verantwortlich eingesetzt.

Der Bürovorsteher des Katasterberichtigungsbüros kommt wieder als Sachgebietsleiter Planung und Vermessung in einer Produktionsgruppe zum Einsatz. Mit der Zuständigkeit für Haushalt und Personal hat der geschäftsleitende Bürobeamte nicht nur

weitgehend sein Tätigkeitsfeld, sondern auch seine Dienstbezeichnung behalten.

Unter Berücksichtigung des künftigen Personalabbaus wurden zwei Produktionsgruppen vorgesehen. Dadurch ist sichergestellt, daß die Gruppen auf Dauer weitgehend autark arbeiten können. Dem durch die Auflösung der Büros zu erwartenden Verlust an Heimat wurde dadurch begegnet, daß die Räumlichkeiten im Amt gruppengerecht aufgeteilt wurden. Die Gruppen haben aber über die personelle Besetzung der Zimmer selbst entschieden.

Da sich das Amt zum Zeitpunkt der Neuorganisation im Umbau befand, konnten noch Zimmerverbindungen und kleinere Zuschnittsveränderungen nach den Vorstellungen der Gruppenmitglieder vorgenommen werden.

Bei der Personalverteilung wurde besonders darauf geachtet, daß gleich starke Gruppen entstanden.

## 5. Kontrakte

Die Kontrakte ersetzen die bisherige in der jährlichen Geschäftsbesprechung festgelegte Arbeitsplanung des Amtes. Der Unterschied besteht im wesentlichen darin, daß die Festsetzung der Arbeitsleistung nicht einseitig erfolgt, sondern im Gegenstromprinzip gemeinsam mit den Gruppenmitgliedern entwickelt und vereinbart wird, die für die Erfüllung der Leistung Sorge zu tragen haben.

Bei der Einführung des Kontraktwesens wird regelmäßig die Frage nach den Konsequenzen bei Nichterfüllung der Vereinbarung in den Vordergrund gestellt. Die Chance, aktiv die Arbeitsplanung selbst mit zu gestalten und damit das Wissen der Basis einzubringen, wird erst im Nachhinein erkannt. Dies zeigt, daß auch der Übergang von einer lange Zeit gepflegten Mißtrauens- zu einer Vertrauenskultur mental verarbeitet werden muß; nicht nur in der Gruppe, auch bei der Amtsleitung und den oberen Behörden.

Das Ziel der neuen Arbeitskultur ist es, die Eigenverantwortung und die Innovation der einzelnen Mitarbeiter zu stärken und dadurch eine selbstgewollte Leistungssteigerung zu erreichen, weil nur diese letztendlich von Dauer ist.

Die jeweils für ein Jahr abzuschließenden Kontrakte regeln allgemein die Aufgabe, den Personalbestand der Gruppe sowie die projekt- bzw. sachgebietsbezogenen Vereinbarungsergebnisse, wie Personaleinsatz, Jahresarbeits- und Kostenplanung,

aber auch die längerfristigen Ziele, bezogen auf die Gesamtbearbeitung der Projekte (Verfahrens-, Kosten- und Zeitziele).

Die Erarbeitung der Kontrakte im Gegenstromprinzip heißt, daß zunächst auf der Grundlage der langfristigen Arbeitsplanung des Amtes die Gruppen ihre konkrete Arbeitsplanung verfahrensbezogen (z.B. nach einem ca. 140 Arbeitsschritte umfassenden Ablaufschema einer Bodenordnung) zeitlich durchplanen. Läßt die Planung der Einzelschritte erkennen, daß die Gesamtplanung des Amtes mit den vorgegebenen Zeit-, Geld- und Personalressourcen nicht zu schaffen ist, werden gemeinsam Überlegungen angestellt, wie das Gesamtziel zu erreichen ist (vorrangig z. B. durch Aushilfe der Projektteams untereinander, durch Vergabe an Dritte oder durch Änderung der Verfahrensabläufe). So soll eine möglichst realistische Planung erstellt werden, die dann von allen getragen in den Kontrakt einfließen kann.

Als Resümee aus dem Abschluß der Kontrakte für 1996 bleibt festzustellen, daß die Gruppen sich mit der konkreten Arbeitsplanung "Schritt für Schritt" noch schwer taten. Sie waren nach dem alten Schema "Vorgabe von oben und Erfüllung von unten" nur gewohnt, sich an Eckpfeilern wie Einleitung, Planfeststellung, Besitzübergang usw. zu orientieren. Die Erreichung dieser Eckdaten war das Ziel. Erst in zweiter Linie kamen, wenn überhaupt, Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit und Produktoptimierung hinzu.

Die immer wieder zu hörenden Argumente gegen eine Neuorganisation der Verwaltung nach dem Vorbild der Wirtschaft (z. B. in Form von Business Reengineering) haben alle den Grundtenor, daß Verwaltungen keine Produkte und keinen Markt im volkswirtschaftlichen Sinn haben und Verwaltungshandeln auch nicht ausschließlich nach Wirtschaftlichkeitsüberlegungen organisiert werden kann. Die bestehenden und künftig sich noch verstärkenden Haushaltsprobleme bei Bund, Ländern und Kommunen werden aber der Verwaltung nur eine Zukunft lassen, wenn sie ein Produkt liefert, mit dem sich die Bevölkerung oder eine starke Lobby **und damit** die Politik identifizieren kann.

Es gibt also den Markt und es gibt auch das Produkt, somit muß die Verwaltung agieren, weil für das Reagieren nicht immer genügend Zeit ist.

## 6. Begleitende Maßnahmen zur Reform

Mit der Einführung einer Neuorganisation ist es nicht getan. Eine ständige Begleitung der Reform, die

Personalführung, Informationsfluß, Entscheidungshilfen, Fortbildung und Kontrolle beinhaltet, ist wichtig für deren Erfolg.

### 6.1 Anleitung statt Anweisung

Wichtige Ansprechpartner bei der Bewältigung der täglichen Arbeit waren im alten System für das technische Personal der Bürovorsteher des Planungs- und Vermessungsbüros und für die Verwaltungsmitarbeiter der geschäftsleitende Bürobeamte. Gleichzeitig sicherten diese beiden Personen im wesentlichen auch das einheitliche Verwaltungshandeln. Aus den Erfahrungen des ersten Jahres heraus kann man sagen, daß beide noch heute gerne als Ansprechpartner in Anspruch genommen werden.

Ihre Aufgabe ist es aber nicht mehr, durch Anweisung bestimmte Handlungs- oder Vorgehensweisen zu erzwingen, sondern durch Anleitung im Einzelfall oder durch amtsinterne Schulung die Voraussetzungen für einheitliches Verwaltungshandeln zu schaffen.

### 6.2 Fortbildung

Der amtsinternen Fortbildung kommt bei der Einführung der eigenverantwortlichen Teamarbeit eine ganz wichtige Funktion zu.

Die Übernahme von Eigenverantwortung kann nur von dem erwartet werden, der den Umfang der Verantwortung erkennen kann. In Workshops ist der Erfahrungsaustausch zwischen den "alten Hasen" und den "Anfängern" sicherzustellen.

Innovation fördern heißt nicht, jeder macht wie er es will, sondern es bedeutet, auf den bestehenden Erkenntnissen aufbauend neue Wege zu gehen. Die Fortbildung dient zum Erfahrungsaustausch und zur Weitergabe und Diskussion neuer Überlegungen.

Parallel zur Einführung neuer Techniken werden zwar "Teamwork" und "Datenverarbeitung" landesweit in Emmelshausen geschult, die Anwenderprobleme müssen aber amtsintern gelöst werden. Amtsspezifische Anwendungen brauchen nicht von jedem Einzelnen erarbeitet zu werden. Es ist aber wichtig, erarbeitete Lösungen allen bekannt zu machen und damit die umfassende Nutzung zu ermöglichen.

Nicht zuletzt wird uns der Personalabbau zwingen, verstärkt Aufgaben von oben nach unten zu delegieren. Delegation setzt voraus, daß die nächste Ebene der Aufgabe gewachsen ist. Dies gilt auch

für den fakultätsübergreifenden Einsatz von Personal, wie er gerade im Gruppensystem leicht zu praktizieren ist.

Letztendlich wird die Einführung von REDAS und graphischer Arbeitsplätze zu einem "Wegbrechen" einfacher Arbeiten führen, ohne daß das heute hierfür eingesetzte Personal zurückgeführt werden kann. Es kann deshalb nicht früh genug damit begonnen werden, den mittleren Dienst auf die sich abzeichnenden Veränderungen hinzuweisen und durch Schulungsmaßnahmen auf den anderweitigen Einsatz vorzubereiten.

Da die Sachgebietsleiter Planung und Vermessung und die vermessungstechnischen Sachbearbeiter schon im "alten System" verfahrensbezogen zusammengearbeitet haben, ist man insbesondere im Vermessungsbereich der Auffassung, daß die Teamarbeit "nichts neues sei" und die Neustrukturierung zumindest für die Vermessungsleute "keine Veränderung" mit sich bringe. Außerdem wird hier oft die Auffassung vertreten: Wir (Sachgebietsleiter / -innen und vermessungstechnischer Sachbearbeiter / -innen) sind das "Kernteam" und alle anderen liefern nur auf unsere Aufforderung hin zu. Mit dieser nicht seltenen Grundeinstellung lassen sich die Vorteile der Teamarbeit nicht voll nutzen, deshalb ist Teamschulung für die neu gebildeten Teams ein wichtiger Bereich der Fortbildung.

Der Abbau von Hierarchiestufen führt auch zu einer Neuorganisation der Kontrollvorgänge, wobei die Vieraugenkontrolle das Standardkontrollverfahren sein soll. Hier zeigt sich der Grad der Teamentwicklung. Während schon bald nach der Einführung der Teamarbeit die meisten Gruppenmitglieder eine Aussage über ihre Rolle im Team treffen können (ob die Aussage zutreffend oder weniger zutreffend ist, sei einmal dahingestellt), bleibt die Rollenverteilung bei der gruppeninternen Kontrolle noch längere Zeit ungelöst, insbesondere die Frage: Wer kontrolliert wen?

### 6.3 Controlling ist mehr als Kontrolle

Während Kontrolle im herkömmlichen Sinn das Ziel hatte, Schuldige zu finden, soll Controlling den Menschen in komplexen Situationen eine Hilfestellung anbieten, in herausfordernden Situationen erfolgreich zu sein. Produktbezogen ist Controlling der Pfad für die wirtschaftliche und sparsame Erfüllung der Aufgabe. Hierzu ist die Kostentransparenz unumgänglich. Spätestens mit der generellen Einführung der Budgetierung wird die Kostentransparenz der Schlüssel zum Erfolg sein, deshalb ist es wichtig für die Gruppen, Daten zu sammeln, die ihnen Aussagen über Zeitverbrauch und Kosten liefern.

Erst dann wird Controlling ein geschlossener Kreis, der von der Planung über die Kontrolle zur Information führt, die zur kontinuierlichen Verbesserung der Planung beiträgt.

Aus diesen Ausführungen geht klar hervor, daß Controlling auf jeder Ebene erforderlich ist, wobei das gruppeninterne das wichtigste und das effektivste sein wird. In den Kontrakten wurde deshalb vereinbart, daß die Gruppen ihre Planung selbst detailliert überwachen. Außerdem erfassen sie auf freiwilliger Basis in repräsentativen Verfahren Daten, die ihnen eine Gesamtkostenrechnung ermöglichen und Aufschlüsse für die Arbeitsplanung in den folgenden Jahren liefern können. Amtsintern werden der Mittelabfluß, der Stand der Projekte bezüglich klar definierter Eckpunkte und die erforderlichen Daten für den Gesamtpersonaleinsatz erfaßt.

Da die Ergebnisse des amtsbezogenen Controllings auch die Daten für das bezirksweite Controlling liefert, wurde in Abstimmung zwischen Amt und Bezirksregierung erstmals zum Jahresende 1996 ein gemeinsames Controllingteam, das aus je 2 Mitarbeitern des Amtes und der Bezirksregierung besteht, gebildet. Um die Akzeptanz in den Gruppen zu verbessern, wurden keine höheren, sondern praxiserfahrene gehobene und mittlere Beamte in das Team berufen. Das Team hat die Ergebnisse in den "Bilanzierungsbesprechungen" und in der Geschäftsbesprechung selbst vorgetragen. Eine überwiegende Zustimmung zu dieser Vorgehensweise war festzustellen.

Allerdings war in den vorgenannten Gesprächen noch zu erkennen, daß der Glaube an eine neue Kultur sich noch nicht verfestigt hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten sich noch wie in früheren Jahren in erster Linie darauf eingestellt, Begründungen für nicht oder nicht ganz erreichte Arbeitsziele zu liefern, anstatt das Gespräch mit der Oberbehörde zur Arbeits- und Produktverbesserung zu nutzen.

Eine Verwaltungsreform mit Stärkung der Eigenverantwortung ist eben kein in sich abgeschlossenes Kapitel, sondern ein kontinuierlicher Prozeß zum Erreichen der von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Team selbst angestrebten Leistung.

#### 6.4 Die Reform ist nicht statisch

Business Reengineering fordert, die Prozeßschritte in eine natürliche Reihenfolge zu bringen, die Entscheidungen in den Prozeß zu verlagern sowie die Eliminierung aller "nicht wertschöpfenden Tätigkeiten". Mit den von Arbeitsgruppen des Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Wein-

bau erarbeiteten Vorschlägen zur "Restrukturierung der Verfahrensabläufe in der Ländlichen Bodenordnung" kann nur ein Anstoß gegeben werden. Insbesondere der Einsatz der Informationstechnologie macht ein ständiges Überdenken unserer Arbeitsschritte unumgänglich. Die Kontrakte verpflichten deshalb die Gruppen, alle Reformvorschläge des "Gelben Ordners" auf Zweckmäßigkeit zu prüfen, weiterzuentwickeln und optimierend anzuwenden. Dabei hat sich gezeigt, daß ohne begleitende Fortbildung die Vorschläge nicht oder nur halbherzig genutzt werden.

### 7. Zusammenfassung der Erfahrungen aus dem ersten Reformjahr

#### 7.1 Positives

Das (von den Skeptikern erwartete) Chaos blieb aus. Das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Gruppen wächst ständig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Gruppen als Heimat angenommen. Das Verwaltungspersonal hat sich unerwartet gut in die Gruppen integriert, obwohl gerade hier die größte Überzeugungsarbeit bei der Einführung der Reform erforderlich war. Die "Technik" könnte jedoch die Stärke der Gruppenarbeit besser nutzen.

Die fakultätsübergreifende Zusammenarbeit wird praktiziert. Insbesondere helfen sich Verwaltungs- und Vermessungspersonal bei der Bewältigung von Arbeitsspitzen aus.

Der Amtsleiter bleibt eingebunden, insbesondere durch die regelmäßigen Dienstbesprechungen mit den Projektleitern. Trotz der Delegation der Unterschriftsbefugnis werden alle wichtigen Vorgänge der Amtsleitung zur Kenntnisnahme zugeleitet.

Die Kontrakte wurden weitgehend erfüllt. Dabei ist aber festzustellen, daß nach außen wirkende Arbeitsziele fast ausnahmslos erfüllt und nicht so beliebte Arbeiten, wie Kataster- und Grundbuchberichtigung für weniger wichtig angesehen wurden.

Ein ständiges Suchen nach neuen Wegen zur Verfahrensbearbeitung ist zu erkennen, was für eine "Beschleunigung der Innovation" spricht. Eine intensive Betreuung der Teams durch Projektgruppen und Amtsleiter ist wichtig, um eine "babylonische Verwirrung" erst gar nicht zuzulassen. Hier sind insbesondere auch die erfahrenen Kräfte der Zentralgruppe gefordert, die durch Einzelberatung und Fortbildung das einheitliche Verwaltungshandeln sicherstellen sollen.



Keiner (fast keiner) will in das alte System zurück, wenngleich die Übernahme größerer Verantwortung für einzelne Bedienstete noch gewöhnungsbedürftig ist.

## 7.2 Negatives

Die Kontrakte werden verschiedentlich noch nicht ernst genug genommen. Einige identifizieren sich nicht mit dem Vereinbarten oder wollen lieber ein Arbeitspensum als Vorgabe haben, als selbst den eigenen Einsatz zu planen.

Die Anforderung an die Gruppenleiter ist groß. Deren Führungsqualitäten sind entscheidend für den Erfolg des Systems. Der Übergang vom Projektleiter und Sachbearbeiter für bestimmte Arbeitsabschnitte zum Manager ist nicht leicht.

Die Unsicherheit einzelner Mitarbeiter erschwert die Teamarbeit. Der ermüdende Versuch, als Einzelkämpfer Verfahren zu bearbeiten, statt die Erfahrung anderer und die Schlagkraft des Teams zu nutzen, ist insbesondere beim technischen Personal des ehemaligen Planungs- und Vermessungsbüros festzustellen. Dabei ist nicht zu verkennen, daß eingeschränkte Beförderungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich A12 und A 13 ein ungesundes Konkurrenzdenken und damit ein Abschotten hervorrufen.

Die Teams befinden sich durchweg noch in der Testphase, d. h. jeder sucht seinen Platz in der Gruppe. Die zweite und überaus wichtige Phase, in der geklärt wird, wer wen kontrollieren darf, erfordert noch einiges an Teamtraining.

Controlling ist für viele noch Kontrolle. Dieses wichtige Planungssystem wird von den Gruppen nur nach und nach angenommen werden.

Nicht zuletzt wird die neue Geschäftsordnung erst zum gewünschten Erfolg kommen, wenn durch REDAS und die graphischen Arbeitsplätze die Hard- und Softwarevoraussetzungen für modernes Arbeiten gegeben sind und auch einfache Bodenordnungsverfahren durchgehend automatisiert bearbeitet werden können.

## 7.3 Aus Fehlern lernen

Die Erkenntnisse aus dem ersten Testjahr sollen nun in die neuen Kontrakte einfließen. Insbesondere werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker in die Erarbeitung eingebunden, wodurch wir uns eine noch bessere Identifikation mit den Arbeitszielen erhoffen.

In Workshops werden gezielt Probleme angegangen, um jedem die Möglichkeit zu geben, optimale Lösungen zu erarbeiten und zu nutzen, ohne eigene Probleme zum Anlaß für Rückfragen nehmen zu müssen. In den Workshops kann auch dem oben geschilderten Konkurrenzdenken entgegengewirkt und die Vertrauensbasis erweitert werden.

Durch Teamtraining soll die Stärke der Gruppe gegenüber dem Einzelkämpfer deutlich gemacht werden. Durch weitere Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen Amtsleitung und den Gruppen sowie den Gruppen untereinander sollen die Akzeptanz für Controlling erhöht werden.

Abschließend kann nach einem Jahr Erfahrung mit der Neuorganisation festgestellt werden, daß die Erkenntnis der Wirtschaft

**“Teamarbeit ist eine wichtige, zeitgemäße, humane und erfolgreiche Form der Arbeitsbewältigung und damit die Organisationsform der Zukunft”**

für das Kulturamt Simmern übernommen werden kann.

## „Reform der Landeskulturverwaltung“\*)

- Erfahrungen aus der Sicht eines Produktionsgruppenleiters -

Obervermessungsrat Gerald Walther, Worms

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen !

Ich freue mich, Ihnen hier und heute einen Vortrag über:

### „Erfahrungen aus der Sicht eines Produktionsgruppenleiters“

nach einem knappen Jahr Reform halten zu können.

Einleitend werde ich kurz einige Anmerkungen zur:

1. **Ausgangssituation** aus der Sicht Produktion machen, anschließend

2. **Gesamtverantwortung der Gruppe**

dann zusammenhängend:

3. **prozeßorientiertes Handeln**

4. **Teamwork**

5. **Neugestaltung der Produktionsprozesse**

und abschließend

6. **die bisherigen Erkenntnisse** aus der Sicht unserer Gruppe beim Kulturamt Worms vortragen.

1. **Zur Ausgangssituation**

Die **bisherige Organisationsstruktur** ist Ihnen allen **bestens bekannt**. Es seien hier nur nochmals kurz die Schlagworte „Matrixsystem“, „fachbezogene Leitfunktionen“ und „**umsetzungsorientierte Büro- und Gruppenfunktionen**“ erwähnt.

Die **Schwächen** dieses Systems wie

- ☐ **schwache Position der Produktionseinheiten**
- ☐ **schwierige, unklare Prozeßverantwortlichkeiten sowie**
- ☐ **mehrere Wechsel in der Gesamtverantwortung eines Bodenordnungsverfahrens**

wurden bei vergangenen Tagungen bzw. in entsprechenden Veröffentlichungen ausführlich erarbeitet.

Die **alte Struktur** in der mir bis Ende 1995 zugeordneten Gruppe dürfte wohl **auf die meisten Ämter übertragbar** sein:

drei Fachhochschulingenieure Vermessung, drei Vermessungstechniker sowie ein weiterer technischer Mitarbeiter als Teil des Planungs- und Vermessungsbüros.

**Weiterhin waren für die uns zugewiesenen Verfahren u.a. tätig:**

verschiedene Personen aus

- ☐ dem „Verwaltungs- und Organisationsbüro“
- ☐ dem „Bautechnischen Büro“
- ☐ sowie der „Landespflegegruppe“.

Dies bedeutete z.B. in der Praxis:

- ☐ große Schwierigkeiten bei Ausfall einer vermessungstechnischen Arbeitskraft, da diese innerhalb der „Kleingruppe“ nicht ersetzt werden konnte (Ersatz erst nach entsprechend hohem Koordinierungsbedarf über LtB, BV I und andere PTB's).

Weiterhin waren **für die einzelnen Beamten** des mittleren und gehobenen Dienstes **und die vergleichbaren Angestellten** die jeweiligen **„Vorgesetztenfunktionen“ oft sehr schwierig**, es herrschte ein wahres „Sammelsurium“ an Vorgesetzten, was zwangsläufig immer zu Reibungsverlusten führte.

Durch die **Fragmentierung** in Büros kam es immer wieder **zu wechselnden Verantwortlichkeiten** bei den Verfahren, was sich in der Praxis oft als große Schwäche erwies, da sich irgendwann niemand verantwortlich fühlte (näheres läßt sich bestenfalls aus dem „gelben Ordner“ entnehmen).

\*) Rede anläßlich der Tagung des Höheren Dienstes der Landeskulturverwaltung am 10. 12.1996 in Emmelshausen

Weiterhin entstanden in jahrelanger gewohnter Arbeit **Automatismen, die die „Unflexibilität“ jedes einzelnen förderten**; ein **ständiges Hinterfragen bzw. Überprüfen einzelner Arbeitsschritte wurde erschwert**, wenn nicht sogar unmöglich gemacht.

Durch die **„Straffung der Organisation“** wurden die **„althergebrachten Strukturen“** durchbrochen. Das **magische Wort** heißt jetzt

## GRUPPEN - bzw. TEAMARBEIT.

In vielen Gesprächen und auch bei einem Seminar **„Teammanagement“**, das durch unsere Fachabteilung ermöglicht wurde, gab es immer wieder die Fragen:

- ☐ Was ist ein Team, was ist eine Gruppe ?
- ☐ Aus wievielen Personen sollten Team bzw. Gruppe bestehen ?

Die **Antwort** lautete dann: **„Im Allgemeinen sollte eine Gruppe bzw. ein Team aus nicht mehr als 12 Personen bestehen“**.

Wie sieht nun die **Realität bzw. Praxis** aus.

Die gesamte Gruppe, deren Leiter ich beim Kulturamt Worms bin, besteht aus:

- ☐ 7 Beamten des gehobenen vermessungstechnischen Dienstes, wovon einer als Projektleiter und stellvertretender Gruppenleiter tätig ist,
- ☐ 1 Beamter des gehobenen Verwaltungsdienstes
- ☐ 1 Dipl.-Ing. Landespflege
- ☐ 6 Beamten des mittleren vermessungstechnischen Dienstes
- ☐ 1 Verwaltungssachbearbeiter
- ☐ 1 Gartenbautechniker
- ☐ 1 Landwirtschaftssachbearbeiter und
- ☐ 3 sogenannten sonstigen Mitarbeitern

Insgesamt also 21 Personen und mit mir 22.

Diese Zahl übertrifft also die theoretischen Überlegungen zur Teamarbeit um ca. 100 %.

Ich vertrete die Auffassung, daß die **Frage der „Teamstärke“** bezogen auf die Landeskulturverwaltung **oft zu stark theoretisiert** wird. Es sind hier die **Zwänge der Praxis** zu beachten.

Nach meinem Verständnis sollte sich die **gesamte Produktionsgruppe als Team** verstehen.

Darüber hinausgehend möchte ich sogar sagen, daß die **gesamte 3-stufige Landeskulturverwaltung sich als „geistiges TEAM“** verstehen sollte, einschließlich Ministerium und Bezirksregierung als vorgesetzten Dienststellen.

Sie alle tragen die Gesamtverantwortung.

Bei uns in der **Produktionsgruppe** sieht es derzeit so aus, daß wir **2 Projektleiter** haben. Dies sind **1 Beamter des gehobenen Dienstes** (der ehemalige BV I) und **meine Person**.

Weiterhin haben wir **6**, ich möchte sagen, **Vermessungsteams**, bestehend aus je **1 gehobenen und 1 mittleren Dienst** sowie **1 Verwaltungseinheit** aus 3 Personen.

Der **Landespflegeingenieur, der Gartenbautechniker und der landwirtschaftliche Sachbearbeiter** werden **gruppenübergreifend tätig**, da hier bei uns im Amt kein weiteres Personal vorhanden ist.

Genauso werden **im Gegenzug** aus der anderen Produktionsgruppe in unserem Amt, der dort zugeordnete **Bauingenieur und der Bautechniker für uns tätig**.

Die jeweiligen **„Vermessungsteams“** in unserer Gruppe **sind nicht streng jeweils nur einem Projektleiter zugeordnet**. Dies wurde von **uns bewußt vermieden**, um von vornherein eine **Aufspaltung der Gesamtgruppe** in 2 Teilgruppen mit je einem Projektleiter und 3 Vermessungsteams **zu vermeiden**.

Mein Stellvertreter und ich versuchen, dies auch insoweit zu **unterstützen**, daß es bei uns in der Praxis **keine strenge Trennung** dahingehend gibt, daß nur der eine das Verfahren A und nur der andere das Verfahren B bearbeitet.

**Wir streben an**, weitestgehend den gleichen Wissens- und Informationsstand zu haben und **zusammen die jeweiligen Verfahren und die Gruppe zu leiten**.

## 2. Gesamtverantwortung der Gruppe

Die Gesamtverantwortung bezogen auf das bodenordnerische Tagesgeschäft ist von der jeweiligen Produktionsgruppe beim Kulturamt zu tragen.

Eine Frage, die sich im Zusammenhang mit der Neuorganisation wohl bei allen Kulturämtern stellen wird, ist:

**“Wie erreicht man es, daß künftig die Gruppe die Gesamtverantwortung für die von ihr zu erledigenden Arbeiten trägt?”**

**Wesentliche Voraussetzung** hierfür ist meiner Meinung nach, daß sich **jedes Gruppenmitglied** mit den übertragenen bzw. zu erledigenden Aufgaben identifiziert und **die Arbeitsziele mitträgt**.

In der Vergangenheit gab es bei uns oft in allen “Mitarbeiterbereichen” die Aussage: **“Das gesteckte Arbeitsziel im Verfahren XY ist nicht zu erreichen oder auch unrealistisch.”** Hintergrund dieser Aussage war oft, daß **die betroffenen Mitarbeiter bei der Absteckung der Arbeitsziele** (also vornehmlich auch der Zeitvorgaben) **nicht oder kaum beteiligt** wurden.

Damit dies in Zukunft nicht mehr geschieht, sollen **die Arbeitsziele für die von der Gruppe zu erledigenden Arbeiten in schriftlichen Vereinbarungen (oder auch Kontrakten) festgehalten werden**. Die Dauer der Kontrakte, die zwischen Amtsleitung und der Gruppe geschlossen werden, wird jeweils ein Jahr betragen.

Wir bei uns in der Produktionsgruppe im KA Worms haben diese **Arbeitsziele** für das Jahr 1997 in **Gruppenbesprechungen abgestimmt bzw. anhand der übergeordneten Zeitplanung abgeleitet**.

Mit dieser **Planung der Arbeitsziele**, die **von jedem Mitarbeiter mitgetragen** werden soll, wird jedem Gruppenmitglied ermöglicht, den ihm zur Bearbeitung zugewiesenen **Anteil an der Umsetzung der Planung** sinnvoll in den Gesamtplan und seine Teilziele **einzuordnen**.

Die **Festsetzung der Arbeitsziele** sollte hierbei so **konkret** sein, daß jeder **ersehen kann**, welchen Beitrag er innerhalb welcher Frist zu erbringen hat, **ohne** allerdings zu **detaillierte, auf Arbeitstage bezogene Vorgaben** zu machen.

Insbesondere die **Zusammenhänge zwischen den einzelnen zu erbringenden Beiträgen müssen herausgestellt werden**, damit jeder die **Auswir-**

**kungen nicht termingerechter Erledigung** auf die Verwirklichung der Gesamtplanung deutlich erkennt.

Hier wird ein **entscheidender Punkt der Gesamtverantwortung** der Produktionsgruppe deutlich, denn **es sind alle Arbeitsschritte zu planen** vom Beginn der agrarstrukturellen Vorplanung bis zum Verfahrensabschluß und der Archivierung.

Die **Beteiligung der Mitarbeiter** am Prozeß der Arbeitsplanung ist für jeden Vorgesetzten ein besonders geeignetes Mittel, einen **kooperativen Führungsstil zu praktizieren**, insbesondere die Mitarbeiter bzw. Gruppenmitglieder **zum Mitdenken und Mitgestalten zu motivieren** und ihre Arbeit auf die gemeinsame Aufgabenerfüllung auszurichten.

Mit der **Festsetzung von Arbeitszielen** in Vereinbarungen oder auch Kontrakten wird gleichzeitig auch ein **Instrument der Erfolgskontrolle** geschaffen und zwar nicht nur für den Gruppenleiter oder auch den Amtsleiter sondern **auch für die einzelnen Gruppenmitglieder**, die dadurch einen Maßstab für die Ausrichtung und Bewertung ihres eigenen Handelns erhalten. **Es können somit Schwachpunkte bei der Arbeitserledigung leichter festgestellt werden und Überlastungen bzw. Unterforderungen von Mitarbeitern besser erkannt werden**.

In der **Gesamtverantwortung** der Gruppe für das einzelne Bodenordnungsverfahren sowie in der **Arbeitsplanung bzw. Festsetzung der Arbeitsziele in Kontrakten** zeigt sich ein **entscheidender Punkt der Verbesserung durch Restrukturierung bzw. Reorganisation**, denn das jeweilige Bodenordnungsverfahren wird nicht mehr wie früher in verschiedenen Büros (Landwirtschaftsgruppe mit der AVP - Planungs- und Vermessungsbüro - Büro für Kataster- und Datenverarbeitung - Verwaltungsbüro) bearbeitet sondern im ganzen **von A-Z von der jeweiligen Produktionsgruppe**.

In den schriftlichen Vereinbarungen bzw. Kontrakten, die zwischen Amtsleitung und Gruppe abgeschlossen werden, sind bei uns derzeit u.a. enthalten:

- ☐ Personalzuweisung und Teameinteilung für das jeweilige Bodenordnungsverfahren
- ☐ Bedarf an Finanzmitteln sowie
- ☐ die Arbeitsziele für jedes Bodenordnungsverfahren für das jeweilige Jahr wobei folgende Arbeitsschritte aufgeführt sind:

- Feldvergleich
- Landschaftsbewertung
- Beginn und Ende der AVP
- Einleitungsbeschluß
- Legitimation
- Hebungen (also auch Ausgleichs- und Schlußhebung)
- Vorlage der Wertermittlungsergebnisse
- Prüfungen des Planes nach § 41 FlurbG sowie dessen Planfeststellung oder auch -genehmigung
- Ausbauplan
- Planwunschtermin
- Rohplanprüfung
- Rohplanvorlage und Planvorlage
- Besitzeinweisung
- Vorlage des Nachtrages I
- Übergabe von Landespflege, Gewässern und Wegen
- Grundbuch- und Katasterbuchberichtigung sowie Katasterberichtigung
- Schlußverwendungsnachweis
- Schlußfeststellung

Hierbei sollen **monatsweise Angaben** für den (je-  
weils im betroffenen Kontraktjahr) zu erledigenden  
Arbeitsschritte vereinbart werden.

Nach den Vereinbarungen bzw. Kontrakten, die in  
den Gruppenbesprechungen entscheidend mitge-  
prägt werden, möchte ich nun zusammenhängend  
die Punkte

3. **prozeßorientiertes Handeln**
4. **Teamwork**
5. **Neugestaltung der Produktionsprozesse**  
darstellen.

**Durch** das erwähnte **TEAMWORK** sollen die bei-  
den Punkte "prozeßorientiertes Handeln" und "Neu-  
gestaltung der Produktionsprozesse" **bewirkt, er-  
möglicht bzw. gefördert** werden.

Hierbei ist es besonders **wichtig**, jedem Gruppen-  
mitglied zu zeigen, daß die **zeitgerechte Durchfüh-  
rung der von ihm zu erledigenden Arbeit nicht  
nur für das jeweilige Bodenordnungsverfahren  
sondern für die gesamte Arbeitsplanung der  
Gruppe** entscheidend ist.

Gleichzeitig soll aber auch allen Gruppenmitgliedern  
verdeutlicht werden, daß z.B. **auch die einfache  
Zeichenkraft entscheidend** zur Einhaltung der Ar-  
beitsziele beiträgt.

**Jeder einzelne sollte sich als Rad in einem Uhr-  
werk verstehen und von allen anderen auch als  
solches anerkannt werden.**

Dieses Verständnis kommt **gleichzeitig** auch dem  
**menschlichen Grundbedürfnis nach Anerken-  
nung** nach und dürfte somit wohl **auch der Moti-  
vation dienen.**

Die bereits mehrfach erwähnten **Gruppenbespre-  
chungen tragen** hierzu meiner Meinung nach **ent-  
scheidend bei**, denn sie sollen **mehrere Effekte**  
mit sich bringen.

- ☐ Alle Gruppenmitglieder **erhalten wichtige Infor-  
mationen aus dem Bereich der einzelnen Mit-  
arbeiter.**
- ☐ Dem Gruppenleiter wird ermöglicht, **alle Mitar-  
beiter unmittelbar und gleichzeitig über die  
wesentlichen Entwicklungen und Überlegun-  
gen**, die diese kennen müssen, um ihre Aufga-  
ben wirksam erfüllen zu können, **zu unterrich-  
ten** (insbesondere auch Hintergrundinformatio-  
nen).
- ☐ **Zielvereinbarungen können rasch und ab-  
schließend getroffen werden**, weil die erfor-  
derlichen inhaltlichen und zeitlichen Abstimmun-  
gen grundsätzlich in einem Termin vollzogen  
werden können.
- ☐ **Grundsatzentscheidungen und Arbeitspro-  
gramme können gemeinsam** erarbeitet wer-  
den.
- ☐ Die Auseinandersetzungen mit den Argumen-  
ten anderer fördert den kooperativen Arbeitsstil,  
setzt schöpferische Kräfte frei und trägt zur Ent-  
faltung der Persönlichkeit bei.

- ☐ Gruppenbesprechungen wecken das Interesse und Verständnis für Fragen, die die Gruppen insgesamt betreffen. Das Bewußtsein, bestimmte grundlegende Ziele nur in gemeinsamer Anstrengung erreichen zu können, begünstigt den Gruppenentwicklungsprozeß, der sich naturgemäß erst langsam einstellen kann und nicht von selbst funktioniert.

Weiterhin sollen:

- ☐ alle Gruppenmitglieder **über die derzeitigen Arbeitsstände informiert** werden,
- ☐ ein **reger Gedanken- und Informationsaustausch** erfolgen,
- ☐ **Schwierigkeiten bzw. Probleme** bei der Einhaltung der Arbeitsziele möglichst **schnell offenbart** werden, um ein entsprechendes **Entgegenwirken zu ermöglichen**,
- ☐ ein „prozeßorientiertes Handeln“ und eine „Neugestaltung der Produktionsprozesse“ ermöglicht werden.

Andererseits müssen die Gruppenbesprechungen zeitlich aber so angesetzt und auch begrenzt sein, daß die tägliche Arbeit nicht eingeschränkt wird.

Eine **Bündelung von Einzelsprachen** der Gruppenleitung mit seinen Mitarbeitern **hat hier** sicherlich **nicht stattzufinden**.

Die **Gruppenbesprechungen** werden von uns **monatlich** durchgeführt (bei Bedarf auch kurzfristig). Folgende Themen wurden unter anderem behandelt:

- ☐ Sachstandsberichte der einzelnen Gruppenmitglieder (Einhaltung bzw. Abweichung von Arbeitszielen)
- ☐ Allgemeiner Geschäftsablauf
- ☐ Arbeitsplanung 1996
- ☐ Arbeitsplanung 1996-2000
- ☐ Vereinfachungsvorschläge des „Gelben Ordners“ sowie Diskussion über einzelne Punkte
- ☐ Vermarktungsmethoden bei der Plan- bzw. Wege- und Gewässernetzabsteckung
- ☐ Strukturanalysen / Bodenordnungskonzepte in Dorfflurbereinigungen
- ☐ AVP-Verzicht (Thema: Flächenbegrenzung 100 ha)

- ☐ Fortbildungsbedarf (insbesondere amtsintern)
- ☐ Arbeitsplanung 1997 - Vorbereitung der Vereinbarung

Insbesondere das **„Hinterfragen“ der einzelnen Prozeßschritte**, d.h. ist der einzelne Prozeßschritt im Verfahren XY notwendig, **kann auf ihn nicht verzichtet werden** und wenn nicht, **wie ist eine Vereinfachung möglich**, waren immer wieder **Thema** in den einzelnen Besprechungen.

Es erscheint mir hierbei unter Berücksichtigung des bisherigen Bürosystems mit seinen eingefahrenen Automatismen **besonders wichtig**, jedem einzelnen Gruppenmitglied plausibel zu machen, **über „althergebrachte“ Vorgehens- und Arbeitsweisen nachzudenken**.

Dies **führt** zwangsläufig auch **zu einer „Neugestaltung der Produktionsprozesse“ im Sinne einer zeitlichen und finanziellen Optimierung**. So wurden z.B. bei diesen Besprechungen folgende **Vorschläge bzw. Gedanken erarbeitet**, die mittlerweile auch von unserer Fachabteilung beim Ministerium aufgegriffen wurden:

- ☐ **Notwendigkeit der Abmarkung** von Grenzen zwischen öffentlichen Straßen und angrenzenden anderen öffentlichen Flächen (konkreter Fall war ein Autobahnverfahren mit der Autobahntrasse und angrenzenden Wegen, Gewässern bzw. Landespflegeflächen) oder auch
- ☐ **Änderung der Verwaltungsvorschrift zur agrarstrukturellen Vorplanung**, nach der bis zum damaligen Zeitpunkt in Feldlagenverfahren nach den §§ 86 oder 91 nur auf die AVP verzichtet werden konnte, wenn die Verfahrensfläche maximal 100 ha beträgt und eine eindeutige Zielvorgabe vorliegt.
- ☐ Weitere Gedanken zur Verfahrensoptimierung im EDV-Bereich werden derzeit erarbeitet (Konkretes hierüber soll bis zur Geschäftsbesprechung vorliegen).

Es wurden aber auch **aufgrund dieser Gruppengespräche konkrete Vereinfachungsvorschläge angewendet bzw. umgesetzt**, so z.B. in einem Verfahren die Bündelung dreier Vorschläge zum Thema **„Wertermittlung“** und zwar

- ☐ Zusammenfassung von Einleitungs- und Abschlußtermin zur Wertermittlung
- ☐ Übernahme der amtlichen Bodenschätzungsergebnisse und

- ☐ Reduzierung der Wertermittlungsklassen

Näheres hierzu kann den neuen Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung entnommen werden.

## 6. bisherige Erkenntnisse

Mit der seit Anfang 1996 **zunächst** für zwei Jahre beim Kulturamt Worms probeweise eingeführten Neuordnung wurden wir **alle quasi "ins kalte Wasser geworfen"**. Dies soll aber keine negative Wertung sein, denn "wenn man schwitzt, ist kaltes Wasser oft sehr erfrischend".

Eine Erfrischung im übertragenen Sinne wird der Landeskulturverwaltung sicherlich nicht schaden.

Nach einem knappen Jahr als Produktionsgruppenleiter ergeben sich aus meiner Sicht folgende Erkenntnisse:

- ☐ Wenn eine Neuorganisation durchgeführt werden soll, ist **eine frühzeitige umfassende Mitarbeiterinformation unbedingt notwendig**, d.h. es sollte auf gar keinen Fall das Gefühl entstehen, daß mit "verdeckten Karten" gespielt wird.
- ☐ **Bei keinem Mitarbeiter** im Amt darf man den Eindruck entstehen lassen, daß er **abgeschoben, kalt gestellt oder degradiert** werden soll.
- ☐ Das **hierarchische Denken muß auf allen Führungsebenen abgebaut werden**, denn nur so kann ein eigenverantwortliches Mitarbeiten und Denken aller Mitarbeiter belebt werden.
- ☐ Eine reibungsfrei funktionierende Gruppen- bzw. **Teamarbeit muß sich entwickeln** können. Sie kann nicht kurz- sondern nur mittelfristig erreicht werden.
- ☐ Die Anforderungen an alle Gruppenmitglieder zu einer Zusammenarbeit im Sinne von "TEAMWORK" sollte zumindest durch **Seminare** (gegebenenfalls mit Einschaltung geeigneter Trainer im Amt) begleitet werden. Hierbei ist zu überdenken, ob man das **Seminar "TEAMWORK" in Emmelshausen im Bedarfsfall jeweils für eine komplette Gruppe eines Amtes** durchführt.
- ☐ Soweit möglich sollte eine Neuorganisation innerhalb der Ämter begleitet werden von einer **Umsetzung**, in dem Sinne, daß die einzelnen Gruppen nach Möglichkeit **räumlich zusammensitzen** (kurze Wege).
- ☐ Ein **ständiger intensiver Gedanken- und Informationsaustausch** ist unbedingt zu gewährleisten und zwar nicht nur innerhalb der einzelnen Gruppen bei den jeweiligen Ämtern sondern **auch innerhalb des gesamten Amtes bzw. auch zwischen Amt, Oberer und Oberster Flurbereinigungsbehörde**, denn was hilft ein Vereinfachungs- oder Verbesserungsschritt, wenn nicht auch andere von ihm profitieren können.
- ☐ Die **Produktionsgruppenstärke von ca. 20 Personen ermöglicht erst ein kurzfristiges Reagieren bei Arbeitsengpässen**.
- ☐ Die **ganzheitliche Bearbeitung des Verfahrens** in der Gruppe, also bereits ab der agrarstrukturellen Vorplanung, **führt zu einer stärkeren Identifizierung**.
- ☐ Die **strenge Zuordnung einer "Verwaltungseinheit"** zu einer Produktionsgruppe ist als durchgehend positiv zu bezeichnen.
- ☐ Das **Anforderungsprofil an den Gruppenleiter** wird in Zukunft immer stärker **durch Führungsfunktionen im Sinne eines kooperativen oder auch situationsbezogenen Führungsstils geprägt** sein. Der reine bodenordnerische Sachverstand ist hier sicherlich nicht ausreichend.
- ☐ **Gruppenentwicklung und Gruppenarbeit ist nicht etwas, was die Mitarbeiter passiv hinnehmen, sondern etwas, was sie aktiv mitgestalten sollten und nach meinen Erfahrungen auch wollen**.

Abschließend möchte ich sagen, daß **mit dem** in der rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung eingeschlagenen **Reformweg nicht nur das Interesse der Politik sondern auch das Interesse aller Mitarbeiter geweckt** wurde.

Die **Bereitschaft** zur Team- bzw. Gruppenarbeit ist nach anfänglichen Bedenken bzw. Berührungsängsten **bei allen Mitarbeitern vorhanden**.

**Bei entsprechender Offenheit der jeweiligen Gruppenleiter sowie bei weiteren Schulungen und Seminaren zu dem Thema "Team-Arbeit" werden sich Leistungs- und Effizienzsteigerungen trotz sinkender Finanzmittel und Personalabbau einstellen**. Wer jedoch unser Tagesgeschäft kennt, weiß, daß dies **nicht kurzfristig von heute auf morgen** erreicht werden kann.

Es ist zu hoffen, daß die letztendlich entscheidende Politik dies auch versteht.

# Die neue Geschäftsordnung aus der Sicht eines Produktionsgruppenleiters\*)

Vermessungsdirektor Gerd Hausmann, Worms

## Einleitung

Als ich vom Kollegen Semar als Vorsitzenden der LVT vor einiger Zeit gebeten wurde, diesen Vortrag zu halten, habe ich zunächst gezögert, ihm zuzusagen, weil in Bezug auf die neue Geschäftsordnung und die Umstrukturierung zwei Seelen in meiner Brust wohnen.

Seit 18 Jahren als PtB beim Kulturamt Worms habe ich die alte Geschäftsordnung ca. 14 Jahre und dann die GOKA '92 kennengelernt.

Seit dem 1.1. dieses Jahres ist u.a. beim Kulturamt Worms als Probeamt die neue Geschäftsordnung in Kraft gesetzt. Es ist also ein dreiviertel Jahr, in dem Erfahrungen aber auch Fehler gemacht werden konnten.

Es handelt sich um eine **persönliche** Erfahrung, die sicherlich nicht unbedingt auf alle Produktionsgruppen, auch nicht in Worms, übertragbar ist, da die Ausgangssituation in jedem Amt und jeder Gruppe aus dem Personalbesatz heraus unterschiedlich sein kann.

Es hieße Eulen nach Athen tragen, näher auf die bisherigen Geschäftsordnungen einzugehen, aber einige Anmerkungen zu der **Ausgangssituation** sind doch erforderlich, bevor die neuen Strukturen wie

- ☐ **Defragmentierung der Arbeitsprozesse, Auflösung der Büros**
- ☐ **Teamwork**
- ☐ **Projektmanagement**
- ☐ **Kontraktmanagement**

betrachtet werden und zum Abschluß persönliche Anmerkungen zu den **bisherigen Erkenntnissen** getroffen werden.

## 1. Ausgangssituation

Wie war es bisher und ist es noch in der Mehrzahl der Kulturämter?

Die bisherige Organisationsstruktur war geprägt durch ein Matrixsystem aus fachbezogenen Leitfunktionen und fachorientierten Büros- und Gruppen.

Es herrschte eine ausgeprägte Arbeitsteilung mit

- ☐ **schwacher Position der Produktionseinheiten**
- ☐ **schwierigen, unklaren Prozeßverantwortlichkeiten**
- ☐ **mehreren Wechseln bei der Gesamtverantwortung eines Bodenordnungsverfahrens.**

Den ihm zugeordneten „Vermessungsteams“ war der PtB **nur** in Verfahrensfragen weisungsbefugt.

Die übrigen in den Verfahren eingesetzten Mitarbeiter aus **Verwaltung, Bau, Landespfl ege und Landwirtschaft** unterstanden nicht seiner Weisungsbefugnis und in anderen Vorgesetztenverhältnissen. Wie gut oder schlecht die Zusammenarbeit mit diesen „**externen**“ Mitarbeitern funktionierte, hing ganz allein von dem guten Willen der jeweiligen Mitarbeiter und persönlichen Beziehungen ab.

Die Frage des Einsatzes des technischen Personals lag - auch nach der GOKA 92 - in den Händen des LtB bzw. der Bürovorsteher.

Für den PtB bedeutet dies:

- ☐ der Einsatz des vermessungstechnischen Personals unterlag nicht seiner Kontrolle. Bei Arbeitsengpässen wurde z.B. Personal in andere Verfahren abgezogen und dies, so steht es in der GOKA '92, obwohl er für die zeit- und sachgerechte Erledigung der Verfahren verantwortlich war.
- ☐ Umgekehrt mußte der „Ersatz“ beim Ausfall einer vermessungstechnischen Arbeitskraft im **Vermessungsteam** über den leitenden techni-

\*) Vortrag anläßlich der Fortbildungsveranstaltung und Mitgliederversammlung der Landesvereinigung der technischen Angestellten und Beamten der Landeskulturverwaltung (LVT) am 15.11.1996 in Worms



schen Beamten bzw. den Bürovorsteher Planung und Vermessung besorgt werden.

- ☐ der Einfluß auf die „externen“ Mitarbeiter aus den anderen Büros war gering, auf die Arbeitserledigung bestand kaum Einfluß durch den PtB.
- ☐ die Verantwortung für das Verfahren begann für den PtB nach der GOKA '92 zwar mit Einleitung, jedoch **nicht** für alle Verfahrensschritte (z.B. Wertermittlung) und endete mit der Aufstellung des Nachtrages I.

Umgekehrt bedeutete es für die **einzelnen Mitarbeiter** im vermessungstechnischen Dienst:

- ☐ Vorgesetzter allgemein war der leitende technische Beamte
- ☐ Vorgesetzter im Rahmen der ihm obliegenden Aufgaben der Bürovorsteher Planung und Vermessung
- ☐ Vorgesetzter im Verfahrensangelegenheiten der planende technische Beamte
- ☐ Weisungsbefugt (?) in Fragen der Wertermittlung und der Widerspruchsbearbeitung nach dem Nachtrag I der höhere nichttechnische Beamte

Zusammenfassend kann man sagen, daß ein Sammelsurium an Vorgesetztenverhältnissen herrschte, was zwangsläufig zu Reibungsverlusten führen mußte.

Mit der Einführung der neuen Organisation sind entscheidende Änderungen eingetreten, so daß diese Probleme in den Hintergrund treten.

## 2. Defragmentierung der Arbeitsprozesse, Auflösung der Büros

Durch die Auflösung der Büros sollen die neuen Produktionsgruppen durch Zuweisung entsprechenden Personals in die Lage versetzt werden, autark Bodenordnungsverfahren von Vorplanung bis Aktenweglegung in eigener Verantwortung durchführen zu können.

Ist dieser Gedanke aber neu? Wie viele Kollegen bestätigen werden, wurde bei den Geschäftsordnungsdebatten Mitte/Ende der siebziger Jahre bereits die Auflösung des Bürosystems hin zu einer vergleichbaren Organisationsstruktur angestrebt.

Auch bei den Diskussionen zur GOKA 1992 wurde seitens der PtB's auf ein solches Modell hingewirkt, ohne daß man sich jedoch durchsetzen konnte.

**Aber:** Der Grundgedanke kann noch so gut sein, wesentlich ist aber, wie er umgesetzt wird bzw. von den personellen Rahmenbedingungen und anderweitigen Vorgaben her vollzogen werden kann.

Die Neuorganisation bedingt, daß von dem zur Verfügung stehenden Personal vorab für andere, größtenteils neue Aufgaben (z.B.: Controlling, Produktentwicklung) Mitarbeiter abgestellt werden müssen. Hinzu kommt, unabhängig von der Umstrukturierung, noch die Systembetreuung.

In Worms stehen in der **Summe** z.B. nicht mehr Mitarbeiter der Produktion zur Verfügung als vor der Umorganisation. Die Mitarbeiter aus der ehemaligen Katasterberichtigung sind, wenn auch nicht in Person, so doch in der Summe in den neuen Funktionen aufgegangen.

Gleichzeitig haben die neuen Produktionsgruppen einen Aufgabenzuwachs in Form von Vorplanung, Katasterberichtigung, Projektmanagement und Controlling erhalten.

Als Folge der Umstrukturierung muß daher bereits eine Effektivitätssteigerung erfolgen, wenn die gleiche Leistung gehalten werden soll, von einer Leistungssteigerung ganz zu schweigen. D.h. die angedachten und tlw. bereits eingeführten Vereinfachungen im Produktionsprozeß müssen zu greifen beginnen und die technischen wie rechtlichen Voraussetzungen für eine effektive Arbeit schnellstmöglich geschaffen werden.

Trotz vieler heißer oft auch kontroverser Diskussionen war im Nachhinein betrachtet die eigentliche Umorganisation zumindest in Teilbereichen eher unproblematisch.

Die vorhandenen **Vermessungsteams** mit ihren jeweiligen Verfahren wurden auf die beiden Produktionsgruppen neu verteilt. Der Bezug der Teams zu den ehemaligen PtB's blieb bei der Gruppeneinteilung weitestgehend erhalten. In geringem Umfang wurden anstehende Verfahren neu verteilt (**Stichwort:** regionale Schwerpunktbildung).

Bei zwei vorhandenen **Verwaltungsteams** und zwei Produktionsgruppen war die Umsetzung in diesem Bereich ebenfalls unproblematisch. Nur in wenigen Fällen war dort die Übertragung von Verfahren auf einen anderen Bearbeiter notwendig.

In den **anderen Fachbereichen** entstanden dann die Schwierigkeiten. Nach Abzug der für andere Zwecke benötigten Mitarbeiter standen für die beiden Produktionsgruppen nur ein **Bautechnikteam**, ein **Landespflege-team** und vorübergehend eine Arbeitskraft aus dem Bereich **Landwirtschaft** zur Verfügung.

#### Das bedeutet:

- ☐ die landwirtschaftliche Kompetenz ist in den Produktionsgruppen **nicht** vorhanden. Zur Zeit werden diese Aufgabe per Kontrakt in der Gruppe Produkt- und Landentwicklung weitestgehend mit wahrgenommen.

Für den Vorplanungsbereich, der in der Produktionsgruppe erfolgen soll, steht letztendlich dort kein Personal zur Verfügung. Eine Teilübertragung dieser Aufgabe auf den GD Vermessung kann nur mittelfristig ins Auge gefaßt werden, wenn dieser durch Arbeitsvereinfachungen entlastet und an die neuen Aufgaben herangeführt wird. Dabei ist aber auch zu beachten, daß er auch Tätigkeiten aus ehemaligen ptB-Bereich wahrnehmen muß.

- ☐ die landespflegerische und die bautechnische Kompetenz steht nicht in jeder Produktionsgruppe zur Verfügung. Diese Aufgabe wird auf dem Kontraktwege durch Mitarbeiter aus der jeweils anderen Produktionsgruppe wahrgenommen.

D.h. die reine Lehre der autarken Gruppen war also in Worms **nicht** zu realisieren, wobei sich allerdings die Frage stellt, ob eine vollständige Besetzung jeder Produktionsgruppe, insbesondere auch im Hinblick auf den VTG, notwendig und sinnvoll wäre.

Zwei weitere Problempunkte bei der Neuorganisation in der von mir geleiteten Produktionsgruppe sollen ebenfalls nicht verschwiegen werden.

- ☐ Nur ein Teil der Kollegen wurde für die neue Managementfunktion "Gruppenleiter" ausgewählt. Den übrigen PtB's wurden allerdings auch **wesentlich mehr Kompetenzen einräumt** als sie vorher hatten. Dies wurde allerdings von einzelnen PtB's nicht hinreichend gesehen.
- ☐ Durch die Zuordnung der Verfahren und damit des entsprechenden vermessungstechnischen Personals zu den beiden HD zerfällt die Gruppe aufgrund des derzeitigen Personalbestandes in HD faktisch in zwei Untergruppen. Dies ist nicht gewollt, ergibt sich aber zur Zeit mehr oder weniger zwangsläufig.

### 3. Teamwork

Zusätzlich zu der Umgruppierung ist aus der Industrie die Gruppenarbeit oder Teamwork übernommen worden.

Dabei ist Teamwork in unserer Verwaltung nicht neu. Trotz des hierarchischen Aufbaus hat auch bisher in kleinerem Kreis Teamwork stattgefunden. Die bisherigen AVS und VS bildeten zusammen mit dem PtB und ggfls. weiteren Mitarbeitern schon immer ein Team, in dem sich gegenseitig Unterstützung gewährt und Ausfälle soweit als möglich ausgeglichen wurden, auch wenn dabei der Einzelne Arbeiten ausführte, die nicht zu seinen originären Aufgabenbereich gehörten.

Teamwork ist auch kein ein eigenständiger Schritt im Rahmen der Reorganisation, sondern eine logische Folge der Defragmentierung der Arbeitsprozesse. Waren bisher für die einzelnen fragmentierten Prozeßschritte Büros mit eigenen Hierarchien zuständig, so arbeiten heute im gesamten Produktionsprozeß Mitarbeiter ehemals gleicher Hierarchiestufen zusammen. Dies kann nur als Teamwork funktionieren, indem die Mitarbeiter gleichberechtigt an dem Produktionsprozeß beteiligt sind.

Eine Alternative hierzu gibt es nicht, es sei denn man wollte, daß der Produktionsprozeß wieder fragmentiert wird oder daß durch Bestimmung eines Teammitglieds als Teamleader neue Hierarchiestufen geschaffen werden.

#### Es stellt sich aber jetzt die Frage, was ist das Team.

In vielen Gesprächen und auch bei einem Seminar in Emmelshausen, wurde dieses Thema immer wieder erörtert. Die von mir geleitete Produktionsgruppe besteht aus 30 Personen, wäre also nach gängiger Definition, wonach ein Team bis 12 Personen stark sein sollte, viel zu groß.

Ich persönlich neigte zunächst zu der Auffassung, daß das bisherige Vermessungsteam verstärkt durch Verwaltung, Landespflege, Bau und Landwirtschaft **das** Produktionsteam sei. Die personelle Ausstattung mit 7 bis 10 Personen würde dem entsprechen.

Nach den §§ 3 Nr. 3 und 8 Nr. 4 des Entwurfes der neuen Geschäftsordnung werden innerhalb der Gruppen bedarfsorientiert Teams bzw. Produktionsteams gebildet. Dies bedeutet nichts anderes, daß bei Eintritt eines konkreten Bedarfes = Verfahren ein Team (Produktionsteam) zusammengestellt wird, in welchem alle Fakultäten in kollegialen Arbeitsstrukturen zusammenarbeiten.

In Bezug auf die Produktion eines bestimmten Bodenordnungsverfahrens ist daher nicht die gesamte Gruppe das Team, nur weil alle in der Gruppe Bodenordnung betreiben. In der Autoindustrie bezeichnet man auch nicht das gesamte Werk als Team, nur weil dort alle Autos herstellen. Teams sind dort gebildet für die Produktion von Kleinwagen = 250 ha BZ-Verfahren oder für die Produktion von 38 Tonnern = 2000 ha Integralverfahren. Bei genauem Hinsehen wird man allerdings noch feststellen, daß in der Industrie selbst Kleinwagen nicht von einem Team gebaut werden, sondern nur Teile davon.

Andere Kollegen definieren die gesamte Gruppe als Team, damit im Team über die größere Anzahl von Personen Arbeitsspitzen oder Personalausfälle aufgefangen werden können.

Das kann genauso richtig sein. Die Koordinierung der Produktionsteambesetzungen und der Zeitplanung der in der Gruppe anstehenden Bodenordnungsverfahren und anderes weckt, wie die Produktion selbst, einen Bedarf für Teambildung. Für diesen Bedarf ist dann ein anderes Team zu bilden. In diesem Fall kann auch die ganze Gruppe das Team sein.

#### 4. Gesamtverantwortung der Gruppe oder Teams

Auch diese Festlegung ist nicht isoliert von den übrigen Umstrukturierungsmaßnahmen, sondern wiederum eine logische Folge des Teamworks.

Eine Gruppe von Menschen, die gleichberechtigt zusammenarbeitet, kann auch nur insgesamt für das Ergebnis verantwortlich sein.

#### 5. Projektmanagement

Die Aufgabenstellungen des Projektmanagements, die Möglichkeiten, aber auch immensen Schwierigkeiten, in Bezug auf die Übertragung auf Bodenordnungsverfahren, waren bereits Gegenstand mehrerer Veröffentlichungen, so daß hier nicht näher darauf eingegangen werden muß.

Nur eines sollte bedacht werden: Zeitplanungen sind nur so gut wie die zugrunde liegenden Basisdaten. Der Zeitbedarf unterscheidet sich von Verfahren zu Verfahren recht erheblich. Dies ist nicht nur abhängig von der Größe des Verfahrens, sondern ganz wesentlich von den Wünschen und Vorstellungen der Menschen, denen wir unser Produkt anbieten.

Es ist zwar richtig, daß ein Bodenordnungsverfahren wie ein Auto fast immer aus den gleichen Teilen zusammengestellt wird, **aber** eine Bodenordnung ist kein Fließbandprodukt, das einmal rot grün oder blau ist oder 70 , 100 oder 150 PS hat, sie ist ein Prototyp.

Und außerdem ist sie extrem von externen Faktoren abhängig, auf die so gut wie kein Einfluß besteht.

#### 6. Kontraktmanagement

Die Vereinbarung von Arbeitszielen ist ein wesentlicher Bestandteil für die zukünftige Arbeit und für die Motivation der Mitarbeiter. Arbeitsziele werden vom Team erarbeitet, mit der nächsten Hierarchiestufe vereinbart und damit auch von allen Teammitgliedern getragen.

Dies setzt aber voraus, daß ein Verfahren zeitlich überschaubar ist und für die Teammitglieder kalkulierbar wird (Projektmanagement).

#### 7. Persönliche Erfahrungen

Zum Schluß seien mir noch ein paar persönliche Anmerkungen gestattet.

Zur Zeit fühle ich mich in der Gruppe als "Mädchen für alles". Probleme und Problemchen dienstlicher aber auch privater Natur kommen konzentriert auf mich zu. Probleme die sich bisher auf die PtB's, den LtB und die Bürovorsteher verteilt haben. Dafür ist der Gruppenleiter auch da. Aber er muß den notwendigen Freiraum hierfür haben.

Der Entwurf der GOKA sieht eine Aufgabenverlagerung vor allen Dingen aus dem ehemaligen PtB-Bereich auf die Sachgebietsleiterebene vor. Aber soweit sind wir leider noch nicht. Die zeitliche Verfügbarkeit der Sachgebietsleiter für die Übernahme von Aufgaben besteht noch nicht. Diese müssen sich erst die notwendigen Freiräume schaffen. Hier bestehen starke Abhängigkeiten von der Vereinfachung der Verfahrensabläufe und der technischen Ausstattung.

Das heißt, zur Zeit muß ich alle klassischen PtB-Aufgaben von einigen Ausnahmen abgesehen noch selbst wahrnehmen. Dazugekommen sind aber Aufgaben von AL, HntB, Landwirtschaftsgruppe, den Bürovorstehern und die gruppenspezifischen Angelegenheiten.

Deshalb an alle, die eine technische Ausbildung haben, einige Anregungen:

Wie in so vielen technischen Berufen beschränkte sich die Ausbildung sowohl während des Studiums als auch während der Referendarzeit auf die Vermittlung von Fachwissen. Mitarbeiterführung, aber auch Arbeitsplanung u.ä. standen nicht auf dem Ausbildungsplan. Ein Ausbildungsmanko, an dem offensichtlich auch gelegentlich die Führung in Wirtschaftsunternehmen scheitert.

Es blieb jedem Einzelnen überlassen, inwieweit er sich mit diesem Thema befaßte und wie dies so üblich ist, werden diese Themen erst akut, wenn man selbst in die konkrete Situation kommt.

Der bisherige hierarchische Verwaltungsaufbau gab den planenden technischen Beamten wenig Gelegenheit, Führungsverhalten zu lernen. Nach der GOKA '64 war der PtB nichts anderes als ein gut bezahlter Sachbearbeiter mit den Spezialfunktionen "Plan nach § 41 FlurbG" und "Flurbereinigungsplan".

Personalentscheidungen, Verfahrensleitung, Terminwahrnehmung u.ä. lagen in anderen Händen.

Da sich die neuen Produktionsgruppenleiter voraussichtlich alle aus den Reihen der ehemaligen PtB rekrutieren werden, stehen alle vor der Situation, daß sie in ein völlig neues Betätigungsfeld eintreten. Ich empfehle jedem, sich daher vorab auf die neue Situation einzustellen.

Und allen Gruppenmitgliedern empfehle ich, sich selbst in Fragen des Teamworks kundig zu machen und vor allen Dingen nicht nur zu wissen, was das ist, sondern auch die innere Bereitschaft mitzubringen, zusammen mit anderen an einem gemeinsamen Ziel zu arbeiten.

Und noch ein Wort zum Schluß:

Aus vielen sachlichen Gründen kann es **keinen Weg zurück** geben. Hierüber dürfen auch einige Probleme, die ich aufgezeigt habe, nicht hinwegtäuschen.

## Umsetzung der Neuorganisation\*)

### - Erfahrungen aus der Sicht eines Produktionsgruppenleiters -

Obervermessungsrat Johannes Pick, Bernkastel

#### 1. Einleitung

Nachdem mein Kollege und Vorredner die Erfahrungen aus einem südlicher gelegenen Amt vorgebracht hat, möchte ich Ihnen nun sozusagen die "Nordansicht" präsentieren. Sie haben von mir keinen langen Vortrag zu erwarten, sondern lediglich eine kurze Zusammenfassung über die bisherigen Erfahrungen. Diese Zusammenfassung enthält erste Eindrücke über die Auswirkung der Neuorganisation. Diese Eindrücke haben nicht den Anspruch auf Objektivität, sondern sind subjektiv geprägt.

#### 2. Zeitablauf der Neuorganisation im Kulturamt Bernkastel-Kues

Wenn man von Neuorganisation redet, muß man auch den zeitlichen Rahmen betrachten, innerhalb welchem sich die Veränderung abspielt.

Als Startzeitpunkt für die Einführung der Neuorganisation sehe ich den Zeitpunkt an, an dem die Kontrakte über das Arbeitsprogramm 1996 im Kultur-

amt von allen Kontraktpartnern einvernehmlich vereinbart worden sind, also von den Kontraktpartnern unterschrieben wurden. Dieser Zeitpunkt war der April 1996. Ich erwähne diesen Zeitpunkt ganz bewußt, weil ich der Meinung bin, daß sich erst ab diesem Zeitpunkt die Neuorganisation unmittelbar auf den Arbeitsablauf ausgewirkt hat.

Die Kontrakte im Kulturamt Bernkastel-Kues haben folgende Bestandteile:

- ☐ Organisationsplan des Amtes
- ☐ Teamübersicht der einzelnen Gruppen
- ☐ Mittelfristige Finanzplanung
- ☐ Arbeitsziele 1996, welche sich gliedern in:

\*) Vortrag bei der Mitgliederversammlung der Landesvereinigung der technischen Beamten und Angestellten der Landeskulturverwaltung (LVT) 1997 in Worms

- ☐ Arbeitsziele 1996 (GBBer., KatBer., Schlußfestst.)
- ☐ Arbeitsziele AVP 1996 und Anordnung von neuen Verfahren
- ☐ Arbeitsziele 1996 verfahrensbezogen mit detaillierter Angabe von einzelnen Verfahrensschritten
- ☐ Arbeitsziele 1996 / 1997 (Aufsummation getrennt nach Verfahrensart).

Der Kontrakt wurde abgeschlossen zwischen Amtsleitung, Gruppenleitung, Projektleiter und allen Sachgebietsleitern der Arbeitsgruppe. Dies wurde durch die entsprechenden Unterschriften dokumentiert.

### 3. Organisationsform im Kulturamt Bernkastel-Kues

Das Kulturamt Bernkastel hat als Pilotamt die Organisationsform umgesetzt, die in dem Entwurf der neuen Geschäftsordnung vorgegeben ist. Das heißt, im Amt sind eine Zentralgruppe, eine Gruppe Produkt- und Landentwicklung und 2 Produktionsgruppen installiert.

Die Produktionsgruppe 1 ist aus einer ehemaligen PtB-Gruppe entstanden und die Produktionsgruppe 2 ist eine Großgruppe, die durch Zusammenfassung zweier ehemaliger PtB-Gruppen entstanden ist. Das heißt, diese Produktionsgruppe 2 besteht aus 2 Projektgruppen. Mein Erfahrungsbericht bezieht sich überwiegend auf diese Produktionsgruppe 2.

Soweit die Rahmenbedingungen, so wie sie in Bernkastel vorherrschen.

### 4. Erfahrungen aus der Produktionsgruppe 2 im Kulturamt Bernkastel-Kues

Nach anfänglicher Unsicherheit mußte für die reibungslose Arbeitserledigung sehr schnell geklärt werden, wie diese Produktionsgruppe 2 denn nun zu betrachten und auch zu managen sei. Nach insgesamt 5 Gruppensitzungen in dieser Großgruppe hat sich nach meiner Ansicht folgendes herauskristallisiert:

Die Gruppe versteht sich trotz der vorhandenen 2 Projektgruppen insgesamt als Arbeitseinheit, was sich durch den problemlosen Austausch von Mitarbeitern beider Projektgruppen gezeigt hat. Trotz dieses Austausches arbeiten beide Projektgruppen

selbständig an den Ihnen zugeordneten Verfahren. Ebenfalls ist die Zuweisung von festen Mitarbeitern zu bestimmten Verfahren vorgenommen worden und hat sich auch bewährt.

Die gute Zusammenarbeit in der Gruppe zeigt sich unter anderem dadurch, daß infolge von Engpässen im Verwaltungsbereich Kollegen aus dem technischen Bereich z.B. Grundbuchvergleiche und Ausgleichshebungen zur Unterstützung der Verwaltung durchgeführt haben. Diese fachübergreifende Unterstützung funktioniert völlig problemlos.

Eine wichtige Voraussetzung für die Zusammenarbeit in der Produktionsgruppe 2 war es auch, bereits frühzeitig zu klären, wie die Zusammenarbeit zwischen Gruppenleiter und Projektleiter aussehen soll. Nach Beratungen zwischen Amtsleitung, Gruppenleiter und Projektleiter wurde im Kulturamt Bernkastel festgelegt, daß der Projektleiter die Gesamtverantwortung aller ihm zugeordneten Verfahren von der Einleitung der Verfahren bis zu deren Schlußfeststellung übernimmt.

**Der Gruppenleiter ist also fachlich nicht mit den Verfahren des Projektleiters betraut.** Das bedeutet natürlich, daß sich der Gruppenleiter grundsätzlich an diese Spielregeln halten muß.

Das bedeutet **nicht**, daß zwischen Projektleiter und Gruppenleiter kein fachlicher Informationsaustausch stattfindet. Dieser Austausch findet statt und wird im Kulturamt Bernkastel-Kues ausdrücklich gefördert. Dies gilt auch für den Austausch zwischen den Produktionsgruppenleitern, Projektleiter und den Leitern der Zentralgruppe und der Gruppe Produkt- und Landentwicklung.

Ich erwähnte eben, daß der Produktionsgruppenleiter keine fachlichen Aufgaben des Projektleiters übernimmt. Dem wurde auch dadurch Rechnung getragen, daß durch Gruppenvotum in Bernkastel festgelegt worden ist, daß die Vertretungsregelung in der Produktionsgruppe 2 derart erfolgt, daß der Produktionsgruppenleiter und Projektleiter sich lediglich in personellen Dingen gegenseitig vertreten. Die fachliche Vertretung des Produktionsgruppenleiters für seine Projektgruppe und des Projektleiters für dessen Projektgruppe wird je Projektgruppe von einem in der Gruppe ausgewählten Mitglied des gehobenen Dienstes wahrgenommen.

Ich sprach gerade von der klaren Trennung der Zuständigkeiten zwischen Produktionsgruppenleiter und Projektleiter. Diese ist nach meiner Ansicht auch deshalb unbedingt notwendig, weil es ansonsten zu Kompetenzgerangel, Reibungsverlusten und auch Autoritätsverlusten kommen kann, die in

keiner Weise der zeit- und sachgerechten Arbeits erledigung dienen. Außerdem bin ich der Meinung, daß ein Produktionsgruppenleiter, in Folge der vorhandenen Arbeitsbelastung in seiner eigenen Projektgruppe, gar nicht in der Lage ist, auch noch die Sachgeschäfte eines Kollegen mitzuerledigen.

Zur Aufgabenwahrnehmung des Gruppen- und des Projektleiters läßt sich außerdem feststellen:

Für beide ist ein Aufgabenzuwachs entstanden. Einerseits sind dies verfahrensbezogene zusätzliche Aufgaben wie z.B. Agrarstrukturelle Entwicklungsplanungen oder Schlußfeststellungen, andererseits sind es Aufgaben, die durch die Leitung der Gruppe entstehen, also gruppenbildende Aufgaben. Die dadurch entstehende Mehrarbeit ist nur zu bewältigen, wenn der Gruppenleiter und auch der Projektleiter Aufgaben delegieren, vor allem an die Sachgebietsleiter. Dies bringt auch für die Sachgebietsleiter eine erhebliche Mehrbelastung. Entsprechende Signale wurden mir aus der Gruppe bereits gesendet. Andererseits wird dieser Zuwachs auch als ein Zuwachs von Verantwortung gesehen.

#### 5. Welches Zwischenfazit kann man jetzt nach sieben Monaten ziehen?

Es ist nach meiner Auffassung festzustellen, daß die eigentlichen Gruppenprozesse erst jetzt, nachdem fünf Gruppensitzungen stattgefunden haben, allmählich, wenn auch noch langsam entstehen. Das heißt, die Gruppenprozesse müssen in Zukunft erlernt werden und diesbezüglich kommt vor allen Dingen auf die Gruppe selbst noch eine Menge Arbeit zu. Desweiteren bleibt festzustellen, daß wir in Folge des Arbeitsprogrammes 1996 eigentlich sehr wenig Zeit hatten, Gruppenprozesse einzuüben, da wir ja gezwungen waren und sind, unser Arbeitsprogramm nach Möglichkeit zeit- und sachgerecht zu erfüllen. Dies war für die Einübung von gruppenspezifischen Prozessen nicht förderlich. Insofern mußten wir einen Spagat wagen zwischen der zeit- und sachgerechten Arbeitserledigung einerseits und der Bildung und Weiterentwicklung der Gruppe andererseits.

Trotz dieser nicht gerade optimalen Zustände deutet es sich aber an, daß wir durchaus auf dem richtigen Weg sind. Dieses bestätigt mir die Arbeitsgruppe einerseits durch ihren Arbeitseinsatz, der als hoch zu bezeichnen ist, aber auch durch den zunehmenden Erfahrungsaustausch und die Diskussionsbereitschaft in den einzelnen Gruppensitzungen. Betrachtet man zum jetzigen Zeitpunkt die abgeschlossenen Kontrakte, so kann man feststellen, daß die Kontrakte aller Voraussicht nach zu

70% erfüllt sein werden. Dies halte ich in Anbetracht der hohen Arbeitsbelastung und der Reibungsverluste, die immer durch eine Neuorganisation eintreten, für sehr zufriedenstellend.

#### 6. Verbesserungsvorschläge für 1997

Die Diskussion in der Gruppe hat bereits jetzt gezeigt, daß wir bei der Gestaltung der neuen Kontrakte im neuen Jahr einige Dinge ändern werden. Dies betrifft vor allem die Mitgestaltung bei der Aufstellung der neuen Kontrakte. Wir haben in der Gruppe vereinbart, daß auch der mittlere Dienst die neuen Kontrakte mitunterschreibt. Damit soll deutlich gemacht werden, daß der Mittlere Dienst noch stärker in die Kontraktbildung und -erfüllung eingebunden wird. Es ist auch denkbar, daß in den Folgejahren eventuell alle Mitarbeiter der Gruppe diese Kontrakte mitunterschreiben und somit auch dokumentieren, daß sie mit der Vereinbarung, die da getroffen wird, inhaltlich voll übereinstimmen.

**Desweiteren ist es von sehr großer Bedeutung, daß die in den Kontrakten vereinbarten Ziele innerhalb der vorgegeben Zeit auch erreichbar sind. Dies halte ich gemeinsam mit der Gruppe für die wichtigste Voraussetzung einer erfolgreichen Zusammenarbeit.** Dem ist auch in den jährlichen Geschäftsbesprechungen Rechnung zu tragen. Damit ist auch sichergestellt, daß ein hohes Maß an Zufriedenheit und Anerkennung bei den einzelnen Gruppenmitgliedern gegeben ist.

Desweiteren ist es ebenfalls von entscheidender Bedeutung, daß die personelle Besetzung der Gruppe so gestaltet ist, daß alle Fachbereiche in diesen Gruppen ausreichend vertreten sind und es nicht zu Überbelastungen einzelner Mitarbeiter kommt. Dies muß im neuen Jahr bei der Besetzung der einzelnen Gruppen unbedingt berücksichtigt werden.

Weiterhin erscheint es mir wichtig, die Eigenverantwortung der Gruppe zu stärken. Dies wird nur über die Gruppenprozesse zu erreichen sein. Ziel muß es sein, daß langfristig die Verantwortung für die Erfüllung der Arbeitsziele nicht mehr allein beim Gruppenleiter liegt, sondern ebenso bei der Gruppe (Stichwort: Gesamtverantwortung der Gruppe).

#### 7. Ausblick

Zum Abschluß meines Kurzvortrages möchte ich auf eine Frage eingehen, die ich mir in diesem Jahr des öfteren gestellt habe. Diese Frage lautet, was kann ich als Gruppenleiter denn als Anreiz für die Mitarbeiter der Gruppe bieten, damit die Gruppe "als

solche" erfolgreiche Arbeit abliefert. Ich möchte vorausschicken, daß ich mich an dieser Stelle nicht mit Gruppentheorien befassen möchte. Für mich ist es wichtig, daß die Gruppe sich "als Team" versteht und das selbstverständlich die zeit- und sachgerechte Arbeitserledigung durch die Gruppe erfolgt.

Nach meiner Auffassung habe ich als Gruppenleiter kaum die Möglichkeit, irgendwelche monetären Anreize für die Gruppenmitglieder zu schaffen oder in Aussicht zu stellen. Das Einzige, was ich der Gruppe in Aussicht stellen kann, ist aber, und dies bitte ich nicht zu gering einzuschätzen, ein gutes Arbeitsklima. Dieses gute Arbeitsklima bedeutet Zufriedenheit bei der Arbeit, bedeutet Anerkennung und Wertschätzung von Vorgesetzten und Kollegen. Dies sind wohl, ich sage das bewußt "nur ideale Werte", aber meiner Ansicht nach für das gesamte Wohlbefinden und somit auch für den Arbeitsprozeß von erheblicher Bedeutung. Gleichzei-

tig bedeutet dies auch insgesamt, vorausgesetzt die Gruppenarbeit funktioniert, für alle Gruppenmitglieder weniger Streß. Dabei entsteht Streß für mich nicht aus einer hohen Arbeitsbelastung oder Arbeitsleistung heraus, sondern er entsteht in der Regel aus der Erkenntnis, daß trotz dieser hohen Arbeitsleistung die Arbeitsziele nicht zu erreichen sind.

Wenn wir durch gute Gruppenarbeit in die Lage versetzt werden, diese Streßfaktoren zu beseitigen, sind wir auch in der Lage, in einem guten Arbeitsklima unsere Arbeitsziele zeit- und sachgerecht zu erledigen und zusätzlich in Verbindung mit der Umsetzung der Verbesserungsvorschläge des "Gelben Ordners" auch Verfahrensbeschleunigungen zu erreichen. Dies ist im Vergleich zur alten Organisationsform eher möglich, weil die vorhandenen Ressourcen und Potentiale besser genutzt werden können. Das wir auf dem Weg zu dem vorgegeben Ziel noch einige Schwierigkeiten zu überwinden haben, ist mir bewußt. Ich bin aber der Meinung, daß sich dieser Weg lohnt.

## Aufbau einer hierarchieübergreifenden Teamstruktur zwischen der Bezirksregierung Koblenz und dem Kulturamt Simmern

Vermessungsoberratsrat Friedel Ortseifen, Koblenz

### 1. Einleitung

In der Landeskulturverwaltung gibt es vielfältige Überlegungen zur Leistungsverbesserung und Leistungssteigerung. Die jährlichen Geschäftsbesprechungen haben in der Vergangenheit nicht zur Leistungssteigerung geführt; sie haben im Gegenteil vielfach demotivierend gewirkt. Im Vordergrund standen bei den Geschäftsbesprechungen immer

- ☐ das Aufzeigen der "Defizite" und
- ☐ die Suche nach "Schuldigen".

Hinzu kam, daß die Erfüllung oder Nichterfüllung von Aufgaben oder Arbeitsabschnitten im wesentlichen durch die Bezirksregierung hinterfragt wurde und die "unbequemen" Fragen und Beanstandungen bei den Geschäftsbesprechungen (sowie im Laufe des Jahres) eher als lästig empfunden wurden. Sie führten nicht zu einem positiven "Mitein-

ander", sondern haben die allgemeine Meinung über die Bezirksregierung als "Verhinderungsbehörde" gestärkt, obwohl die Bezirksregierungen den Kulturämtern viele unliebsame Entscheidungen abgenommen haben.

Vielleicht war es ein Fehler, die Kulturämter nicht stärker in die Entscheidungsprozesse der Bezirksregierungen einzubinden, denn nur gegenseitiges Verständnis kann zu positivem Denken führen.

Aus diesen Überlegungen heraus hat sich bei der Bezirksregierung Koblenz die Idee entwickelt, die "Bilanzgespräche" auf eine völlig neue Ebene zu stellen, und zwar in die Verantwortlichkeit eines Teams mit gleichberechtigten Partnern von Unter- und Oberbehörde. Die Bildung und die Aufgabenstellung eines sogenannten "Regionalteams Controlling" wurde gemeinsam von dem Kulturamt Simmern und der Bezirksregierung Koblenz erprobt und ist nachfolgend zusammengefaßt dargestellt.

## 2. Vorbereitung und Durchführung der Bilanzbesprechung durch das Regionalteam "Controlling"

### 2.1 Erste Überlegungen zur Bilanzierung der Arbeitsergebnisse

Durch den Referatsleiter 53 und den Amtsleiter des Kulturamtes Simmern wurde folgende Überlegung angestellt: Kann die Zusammenarbeit zwischen Amt und Bezirksregierung wirkungsvoller gestaltet werden, wenn die Bilanzierung der Arbeitsergebnisse durch ein gemeinsam gebildetes Team erfolgt?

#### Gemeinsame Erkenntnis:

Ja und zwar auf der Ebene des gehobenen Dienstes mit Bediensteten in Führungsfunktionen. Dabei wurden folgende Ziele vereinbart:

- ☐ Selbsterkenntnis der Versäumnisse auf beiden Seiten
- ☐ Überlegungen, wie durch Controlling **rechtzeitig** gegengesteuert werden kann
- ☐ Überlegungen, welche Verbesserungen in der Arbeitsplanung möglich sind
- ☐ Überlegungen, wie die Effektivität und Koordination der Arbeiten gesteigert werden können.

Controlling bedeutet hierbei nicht Kontrolle, sondern aus dem Kulturamt / der Bezirksregierung heraus ausgeübte Steuerungsfunktion zur Erreichung der gesteckten Arbeitsziele.

Im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Amt und Bezirksregierung wurde ein Regionalteam "Controlling" gebildet. Die Auswahl war unproblematisch. Sie besteht aus 2 Mitgliedern der Bezirksregierung (Ortseifen und Sauer) und 2 Mitgliedern des Kulturamtes (Rossow und Möhringer), wobei Herrn Sauer insbesondere die Führung, Auswertung und Fortführung der Verfahrensdatenbank zukommt. Beim Kulturamt wurde bewußt je ein gehobener Beamter aus den Fachbereichen Verwaltung und Technik benannt.

### 2.2 Geänderte Strategie für die Durchführung der Bilanzbesprechungen durch Bildung des Regionalteams "Controlling"

Alle Mitglieder des Teams sollten gleichberechtigt sein. Dies hatte zur Folge, daß sich das Team einen Bilanzierungsrahmen selbst erarbeiten mußte. Der Rahmen, wie Auswertung der Arbeitsergebnisse 1996 und deren Analyse (soweit die Ziele nicht

erreicht wurden) und die Auswirkungen auf die Folgejahre bzw. das Programm "Landentwicklung 1995/99" standen zwangsläufig fest, alles weitere wurde jedoch erarbeitet.

Hierbei erscheint insbesondere erwähnenswert, daß einzelne Bilanzierungen nicht zeitgebunden sind und von daher zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen sollen, die nicht durch Termine und Jahresabschlüsse besonders stark frequentiert sind. Im einzelnen ist dies dem "Bilanzierungsrahmen" (vgl. 3) zu entnehmen.

Der größte Teil der Arbeit war vom Kulturamt aus zu erledigen. Der frühe Zeitpunkt der Bilanzgespräche (Anfang Januar) hatte jedoch zumindest in der Anfangsphase der Arbeit des Regionalteams den Nachteil, daß zum gleichen Zeitpunkt auch Jahresabschlüsse mit einem gewissen Zeitdruck anstanden.

Die Bilanzierung durch das Team wurde in Tabellen und soweit erforderlich auch als Text festgehalten. Es wurde vereinbart, daß

- ☐ in der Bilanzbesprechung zwischen Bezirksregierung und Kulturamt das Teammitglied Herr Rossow als Amtsangehöriger über die Ergebnisse berichtet und die Moderation übernimmt, und
- ☐ bei der Geschäftsbesprechung mit dem Ministerium die Bilanzierung durch Herrn Ortseifen als Teammitglied der Bezirksregierung vorgestellt wird.

Durch das Team wurde weiterhin festgelegt, daß im Rahmen der **Bilanzbesprechung** der Höhere Dienst des Amtes selbst entscheiden sollte, welcher Personenkreis des Gehobenen Dienstes der "Produktionsgruppen" zur Verfahrensbearbeitung befragt werden sollte.

**Ziel** sollte hierbei sein,

- ☐ Positive Ergebnisse - und -
- ☐ Defizite

aufzuzeigen.

Die Ergebnisse werden in einer **Niederschrift** festgehalten, die ebenfalls vom "Regionalteam Controlling" erstellt wird.

Die Ergebnisse sind Grundlage für die Geschäftsbesprechung mit dem Ministerium, in der jedoch nur



noch Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung erörtert werden sollen.

Das Ergebnis der Bilanzgespräche wird durch die örtlichen Controller an alle Bediensteten weitergegeben.

**Ziele** sind hierbei :

- ☐ offener Informationsaustausch
- ☐ Steigerung der Verantwortlichkeit bei allen Mitarbeitern
- ☐ Motivationssteigerung der Mitarbeiter

### Resümee

Die Bildung des Teams hat zumindest auf dieser Ebene zu einem größeren gegenseitigen Verständnis geführt. Im Ergebnis kommt das Team zu der Auffassung, daß nur durch **kontinuierliches "Controlling"** Leistungs- und Effizienzsteigerungen möglich sind.

Auch hat sich gezeigt, daß vielfach eine zielgerichtete, kontinuierliche, abgestimmte Arbeitsplanung fehlt.

Diese Defizite müssen aufgearbeitet werden, wobei das Programm MS-Projekt, sofern es jedem Sachgebietsleiter zur Verfügung gestellt würde, eine wertvolle Hilfe sein könnte.

Controlling muß sich zukünftig über das ganze Jahr erstrecken und nicht nur auf das IV. Quartal. Ziele hierbei müssen einheitliche Bearbeitung und Beschleunigungseffekte in den einzelnen Verfahrensabschnitten sein.

Die "abgeschafften" Kontrollen der Bezirksregierung dürfen jedoch nicht durch aufwendige Kontrollschritte im Kulturamt ersetzt werden.

Für das "**kontinuierliche Controlling**" eignet sich am besten die Gruppe 1 (Zentralgruppe) der neu strukturierten Ämter, da sie direkt dem Amtsleiter unterstellt ist und hierdurch unmittelbar Steuerungsmöglichkeiten bestehen. Zudem gehören Kontraktmanagement, Controlling und Koordination zu den Aufgabenbereichen dieser Gruppe.

Das "**örtliche**" **Controlling** muß bei der Vorbereitung der Kontrakte in die Gruppengespräche mit eingebunden werden.

**Ziele hierbei sind:**

- ☐ Einheitliche Weitergabe von Innovationen
- ☐ Einheitliche Handhabung auf Amtsebene

### 3. Gegenstand und Grundlage der Bilanzierung

Gegenstand der Bilanzierung ist u.a. die Einhaltung der

- ☐ Flächenleistungsziele,
- ☐ Zeitziele,
- ☐ Kostenziele und
- ☐ Verfahrensziele.

Grundlage beim Kulturamt Simmern war der Kontrakt mit den Gruppen, sowie die Arbeitsplanung 1995/99.

Zukünftiges Ziel der Bilanzierung ist, den Ergebnisvermerk des Teams vorab dem Amtsleiter, der oberen Flurbereinigungsbehörde und den Gruppenleitern zur Vorbereitung der Bilanzbesprechung auszuhandigen.

Weiterhin ist vorgesehen, die Bilanzierung zu standardisieren und dahingehend zu verändern, daß sie von den örtlichen Controllern eigenständig und eigenverantwortlich durchgeführt und in den Bilanzgesprächen offengelegt wird. Die Controller der oberen Flurbereinigungsbehörde sollen zukünftig nur dann eingreifen, wenn das Gesamtziel betroffen ist.

Für das Bilanzierungsgespräch am 09.01.1997 und 10.01.1997 hat das Bilanzierungsteam den nachfolgenden Bilanzierungsrahmen erarbeitet:

#### 3.1 Arbeitsplanung

##### 3.1.1 Jahresarbeitsplanung 1996

Für die Steuerung der "Jahresarbeitsplanung 1996" wurden die "Arbeitsabschnitte":

- ☐ Anordnung
- ☐ Besitzübergang
- ☐ Gundbuchberichtigung
- ☐ Katasterberichtigung
- ☐ Schlußfeststellung

gewählt. Die Bilanzierung 1996 bezieht sich insbesondere auf die Flächenleistungsziele. Die Zeitziele wurden nur auf das Jahr 1996 bezogen ausgewertet. Dies wurde im Team so vereinbart. Ebenfalls wurde im Team festgelegt, keine gruppenbezogenen Auswertungen vorzunehmen.

Der Kontrakt enthält für den Soll/Ist-Vergleich 1996 den Grad der Abweichung in %, das sind die Defizite in der "Rechengröße ha".

### 3.1.2 Arbeitsplanung 1995 / 99

**Grundlage** ist die Ursprungsdatei der Arbeitsplanung 1995/99 des MWVLW (= erste Meldung an das MWVLW - Stand: März 1995). Die Arbeitsplanung für das Amt ist auf folgenden Rahmeneckwerten aufgebaut:

- ☐ Soll / Ist-Vergleich 1996
- ☐ Soll / Wird-Vergleich 1997
- ☐ Grad der Abweichung (%) mit den Überschreitungen / Defiziten (in ha)
- ☐ Fortschreibungsbedarf der Arbeitsplanung über das Jahr 1999 hinaus
- ☐ Anteil der Verfahren nach § 91 ff FlurbG am Arbeitsprogramm

### 3.1.3 Bilanzierung der Arbeitsplanung 1996

Die Bilanzierung erfolgt nur bei bedeutenden Abweichungen, wenn daraus Folgerungen gezogen werden können. Bilanziert werden folgende Abschnitte:

- ☐ AVP bzw. AEP, Anordnungen
- ☐ Planfeststellung / Plangenehmigung
- ☐ Besitzeinweisung
- ☐ Grundbuch- / Katasterbuchberichtigung
- ☐ Katasterberichtigung
- ☐ Schlußverwendungsnachweis
- ☐ Schlußfeststellung

### 3.1.4. Planung Amt/Ref 53:

Der Kontrakt Arbeitsplanung Ref. 53 / Kulturamt umfaßt:

- ☐ Ergebnisse 1996 (Bericht)
- ☐ Folgerungen für 1997

### 3.1.5. Verfahrensdatenbank des Amtes

Die Verfahrensdatenbank des Amtes soll nach dem gemeinsamen Wunsch des Controllingteams zukünftig durch die Obere Flurbereinigungsbehörde geführt werden:

- Änderungsmeldung durch Kulturamt
- Einarbeitung durch die Oberbehörde
- nach Berichtigung Diskette an Kulturamt.

## 4. Finanzierung

### 4.1 Mittelabfluß 1996 / MifriFi

- ☐ Kontrakt-Soll / Ist Vergleich (bezogen auf das jeweilige Kalenderjahr für alle Gruppen ohne Differenzierung)
- ☐ Zusätzliche Kostenbelastung für das Jahr 1997

### 4.2. MifriFi

- ☐ Auswirkungen für die Folgejahre

## 5. Besonderheiten, die 1997 zu einem späteren Zeitpunkt bilanziert werden sollen

### 5.1 EU - Kontrollen (Flächenkontrollen)

- ☐ Aktualisierung des Zeitaufwandes
- ☐ Probleme
- ☐ Arbeitskräfte / Jahr (4-jährige Erfassung wie bisher)

### 5.2. Gesamtkostenrechnung

- ☐ frühestens ab 98/99 möglich (nur für Verfahren aus den Kontrakten)

### 5.3. Restrukturierung und Optimierung von Verfahrensabläufen

- ☐ Beschleunigung von Arbeitsabschnitten
- ☐ Verschiebung von Arbeitsabschnitten

## 6. Produktentwicklung

### 6.1. AEP / Naheprogramm / Konversion

- ☐ Ergebnis 1996
- ☐ Soll / Ist - Vergleich
- ☐ Probleme
- ☐ Weiterentwicklung

### 7. Zusammenarbeit innerhalb der Gruppen sowie zwischen den einzelnen Gruppen

- ☐ Gruppengespräche
- ☐ Ausbildung
- ☐ Reibungspunkte / Verbesserungsvorschläge

denordnungsverfahren aus und stellen die Bearbeitungsweise vor:

- ☐ Ein Verfahren von der Anordnung bis zum Besitzübergang 1996
- ☐ Ein Verfahren vom Besitzübergang bis zur Katasterberichtigung 1996
- ☐ Ein Verfahren von der Katasterberichtigung bis zur Schlußfeststellung 1996

### 8. Bearbeitungsweise der Bodenordnungsverfahren

Die Produktionsgruppen wählen selbst je ein Bo-

## IDEENBÖRSE

### Flexibles Verwaltungshandeln, gibt es das? Oder: Ist "gyôsei shidô" nur in Japan möglich?

Obervermessungsrat Wolfgang Singer, Neustadt

#### 1. Vorwort

Nach der Wiedervereinigung war im Osten Deutschlands flexibles Verwaltungshandeln angesagt. Für die dort angetroffenen Verhältnisse gab es nicht immer passende Verwaltungsvorschriften. Dies war dann auch die Chance, unkonventionelle Lösungen außerhalb des Rahmens einengender Verwaltungsvorschriften zu finden. Man war sozusagen gezwungen, im gegenseitigen Einvernehmen Schritte zu unternehmen, die der Situation angepaßt waren. Die in Rheinland-Pfalz derzeit laufenden Anstrengungen, die Landesverwaltung neu zu organisieren und Reformkonzepte umzusetzen, ähneln in gewisser Hinsicht den Verhältnissen im Osten. Die öffentliche Verwaltung hat sich in den letzten Jahren wesentlich verändert. Der öffentliche Dienst ist aufgefordert, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Aus diesem Grund wurde in Rheinland-Pfalz eine Expertenkommission zur Neuorganisation der Landesverwaltung einberufen<sup>1</sup>. In Rheinland-Pfalz stehen ca. 80 % aller Verwaltungs- und Rechtsvorschriften auf dem Prüfstand. Im folgenden möchte ich aufzeigen, wie die derzeitige Verwaltungsreform und das Verwaltungshandeln möglicherweise vereinfacht und effizienter gestaltet werden könnten.

#### 2. Was ist "gyôsei shidô"<sup>2</sup>?

Dieser japanische Begriff bezeichnet das Verwaltungshandeln im gegenseitigen Einvernehmen unter großzügiger Auslegung der Verwaltungsvorschriften bzw. Gesetze. Dies kann für einen Einzelfall angewandt oder für eine bestimmte zeitliche Dauer festgelegt werden. Man kann auch sagen, daß dieser Begriff alle nichthoheitlichen Handlungen der öffentlichen Verwaltung beinhaltet, die darauf ausgerichtet sind, Einzelpersonen oder Organisationen zur freiwilligen Kooperation bei der Durchsetzung von Verwaltungszielen zu bewegen. Die japanische Verwaltung wird dadurch in die Lage versetzt, angemessen zu handeln, wobei jedoch im Einzelfall durchaus Gesetze oder Vorschriften dem entgegenstehen können. Das heißt jedoch nicht, daß in Japan geltende Gesetze und Verwaltungsvorschriften nicht eingehalten werden und unbedeutend sind. Sie sind aber nicht alleiniges Kriterium für das Handeln der Verwaltung. Das "gyôsei shidô" sprengt sozusagen den engen Rahmen der Vor-

<sup>1</sup> siehe Modernisierungszeitschrift 3/96  
<sup>2</sup> japanisch: gyosei = Verwaltung, shido = Anleitung, Empfehlung, s.a. Nachrichten der OAG 143/1988

schriften und macht unkonventionelle Lösungen möglich, wie dies ja in der Politik oftmals auch der Fall ist. Und gerade heute in einer Zeit der "knappen Haushaltsmittel" ist man oft auch zu solch "unkonventionellen Mitteln" gezwungen.

### 3. Wie könnte man "gyôsei shidô" in der Landeskulturverwaltung verwirklichen?

Voraussetzung der "unverbindlichen Empfehlungen" bei Verwaltungsmaßnahmen ist kreatives und flexibles Denken bei allen Behörden. Denkbar wäre zum Beispiel, daß durch eine Regelung des Ministeriums Vorschriften, deren Reform ohnehin geplant ist, ab sofort außer Kraft gesetzt werden, wie bereits im Jahre 1996 erstmals in der LKV geschehen. Als Ersatz dafür werden den Behörden "Empfehlungen" an die Hand gegeben, wie bis auf Weiteres gehandelt wird. Es hat sich ohnehin am Beispiel der Kulturämter gezeigt, daß Regeln nicht für alle Ämter gleichermaßen passend sind. Das Ministerium könnte so zum Beispiel dem Kulturamt einen Geldbetrag zur Verfügung stellen mit der Auflage, neue Wege zur Finanzierung der "Agrarneuordnung in Gemüsekulturen" zu finden. Die Finanzierungsrichtlinien könnten in gegenseitigem Einvernehmen außer Kraft gesetzt werden. Es wäre weiterhin denkbar, daß das Kulturamt eine Kommune findet, die Flächen zur Ausweisung von Vernetzungsstrukturen unentgeltlich zur Verfügung stellt. Sofern die beteiligten Landwirte kein großes Interesse an einer Neuordnung zeigten, könnte das Kulturamt festsetzen, daß die Ausführungskosten zu 100 % bezuschußt werden. Bei den jährlichen Kontrakten wäre es dann denkbar, daß eine andere Lösung angestrebt wird.

### 4. Bewertung eines durch Empfehlungen gestützten Verwaltungshandelns

Es wird nicht verkannt, daß die kritiklose Übernahme der Verwaltungspraxis eines anderen Landes nicht unproblematisch ist. In Japan herrscht - von Ausnahmen abgesehen - immer noch ein obrigkeitsstaatliches Denken, das das Handeln der Verwaltung im rechtsfreien Raum ohne großen Widerstand ermöglicht. Außerdem erleichtert das japanische Bedürfnis nach Harmonie das Abschließen von Vereinbarungen im gegenseitigen Einvernehmen. Meinungsverschiedenheiten können dort sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Da zeigt sich aber auch die Gefahr des Systems. Unter dem Deckmantel der Effizienz des Verwaltungshandelns könnten Strukturen entstehen, die der Demokratie zuwiderlaufen und am Rande der Legalität agieren. Es wird je-

doch auch hierzulande schon länger in Frage gestellt, ob das Recht als alleiniger Maßstab zur Steuerung des Verwaltungshandelns geeignet ist<sup>3</sup>.

Expressis verbis sind "Empfehlungen" nicht rechtlich durchzusetzen. Diese, den Deutschen eigene Denkweise, trifft jedoch nicht den Kern der Sache. Die "gyôsei shidô" oder "Empfehlungen" sind eben de facto nicht unverbindlich. Die Einhaltung der "gyôsei shidô" ist de facto auch nicht freiwillig. Die japanische Verwaltung verfügt über ein breites Repertoire an Druckmitteln, wie Verweigerung öffentlicher Dienstleistungen und moralische Sanktionsmöglichkeiten, z. B. die öffentliche Bekanntmachung von Verweigerungshaltungen.

### 5. Zusammenfassung

Es ist für alle Beteiligten nicht ganz einfach, mit lieben Gewohnheiten zu brechen. Der Bürger sollte nicht bei jedem "Fehler" ein Rechtsmittel einlegen. Dazu wird er eher bereit sein, wenn man erklären kann, daß die Behörde unbürokratisch gehandelt hat und als Gegenleistung vom Bürger auch Flexibilität erwarten kann.

Das Erzwingen eines konformen Verhaltens mit rechtlichen Mitteln ist in unserer heutigen Zeit wegen des großen zeitlichen und finanziellen Aufwandes oft kaum noch vertretbar und auf jeden Fall kontraproduktiv. Freilich wird es Zeit in Anspruch nehmen, das Umdenken in den Köpfen zu aktivieren. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Sache ist angesagt. Die Aufgabe formaler Machtpositionen fordert ein hohes Maß geistiger und ethischer Qualitäten der Beteiligten. Menschen in Führungspositionen, die sich nur an formelle Vorschriften klammern, sich gegenüber Neuerungen abschotten und aus Mangel an Führungsqualitäten kein Risiko eingehen, sind bei Reformen fehl am Platz.

Voraussetzung einer Reform überhaupt sind mündige Bürger. Das heißt, daß der Bürger auch das aufgezeigte Experiment immer kritisch beobachten soll und muß. Die Öffentlichkeit ist das Regulativ. Unangemessene Maßnahmen kommen, ob durch Rechtsverordnungen gedeckt oder nicht, durch die Presse, die Bürger und durch Kontrollinstanzen ins Kreuzfeuer der Kritik.

3 vgl. Voigt, Rüdiger: Grenzen rechtlicher Steuerung, Opladen 1986

# Mehr Spaß beim Arbeiten mit dem PC

Vorschläge Nrn. 68, 69 und 74 zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe

Obervermessungsrat Wolfgang Singer, Neustadt

## 1. Einleitung

Die ständige Benutzung von Textroutinen im Verfahrensablauf der Ländlichen Bodenordnung kann durch die Verwendung von Makros wesentlich effizienter und fehlerfreier gestaltet werden.

Im folgenden soll nur kurz auf die Makroprogrammierung eingegangen werden. Anhand von benutzerdefinierten Dialogfeldern bei WinWord 6.0 sollen Beispiele gezeigt werden, die vielleicht den einen oder anderen dazu bringen, sich selbst mit diesem Thema zu befassen.

## 2. Benutzerdefinierte Dialogfelder

Die Abbildungen 1 bis 4 zeigen benutzerdefinierte Dialogfelder. Sie wurden mit dem Dialog-Editor von Microsoft Word erstellt. Die Verknüpfung mit Befehlen im Makro geschieht mit sogenannten Dialogvariablen. Einzelheiten können aus dem Handbuch von Microsoft, aus der Word-Basic Hilfe oder aus der Literatur entnommen werden.

## 3. Beispiel 1: Schnelles Finden eines Formulars

Bei den vielen Verzeichnissen im PC verliert man manchmal die Übersicht, zumal dann, wenn man nicht täglich am PC arbeitet. Um ein langes Suchen zu vermeiden ist eine Routine zum schnellen Aufrufen häufig verwendeter Formulare von großer Hilfe. Abbildung 1 zeigt ein relativ einfaches Beispiel: Durch Aktivierung des selbstdefinierten Icons in der Symbolleiste öffnet sich das selbstdefinierte Dialogfeld.

Nun wird das gewünschte Formular in dem Dropdown-Listenfeld mit der "Maus" angetippt. Wird der "OK-Button" gedruckt, dann wird die entsprechende Datei aufgerufen, in welcher der Inhalt des Formulars gespeichert ist.

Änderungen der Formulare sind jederzeit in den entsprechenden Dateien möglich. Änderungen der Einträge in den Dropdown-Listenfeldern sind auch sehr leicht durchzuführen. Es muß dann aber das Makro geändert werden.

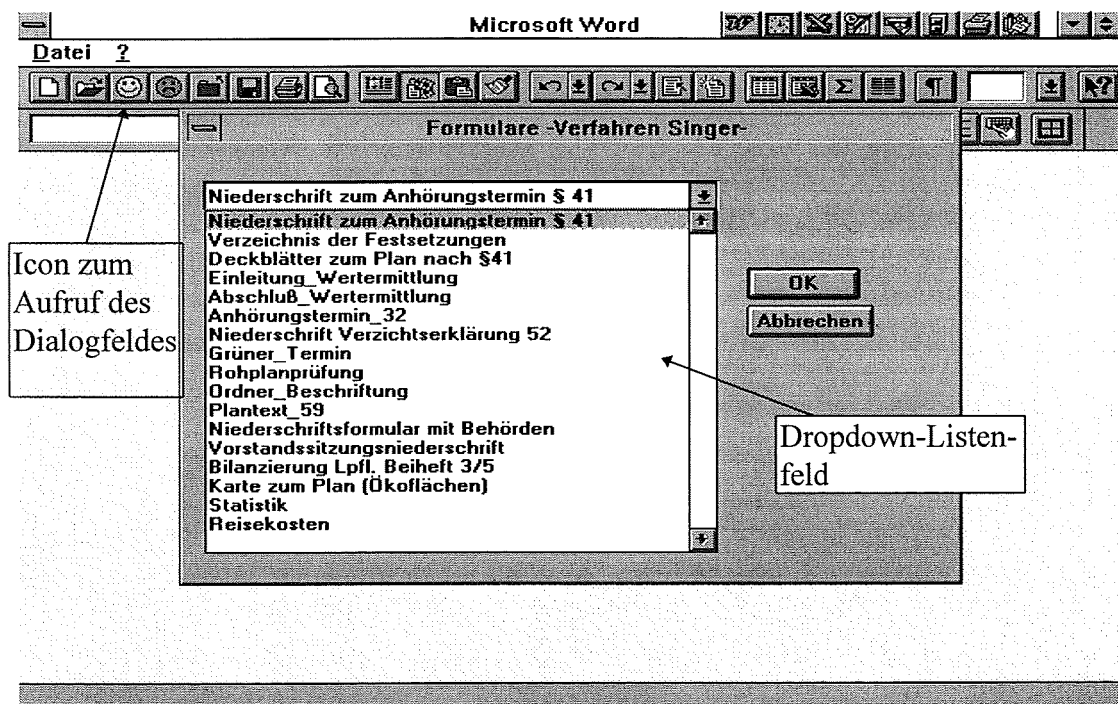


Abb. 1: Selbstdefinierte Maske zum schnelleren Auffinden von Formularen

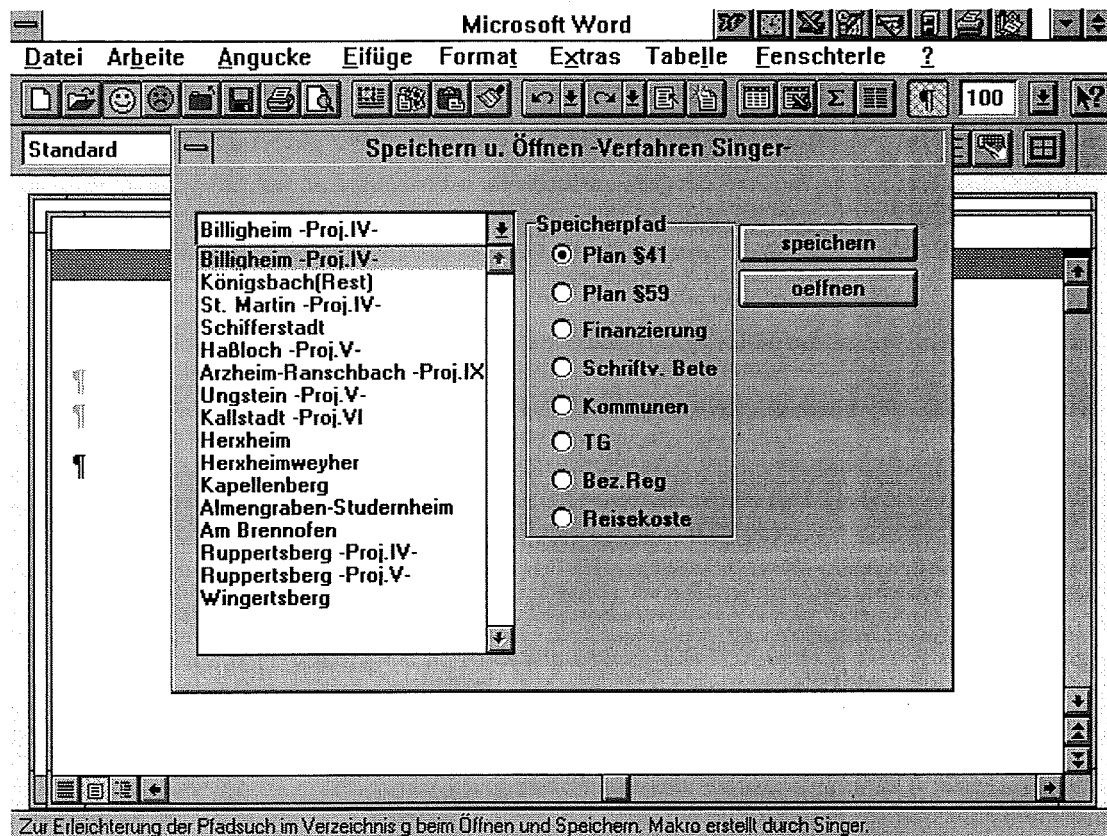


Abb. 2: Selbstdefinierte Maske zum schnelleren Speichern und Auffinden von Dateien

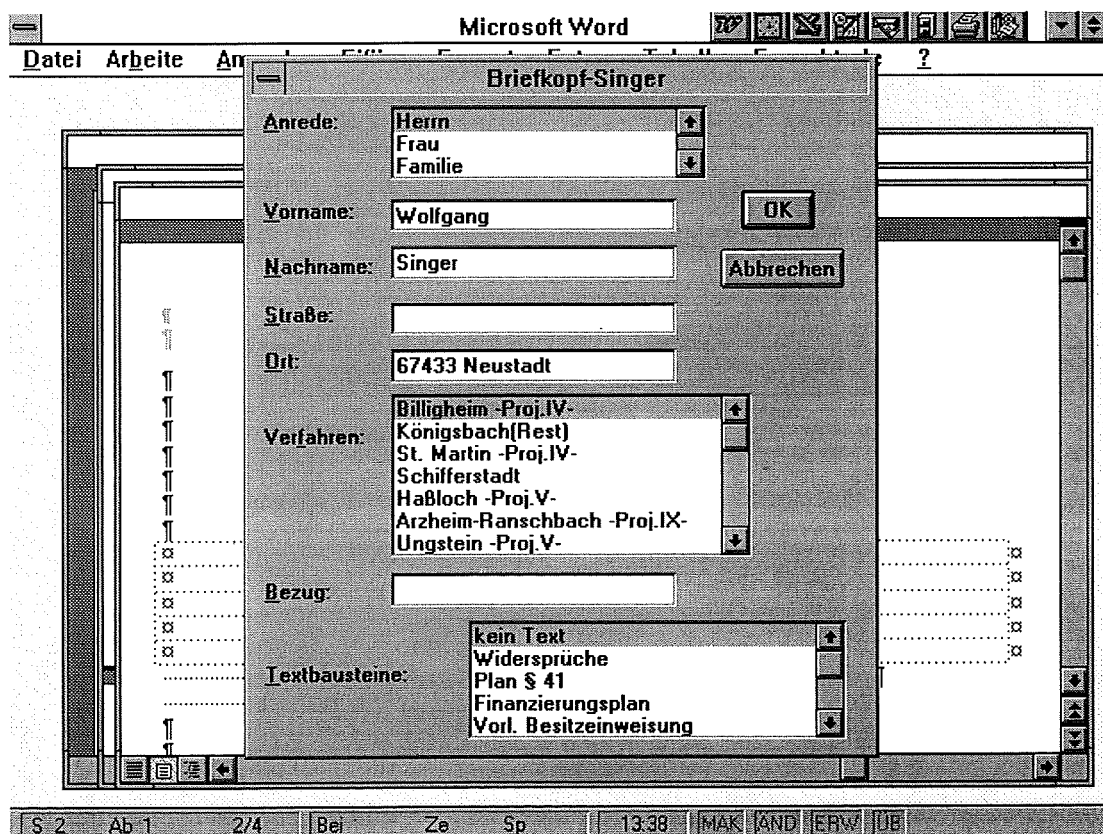


Abb. 3: Selbstdefinierte Eingabemaske in Verbindung mit einer genormten Verfügung und selbstdefinierten Speicherroutinen

#### 4. Beispiel 2: Schnelles Öffnen und Speichern von Dateien

Da die verschiedenen Flurbereinigungsverfahren der Arbeitsgruppen in den Verzeichnissen im PC mit Schlüsselzahlen (Verfahrenskennziffern) bezeichnet wurden, ist es sehr zeitaufwendig und fehleranfällig, wenn bei jedem Öffnen bzw. Speichern einer Datei zuerst die Schlüsselzahl gesucht werden muß. Sehr schnell ist dann auch eine Datei in einem falschen Verzeichnis gespeichert.

Das Dialogfeld in Abbildung 2 kombiniert eine Dropdown-Liste mit einem Optionsgruppenfeld "Speicherpfad". Im Dropdown-Liste sind die Verfahren aufgeführt.

fahrens wird schließlich auf den entsprechenden Pfad bzw. das entsprechende Verzeichnis gewechselt. Dies geschieht im Makro mit Hilfe einer "Wenn-Abfrage".

Das weitere Arbeiten am PC verläuft mit der gewohnten Benutzeroberfläche des Programms Word für Windows.

#### 5. Beispiel 3: Der "Briefgenerator"

Das in den Abbildungen 3 und 4 gezeigte Beispiel wird hier nur in groben Zügen erläutert. Dieses Programmpaket basiert auf einer Dokumentenvorlage, die genormt ist auf die Formblätter der Landeskulturverwaltung zum Schreiben an Beteiligte, Behörden usw.

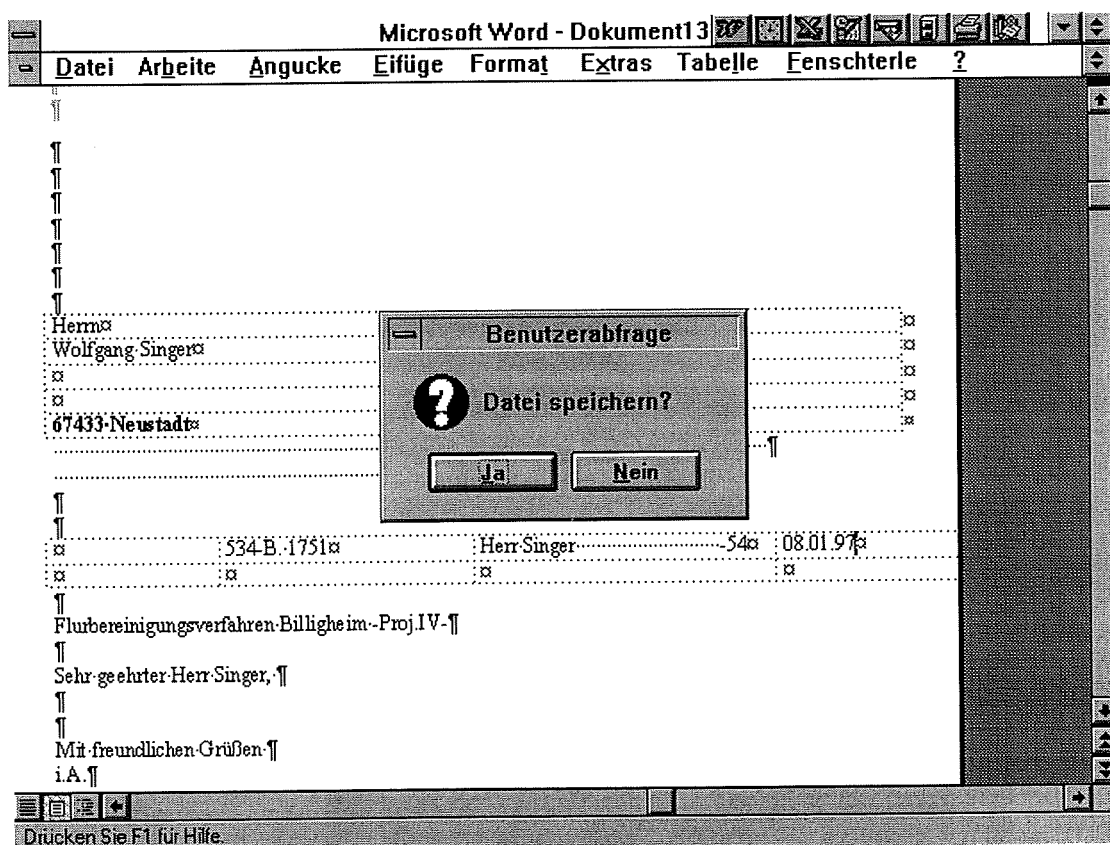


Abb. 4: Schreiben mit eingeblendeter Benutzerabfrage nach dem Schließen der Datei

Eine eventuelle Ergänzung mit neuen Verfahren ist im Makro sehr leicht möglich. Beim Optionsgruppenfeld "Speicherpfad" hingegen ist eine nachträgliche Änderung im Makro nicht mehr so leicht durchzuführen. Durch Betätigen der selbstdefinierten Schaltflächen "speichern" oder "öffnen" wird automatisch das Feld in der Menüleiste "Datei" geöffnet, dann der Punkt "Öffnen" oder "Speichern unter" gewählt und automatisch je nach Wahl des Flurbereinigungsver-

Mit der Dokumentenvorlage (Abbildung 4) sind drei Makros verbunden. Das erste Makro einschließlich Dokumentenvorlage wird wiederum durch Aktivierung eines Icons in der Symbolleiste gestartet wobei das in Abbildung 3 gezeigte Fenster geöffnet wird. Im vorliegenden Beispiel wurden Vor-, Nachname und Ort in die Festfelder eingegeben. Nach der Aktivierung des "OK" Buttons erscheint die Abbildung 4 ohne die "Benutzerabfrage". Die in Abb.



3 vorgenommenen Einstellungen und Einträge sind in das Schreiben übernommen worden, das aktuelle Datum sowie das dem Verfahren entsprechende Aktenzeichen wurden automatisch übertragen.

Nun kann nach der Anrede der eigentliche Text des Schreibens eingegeben werden. Man kann auch aus dem Dropdown-Listefeld der Abbildung 3 einen schon fertigen "AutoText" automatisch in das Schreiben einfügen. Dieser "Autotext" ist in der Formatvorlage gespeichert und kann über Menü "Arbeiten", Befehl "AutoText" schnell geändert und auf den aktuellen Stand gebracht werden. Ist das Schreiben beendet, dann wird es mit Hilfe des Icons der Standardsymbolleiste oder dem Menü "Datei", Befehl "Schließen" geschlossen. In diesem Moment tritt das zweite Makro mit Namen "autoclose" in Aktion. Jetzt werden verschiedene Dialogboxen geöffnet, wie zum Beispiel die "Benutzerabfrage" in Abbildung 4 mit der Frage: Datei speichern?

Bei Bejahung der Frage wird wieder der entsprechende Pfad zum Speichern automatisch voreingestellt. Im vorliegenden Fall (Flurbereinigungsverfahren Billigheim -Projekt IV-) wird folgender Pfad eingestellt:

"G:/A3/G14/P340/TEXT/TEXTVERM/SCHRIFTV"

Nun kann noch ein drittes Makro bei Bedarf mit Hilfe des Push-Buttons "Wiedervorlage?" gestartet werden. In dem angezeigten Fenster werden im Optionsgruppenfeld die Anzahl der Tage bis zur Wiedervorlage eingestellt. Die Dateien, deren Wiedervorlage vorgesehen sind, werden in einer eigenen Datei mit Angabe des Datums und des Pfades gespeichert. Eine weitere Optimierung wäre dadurch möglich, daß beim Starten des Winword Programmes mit Hilfe eines Automakros die Datei geöffnet

wird, deren eingestelltes Wiedervorlagdatum mit dem integrierten Datum des PC's übereinstimmt.

Soll das Schreiben gedruckt werden, wird in einer Message-Box gefragt, wie oft und zu welchen Akten die Verfügungen gedruckt werden. In der Kopfzeile der Verfügung wird automatisch o. g. Pfad mit Dateiname gedruckt.

Das Original des Schreibens wird auf dem vorgedruckten Amtsformular aus dem Papierfach des Druckers automatisch gedruckt, die Verfügung auf weißem Papier (aus dem Standardfach des Druckers). Ein umständliches Öffnen verschiedener Menüs und Befehle des Standardprogramms (Menü "Datei", Befehl "Seite einrichten", Register "Papierzufuhr" und Befehl "Papierfach", beim Druck die Verfügung "Standardfach") entfällt. Da das papierlose Büro die Zukunft sein soll, wird auf eine Abbildung des oben genannten Dialogfeldes zum Druck von Verfügungen verzichtet.

## 6. Zusammenfassung

Die Makroprogrammierung ist ein sehr wirkungsvolles Instrument zur Automatisierung immer wiederkehrender Tätigkeiten. Die Standards werden fehlerfrei und schnell abgearbeitet. Die automationsgestützte Ablagetechnik und einheitliche Form von Schreiben und Formularen wird damit in effektiver Weise unterstützt. Das Schreiben von Makros hat jedoch zur Folge, daß Makros auch aktualisiert werden müssen.

Deshalb ist es unumgänglich, daß zumindest der Systembetreuer auch mit der Makroprogrammierung umgehen kann.

# Zuteilung von Land nach den §§ 46 und 52 FlurbG im Flurbereinigungs- / Zusammenlegungsplan

Ergänzung zu Vorschlag 33 zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe

Obervermessungsrat Wolfgang Singer, Neustadt

## 1. Verwertung von Masseland nach der VV vom 3.3.1982

Die Verwendung und Zuteilung des in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigten Lan-

des erfolgt in Rheinland-Pfalz nach der VV des MfLWuF v. 3.3.1982 in der jeweils geltenden Fassung. Mit anderen Worten, es geht die Masse- oder Restgrundstücke, die Grundstücke also, die nach der Neuordnung übrig bleiben und in der Regel vorläufig der Teilnehmergeinschaft zugewiesen werden.



Die Grundlage der Masselandvergabe bildet der § 54 Abs. 2 FlurbG wonach das Masseland in einer dem Zweck der Flurbereinigung entsprechenden Weise oder für Siedlungszwecke zu verwenden ist. Die Regelungen der o. g. VV sind sehr komplex und geben der Verwaltung einen breiten Ermessensspielraum. Der Verwaltungsaufwand ist in der Regel sehr groß:

Es werden Mindestpreise festgelegt, die sich am Verkehrswert orientieren. Da der Landhunger heutzutage nicht mehr so groß ist, kann es sein, daß bei dem Ausschreibungsverfahren nur Gebote eingehen, die unter dem festgesetzten Mindestgebot liegen; das ganze Verfahren muß deshalb modifiziert wieder aufgerollt werden. Außerdem orientiert sich die o. g. VV an den Haupt- und Nebenerwerbslandwirten. Dieses Kriterium allein ist ebenfalls nicht mehr zeitgemäß. Bei vielen Haupterwerbslandwirten ohne Betriebsnachfolger ist heute schon abzusehen, wann der Betriebe aufgegeben wird.

## **2. Verwertung von Masseland nach dem Vorschlag 33 des MWVLW**

Der "Vorschlag 33" geht davon aus, daß nach Überarbeitung des "Spruchstellenerlasses" vom 07.07.1986 und nach Aufhebung der o.a. VV vom 03.03.1982 die Massegrundstücke durch entsprechende Planvereinbarungen vorweg vergeben werden. Dies wurde vereinzelt auch so schon praktiziert. Wenn der Nebenlieger oder andere Beteiligte jedoch kein Interesse an den Massegrundstücken haben, ist diese Maßnahme als Ersatz für die Vorgehensweise nach der VV vom 3.3.1982 nicht praktikabel.

## **3. Verwertung von Masseland durch Versteigerung auf der Grundlage einer neuen Verwaltungsvorschrift**

Falls man überhaupt eine Neufassung der o. g. VV erwägt, wäre folgender Inhalt, der nur grob skizziert werden soll, denkbar:

Nach § 54 Abs. 2 FlurbG i. V. mit § 156 BGB (Vertragsabschluß bei Versteigerung) wird ein öffentlicher Versteigerungstermin angesetzt. In den Vertragsbedingungen ist festgesetzt, daß die Beteiligten im Flurbereinigungsverfahren Vorrang haben. Nachrangig werden Nichtbeteiligte behandelt. Der Meistbietende erhält den Zuschlag. Der Zuschlag im Sinne des Vertragsgesetzes kann im Termin vom Verhandlungsleiter erteilt werden. Es wäre jedoch auch denkbar, daß der Zuschlag der Genehmigung

des Amtsleiters bedarf. Dies heißt jedoch nicht, daß der Amtsleiter willkürlich in die Vergabe der Genehmigung eingreifen kann. Ein Versagen der Genehmigung wäre z. B. bei einem Verfahrensfehler denkbar. Eine weitere Möglichkeit einzugreifen wäre dann gegeben, wenn beim Zuschlag an den Meistbietenden die allgemeinen Grundsätze einer rechtsstaatlichen Verwaltung verletzt würden.

## **4. Verwertung von Masseland durch Versteigerung auf der Grundlage von "freiwilligem Verwaltungshandeln"**

Um die "Verwaltungsflut" nicht erneut anwachsen zu lassen, gibt es auch die Möglichkeit, die VV vom 03.03.1982 ersatzlos zu streichen. Damit soll aber nicht einer willkürlichen Auslegung des Gesetzes Tür und Tor geöffnet werden. Ein einheitliches Verwaltungshandeln, zumindest im Lande Rheinland-Pfalz, muß gewährleistet bleiben. Die Kulturämter handeln einen Kontrakt mit dem Ministerium aus, wie Massegrundstücke zu vergeben sind.

## **5. Zusammenfassung**

Das Verfahren der Vergabe von Massegrundstücken wäre mit oder ohne neue Verwaltungsvorschrift einfacher zu handhaben und in der Umsetzung schneller zu realisieren. Es gäbe auch mit Sicherheit weniger Auslegungsschwierigkeiten und unter Umständen käme auch mehr Geld in die Kasse der Teilnehmergeinschaft. Ein Handeln in der Öffentlichkeit (Versteigerung) ist bürgernäher und für die Beteiligten verständlicher.

# LITERATURÜBERSICHT

Professor Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

## Recht der Landwirtschaft

- Haselhoff, J.: Bewertungsgrundsätze in der Flurbereinigung, Heft 8, 1996, S. 197
- Thomas, K.: Subventionerschleichung bei landwirtschaftlichen Förderprogrammen, Heft 8, 1996, S. 200
- Baur, H.-W.: Bedeutung des Grundstücksverkehrsgesetzes, Heft 9, 1996, S. 256
- Hess, CL.-R.: Planung vernetzter Biotopsysteme in Bodenordnungsverfahren, Heft 11, 1996, S.283
- Hoecht, H.: Flurbereinigungsziel und Grundstücksbewertung, Heft 12, 1996, S. 309
- Dippold, R.: Informationssysteme in der Flurbereinigung, Heft 1, 1997, S.4

## Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung (ZfKuL)

- Hildmann, E. u. Wünsche, M.: Bergbau, Wiedernutzbarmachung und Landentwicklung im Mitteldeutschen Braukohlenrevier, Heft 9, 1996, S. 227
- Rabe, R. und Hauser, H.: Flurneuordnung für Zwecke des Naturschutzes am Beispiel des Flurbereinigungsverfahrens Gaildorf-Ottendorf, Landkreis Schwäbisch Hall, Heft 1, 1997, S. 24

## Zeitschrift für Vermessungswesen (ZfV)

- Schilcher, M. u.a.: Geoinformationssysteme - Zwischenbilanz einer stürmischen Entwicklung, Heft 8, 1996, S. 363
- Müller, W.: GIS auf der Basis von Pen-Computern für Aufgaben der Ländlichen Entwicklung, Heft 8, 1996, S. 396
- Böhler, W. und Witte, B.: Neue Rahmenprüfungsordnungen an Universitäten und Hochschulen, Heft 8, 1996, S. 404
- Kappler, U. und Witter, G.: Neuordnung der Eigentumsverhältnisse im Freistaat Sachsen, Heft 9 1996, S. 423
- Huber, K.: Echtzeit DGPS für alle ?, Heft 9, 1996, S. 455
- Oberholzer, G.: Landentwicklung - auch eine Organisation- und Ausbildungsfrage, Heft 12, 1996, S. 580
- Thiemann, K.-H.: Flurneuordnung in Mecklenburg-Vorpommern, Heft 12, 1996, S. 590

- Seuß, R.: Konzeptionelle, strukturelle und organisatorische Fragen bezüglich der Implementierung eines EDV-gestützten Netzinformationssystems, Heft 1, 1997, S. 9
- Thomas, J.: Landvermessung, Katasterherstellung und Flurneuordnung in Litauen, Heft 1, 1997, S. 35

### **Allgemeine Vermessungsnachrichten**

- Wenderlein, W.: Genauigkeit ist nicht Wirklichkeit, Heft 8-9, 1996
- Dippold, R.: Das Liegenschaftskataster als Teil eines Geoinformationssystems, Heft 10, 1996

### **BDVI - FORUM**

- Drees, A.  
und Schulz, F.: Echtzeit-GPS-Vermessung in der Ländlichen Bodenordnung, Heft 2, 1996
- Maucksch, W.: Die Bodenordnung im Rahmen der Regel-Flurbereinigung erweitert das Handlungsspektrum für öffentliche Hände, Heft 2, 1996

### **Vermessungswesen und Raumordnung**

- Magel, H.: Bodenordnung und Landentwicklung im ländlichen Raum - Auftrag erfüllt oder am Beginn eines neuen Aufbruchs ?, Heft 3-4, 1996
- Weiß, E.: Rechtsgeschichtliche Grundlagen und Wirkungen ländlicher Bodenordnungsverfahren für städtebauliche Entwicklungen, Heft 3-4, 1996

### **Vermessungsingenieur**

- Grunau, W.: Das Internet - ein Medium auch für das Vermessungswesen ?, Heft 3, 1996

### **Vermessung Photogrammetrie - Kulturtechnik**

- Ingensand, H.: Neue Computertechnologien verändern Aufnahme und Absteckung, Heft 8, 1996
- Hirt, R.: Technische Minimalanforderungen im Güter- und Waldstraßenbau, Heft 9, 1996

### **Nachrichten der Niedersächsischen Vermessungsverwaltung**

- Bölke, H. und  
Ritterhoff, M.: Kosten- und Leistungsrechnung im Katasteramt Osnabrück, Heft 2, 1996
- Möllering, H. und  
Sellge, H.: Entwicklungstendenzen im amtlichen Vermessungswesen - Rechtliches und technisches Konzept, Heft 3, 1996

**Zeitschrift für öffentliches Vermessungswesen in Sachsen-Anhalt**

- Kummer, K.: Management und Aufgabenerledigung in der Vermessungs- und Katasterverwaltung, Heft 2, 1996
- Dieckmann, C.: Controlling - Ansätze für die Vermessungs- und Katasterverwaltung, Heft 2, 1996

**Schriftenreihe des Deutschen Vereins für Vermessungswesen**

- Reinhardt, W.: Die gesetzliche Umlegung als modernes Vollzugsinstrument - mit Berücksichtigung der Eigentumsprobleme in den neuen Ländern, Heft 24, 1996
- Beus, W.: Anforderungen der Berufspraxis an die Ausbildung künftiger Diplom-Ingenieure für Vermessungswesen, Heft 24, 1996
- Mehlhorn, R.: Die Ausbildung des Geodäten in der Vielfalt der Europäischen Union, Heft 24, 1996
- Neumywakin, J.K.: System der Flurbereinigungsausbildung in Rußland, Heft 24, 1996
- Horňanský, I.: Vermessungswesen und ländliche Neuordnung in der Slowakischen Republik, Heft 24, 1996
- Averdung, Chr.: Aktive GIS in der Planung, Heft 24, 1996
- Spektor, M.D.: Bodenreform in Kasachstan - Aufgaben und Perspektiven, Heft 24, 1996

**Wasser & Boden**

- Zanke, U.: Zum Übergang hydraulisch glatt - hydraulisch rau, Heft 10, 1996, S. 32
- Hoffmann, A.: Hochwasser zu allen Zeiten, Heft 10, 1996, S. 61

**Bauen für die Landwirtschaft**

- Bayer, E.: Nachbehandlung von Beton, Heft 3, 1996, S. 19

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 81 bis 83



## INFORMATIONEN AUS DER LKV

### Ländliche Bodenordnung unterstützt als ganzheitliches Instrument die Entwicklung ländlicher Räume

Stimme der Landesregierung am 18. Februar 1997

In der Vorstellung der Öffentlichkeit, aber auch in kommunalpolitischen Gremien wird die Flurbereinigung vielfach noch als Instrument angesehen, das ausschließlich dazu dient, die Flurverfassung im Interesse der Landwirte und Winzer neu zu ordnen. Der Flurbereinigung haftet zugleich verbreitet das negative Image an, die Fluren durch Ausräumung der Landschaften zu bereinigen.

Der bereits seit Jahren eingeleitete Wandel von der Flurbereinigung zur Bodenordnung, die der Landwirtschaft, dem Weinbau, der Forstwirtschaft, den Naturschutz und der Landschaftspflege ebenso dient wie den Kommunen und anderen Planungs- und Maßnahmenträgern ist nach Auffassung von Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Rainer Brüderle bislang nur teilweise wahrgenommen worden.

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat in seiner Sitzung im März 1995 mit der Verabschiedung der Leitlinien für das Programm Ländliche Bodenordnung 1995 bis 1999 der Landeskulturverwaltung einen klaren politischen Auftrag für ihre Mitwirkung an der Lösung der vielfältigen Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben im ländlichen Raum erteilt. Die Agrarstrukturverbesserung ist eine der Aufgaben der Bodenordnung, der auch weiterhin hohe Priorität eingeräumt wird. Unzureichende Schlaggrößen sind schwerwiegende Wettbewerbsnachteile für die rheinland-pfälzischen Landwirte. Die Verwirklichung der Ziele des ganzheitlichen Ordnungs- und Entwicklungsauftrages der Bodenordnung erfordert eine enge räumliche, sachliche und zeitliche Koordinierung der Bodenordnungsverfahren mit den im ländlichen Raum vorgesehenen Planungen der verschiedenen Fachverwaltungen. Sie dienen neben der Agrarstrukturverbesserung dem Naturschutz, der Landespflege, den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen zur Renaturierung von Bachauen, dem Hochwasserschutz, der Aufforstung, der Dorferneuerung, der Verkehrsinfrastruktur und der regionalen Wirtschaftsentwicklung mit Konversionsprojekten.

Im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau können diese Maßnahmen integriert und gebündelt durchgeführt werden.

Beispielhafte Projekte sind das Naheprogramm, die Dorfflurbereinigung Westpfalz oder die Bachauenrenaturierung in der Südpfalz.

Bei einer ersten Zwischenbilanz über die Umsetzung der neuen Leitlinien für die ländliche Bodenordnung begrüßte Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Rainer Brüderle den Wandel von den kosten- und zeitintensiven klassischen Verfahren zu schnellen, kostengünstigeren und einfacheren Verfahren der Bodenordnung. 1995 und 1996 wurden, wie geplant, 114 neue Bodenordnungsverfahren mit rd. 24.000 Hektar Verfahrensfläche eingeleitet, davon rd. 96 Prozent als einfache und schnelle Verfahren. Gleichzeitig wurden 96 Bodenordnungsverfahren mit rd. 31.000 Hektar in diesen beiden Jahren abgeschlossen. In der Praxis gelingt es dabei zunehmend besser, die Bodenordnungsmaßnahmen für die Agrarstruktur mit Maßnahmen zum Aufbau von Biotopsystemen zu verknüpfen. In vielen Fällen konnten auch kleinere Beiträge zur Arrondierung der Flächen durch den freiwilligen Landtausch erbracht werden. In den beiden letzten Jahren wurden insgesamt 180 Verfahren des freiwilligen Landtausches mit rd. 900 Hektar getauschter Fläche abgeschlossen.

Minister Brüderle ist davon überzeugt, daß die neu angeordneten Ländlichen Bodenordnungsverfahren für regionale Förderschwerpunkte die entscheidende Grundlage bilden, um das breite Spektrum der Fördermaßnahmen des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums zur ganzheitlichen Entwicklung der Förderung des ländlichen Raumes einzusetzen.





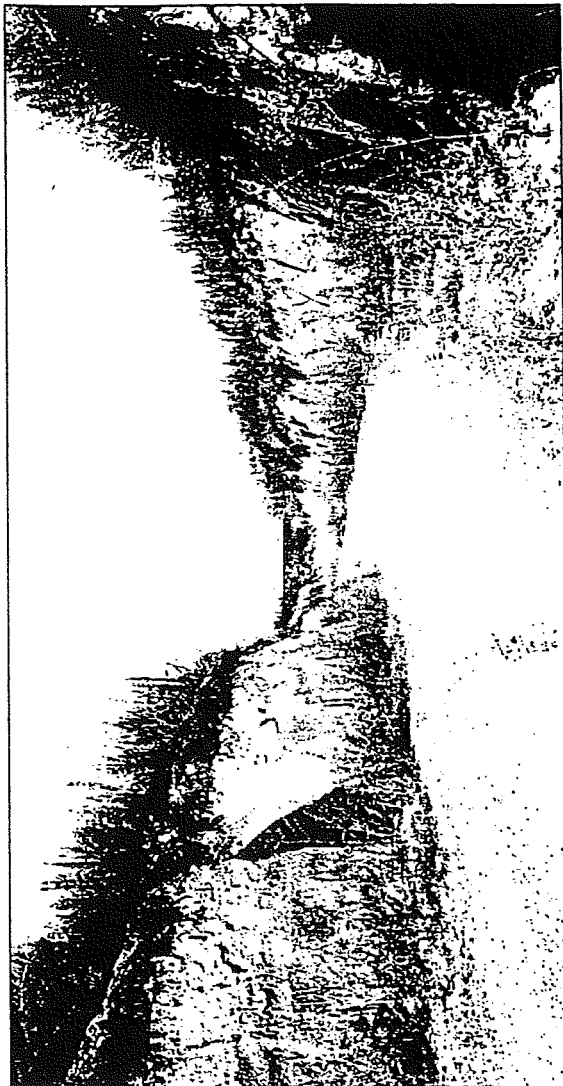
# Wo der Partnersuche nichts im Wege steht

HOCHSTADT: Aufschlußreiche Langzeituntersuchung über die Ansiedlung von Flora und Fauna an Hohlwegen

► Eigentlich wirkt sie recht kahl, die manns hohe Böschung, die fast senkrecht den geschotterten Feldweg bei Hochstadt begrenzt. Doch auf den zweiten Blick entdeckt der Betrachter winzige Löcher in der Wand. „Da nisten Wildbienen“, verrät Dr. Karl-Heinz Dannapfel. Der Biologe beobachtet seit rund einem Jahr die Rückführungen an beiden Seiten des Hohlwegs und ihre Bewohner für eine Untersuchung, die die Flurbereinigungsbehörde in Auftrag gegeben hat. Er soll die Ansiedlung von Tieren und Pflanzen über vier Jahre hinweg dokumentieren.

Hier hat der Biologe dazu auch die einmalige Möglichkeit. Der Hohlweg entstand nämlich nicht auf natürlichem Wege – durch die Erosion von Fahrspuren –, sondern wurde bei der Flurbereinigung im Projekt Hochstadt IV künstlich angelegt. Er ist der erste dieser Art im gesamten Regierungsbezirk, wie Projektleiter Mathias Jäcklin vom Neustädter Kulturrat unterstreicht. Kostenpunkt: 40 000 Mark. Träger der Baumaßnahme sind die an der Flurbereinigung beteiligten Landwirte, die um die Umwelt auch in aufwendigen Baum- und Strauchpflanzaktionen auf Hochstadter Gemarkung schon verdient gemacht haben. Der neue Hohlweg liegt parallel zum letzten natürlich entstandenen von neun Hohlwegen, die einst in der Gemarkung existierten. Nach Aussage Jäcklins sind sieben Hohlwege vor einigen Jahren schon dem Ausbau der Landstraße und einem schwerbefestigten Haupterschließungsweg sowie der

Verfüllung mit Müll zum Opfer gefallen. Im Projekt Hochstadt II der Flurbereinigung ist ein weiterer Hohlweg verbreitert und mit Rasengitterverbundsteinen befestigt worden. Ein betonierter oder asphaltierter Feldweg stellt nämlich für viele kleinere Tierarten eine Barriere dar, die sie nicht überqueren können. Anders beim Rasengitter oder Schotter: Hier steht der Partnersuche auf der anderen Seite im wahrsten Sinne des Wortes nichts im Wege. Andererseits ist eine Befestigung für die landwirtschaftliche Nutzung unerlässlich, sollen die Geräte nicht im Morast versinken. „Und nur durch die Nutzung wird der Hohlweg überhaupt als solcher erhalten“, erläutern Jäcklin und Dannapfel die Maßnahme. „Ansonsten verbuscht er und wächst zu.“ Dieses Schicksal hat den letzten ursprünglichen Hohlweg in der Gemarkung denn auch ereilt: Er ist als Weg überhaupt nicht mehr auszumachen und wirkt eher wie ein kleines Wäldchen. Ein neues, anders geartetes und auf seine Art gleichermaßen wertvolles Biotop hat sich hier entwickelt. „Den Weg wieder freizuräumen, wäre daher auch nicht im Sinne der Landschaftspflege gewesen“, weiß Jäcklin. Nach einem längeren Tauziehen zwischen den für Landschaftspflege und Flurbereinigung zuständigen Behörden – damals sollte der Wege- und Gewässerplan des Verfahrens genehmigt werden – sei schließlich die künstliche Schaffung eines Hohlwegs ins Auge gefasst und mit Zustimmung der Landwirte über die Flurbereinigung realisiert worden. „Hier können wir daher von Anfang an beobachten, in welcher Abfolge Flo-



Ideales Anschauungsobjekt für Langzeituntersuchung: Der Hohlweg in der Hochstadter Gemarkung. — FOTO: THÜRING

ra und Fauna sich in Hohlwegen ansiedeln und wie lange es dauert, bis sie sich einstellen“, erläutert Dannapfel. Auch könne man daraus schließen, ob die Anlage eines teuren Hohlwegs überhaupt sinnvoll ist, und ob man die Maßnahmen in Zukunft optimieren kann. Eine Zwischenbilanz will Dannapfel nach einem Jahr noch nicht geben. Doch es zeichnen sich bereits erfreuliche Erfolge ab: Im ersten Jahr sind seinen Angaben zufolge Wildbienen, Fledermausen, Heuschrecken und Laufkäfer hier heimisch geworden. Sogar die Heideschnucke, die

Flächen auch in der näheren Umgebung gibt. Zudem sei es wichtig, daß zwischen einzelnen Lebensräumen seltener Tier- und Pflanzenarten ein Verbindungsweg offenbleibe, so Dannapfel. „Die Hochstadter Landwirte haben in dieser Richtung vorbildliches geleistet“, lobt er. Der Hohlweg ist daher nur ein Abschnitt in einem weit verzweigten Netz an Grünflächen, das ohne Unterbrechung zwischen dem Landschaftsschutzgebiet Kaltenbach-Bruch im Norden bei Kleinfischlingen und dem Hambach im Süden reicht. (wig)

über einen kleinen Aktionsradius verfügt und auch naturgemäß nur im Schneckentempo einen neuen Lebensraum besiedeln kann, hat Dannapfel schon entdeckt. Auf dem rohen Lößboden gedeihen als „Ruderalvegetation“ derzeit Huflattich und Katzen-schwanz. „Die werden jedoch voraussichtlich bald von anderen Pflanzenarten mehr und mehr verdrängt“, erwartet der Biologe.

Verzweifelt oder überhaupt erst ermöglicht werde die Ansiedlung seltener Tier- und Pflanzenarten aber nur dadurch, daß es ökologisch wertvolle

**Förderschwerpunkt "ökologisch standortgerechte Landnutzung, Renaturierung von Bachauen und Schaffung natürlicher Retentionsräume zum Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Nahe (Naheprogramm)"**

**Beispiele für Maßnahmen im Sinne des Naheprogramms als konzertierte Aktion**

<b>Gemeinde</b>	<b>Maßnahme</b>	<b>Einzelmaßnahme</b>	<b>Förderung</b>	<b>Bemerkung</b>
Dickenschied	Uferrandstreifen	Ankauf von Ersatzland	Wasserwirtschafts- verwaltung	vollzogen
		Bodenordnung	Landeskultur- verwaltung	vollzogen
	Umwandlung von Acker in Grünland in der Talaue	Bodenordnung	Landeskultur- verwaltung	vollzogen
	Wiedervernässung von Flächen durch Aufgabe von Dränagen	Landerwerb	Ökotopf	vollzogen
	Aufforstung erosionsgefährdeter Hänge	Bodenordnung	Landeskultur- verwaltung	vollzogen
		Erstaufforstung	Forstverwaltung	vorbereitet
		20-jährige Prämie	Kreisverwaltung	vorbereitet
	Entsiegelung	Rückbau von Wegebefestigungen	Landeskultur- verwaltung	vollzogen
Fronhofen	Uferrandstreifen	Ankauf von Ersatzland	Wasserwirtschafts- verwaltung	vollzogen
		Bodenordnung	Landeskultur- verwaltung	vollzogen
		Renaturierung	Wasserwirtschafts- verwaltung	vollzogen
	Extensivierung	Verlegung der Grünlandbetriebe in die Talaue	Landeskultur- verwaltung	vollzogen
		FUL-Programm Grünland I und II	Kreisverwaltung	vollzogen
Bad Sobernheim	Gewässerrandstreifen	Ankauf von Ersatzland	Wasserwirtschafts- verwaltung	vollzogen
		Bodenordnung	Landeskultur- verwaltung	in Arbeit
	Fremdenverkehr	Umwandlung von A/Gr/Pferdekoppel in Naturpark als Kurpark	Kurstadt Bad Sobernheim	geplant
	Ausgleich für Hochwasserschutz- maßnahme	Ankauf von Ersatzland	Kurstadt Bad Sobernheim	vollzogen
		Bodenordnung	Landeskultur- verwaltung	in Arbeit

## Leitlinien Ländliche Bodenordnung werden konsequent umgesetzt

In den beiden ersten Jahren des fünfjährigen Bodenordnungsprogramms - 1995 und 1996 - wurden, wie geplant, 114 neue Bodenordnungsverfahren mit rund 24.000 ha Verfahrensfläche neu angeordnet, davon rund 96 % als einfache und schnelle Verfahren. Gleichzeitig wurden 96 Bodenordnungsverfahren mit rund 31.000 ha in diesen beiden Jahren durch die Schlußfeststellung endgültig abgeschlossen. Dabei handelt es sich noch zu zwei Dritteln um arbeitsaufwendige klassische Verfahren nach § 1 FlurbG. In 77 Verfahren mit rund 15.000 ha wurden, breitgestreut über das Land Rheinland - Pfalz, in den zum Besitzübergang gelangten Verfahren größere und guterschlossene Wirtschaftsstücke neu eingeteilt.

Anordnung																	
Jahr	§ 1			§ 86			§ 87			§ 91			Summe				
	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	Fläche
1995	7	12%	572	39	65%	8159	0	0%	0	14	23%	3897	60	31%	12628		
1996	7	13%	352	32	59%	6649	0	0%	0	15	28%	4478	54	39%	11479		
Summe	14	12%	924	71	62%	14808	0	0%	0	29	25%	8375	114	35%	24107		
Besitzübergang																	
Jahr	§ 1			§ 86			§ 87			§ 91			Summe				
	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	Fläche
1995	10	32%	561	10	32%	1968	2	6%	543	9	29%	3056	31	50%	6128		
1996	18	39%	3675	12	26%	1979	2	4%	354	14	30%	3061	46	34%	9069		
Summe	28	36%	4236	22	29%	3947	4	5%	897	23	30%	6117	77	40%	15197		
Schlußfeststellung																	
Jahr	§ 1			§ 86			§ 87			§ 91			Summe				
	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	%	Fläche	Anzahl	Fläche
1995	24	71%	4753	7	21%	3458	1	3%	79	2	6%	507	34	6%	8797		
1996	41	66%	17170	11	18%	2370	1	2%	89	9	15%	2511	62	11%	22140		
Summe	65	68%	21923	18	19%	5828	2	2%	168	11	11%	3018	96	10%	30937		

## Impressum

Herausgeber:	Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland - Pfalz, Rainer Bröderle
Schriftleitung:	Ministerialrat Prof. A. Lorig (verantwortlich) und Oberamtsrat H. Jens, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Ernst - Ludwig - Straße 2, 55116 Mainz
Gestaltung, Reproduktion und Vertrieb:	Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland - Pfalz, Diether - von - Isenburgstraße 9-11, 55116 Mainz
Druck und Buchbindearbeiten:	Fa. Gehringer, Kaiserslautern
Ständige Mitarbeiter:	Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz) Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier) Regierungsdirektor Baur (Bezirksregierung Rh. - Pf.) Vermessungsdirektor Greib (Kulturamt Prüm) Vermessungsdirektor Lichtenthal (Kulturamt Trier) Obervermessungsrat Pick (Kulturamt Bernkastel - Kues) Vermessungsdirektor Epping (Kulturamt Westerburg) Obervermessungsrat Kohlhaas (Kulturamt Mayen) Vermessungsdirektor Hausmann (Kulturamt Worms) Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt) Obervermessungsrat Semar (Kulturamt Kaiserslautern) Vermessungsdirektor K. Wagner (Kulturamt Simmern) Techn. Angestellte Kaufmann (LUREST)
Erscheint:	halbjährlich
Abgabe:	1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung 2. An Teilnehmergeinschaften (VTG) 3. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb 4. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen Ersatz der Auslagen
Gekennzeichnete Artikel:	Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers dar, die nicht unbedingt mit der von Herausgeber und Schriftleitung bzw. den nachgeordneten Dienststellen vertretenen Meinung übereinstimmt
Abdruck:	Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit Quellenangabe erlaubt